WILSON
UND
CLEMENCEAU

VON

DR. JUR. JOSEF L. KUNZ

WIEN UND LEIPZIG
MANZSCHE VERLAGS- UND UNIV.-BUCHHANDLUNG
1919

Das Recht der Übersetzung in andere Sprachen ist vorbehalten.

Buchdruckerei der Manzschen Verlags- und Universitäts-Buchhandlung in Wien.

940.9117
K96w

26 S 21 Tmall

Vorwort.

Diese kleine Arbeit entstand auf Grund der Studien für ein Referat über Wilsons 14, 4 und 5 Punkte, das ich im Sommersemester 1919 im völkerrechtlichen Seminar des Prof. Dr. Strisower an der Universität Wien hielt.

Der nun abgeschlossene Friedensvertrag von Versailles verlockte zu einer Gegenüberstellung dieser beiden Persönlichkeiten, was im folgenden versucht wurde.

Wien, im Juli 1919.

Gen.var. 1920 Bd. 28

p 43950

Digitized by the Internet Archive
in 2016

https://archive.org/details/wilsonundclemenc00kunz

Corrigenda:

Seite 5, Zeile 3 von oben lies:
1918 bzw. Jänner 1919 bis Mai 1919, statt:
1917 bzw. Jänner 1918 bis Mai 1918.

Seite 11, Zeile 7 von unten lies:
Punkte 5 bis 13, statt: Punkte 5 bis 7.

Seite 38, Zeile 6 von oben lies:
Tarde: L'Opinion et la Foule, statt: Tardieu . . . . .

I.

Die Pariser Konferenz, die zum Zweck der Ordnung aller aus dem Weltkrieg sich ergebenden Verhältnisse zusammentrat und vom Dezember 1917, bzw. Jänner 1918 bis Mai 1918 die Formulierung des Friedensvertrages beriet, wurde von der ganzen Welt, den eigenen, feindlichen und neutralen Ländern mit den größten Erwartungen begrüßt, mit der gespanntesten Aufmerksamkeit verfolgt. Sollte hier doch endlich die in so vielen Kundgebungen und Kriegszielreden angekündigte Neuordnung der Welt, der feste und dauernde Friede auf der Grundlage des Rechts und der Gerechtigkeit in Erscheinung treten.

Die von der Entente gewählten Verhandlungsformen brachten es mit sich, daß der Entwurf ausschließlich aus den Beratungen der siegreichen Ententestaaten hervorging; als man im Mai die deutsche Friedensdelegation nach Versailles berief, wurde ihr der fertige Entwurf zugestellt; mündliche Verhandlungen wurden abgelehnt und so kam es nach mehrfachem Notenwechsel zur Überreichung der deutschen Gegenvorschläge; als Antwort erfolgte das ausdrücklich als letztes Wort bezeichnete Ultimatum der Entente, mit der Kündigung des Waffenstillstandes im Ablehnungsfalle und der Androhung des Vormarsches des Marschalls Foch: c'est à prendre ou à laisser.

Das völlig wehrlose, von inneren Krisen erschütterte Deutschland „laudabiliter se subiecit;“ nach dem Wechsel der Regierung und der Friedensdelegation unterzeichnete Deutschland bedingungslos.

Trotz der völligen Geheimhaltung der Konferenzarbeiten weiß man, wie schwierig es war, die oft widersprechenden Interessen der alliierten und assoziierten Mächte zu vereinigen, was schließlich unter dem gemeinsamen Gesichtspunkt der Schädigung und Demütigung Deutschlands so halbwegs gelang, wenn es auch nicht an verstimmten Partnern — Italien, Japan, China — fehlt.

Innerhalb der Entente aber nahmen die fünf Großmächte, die sich in dem Vertrage als die „Principales puissances alliées et associées“ bezeichnen, die entscheidende Stellung ein.

Da Japan an der Ordnung der europäischen Angelegenheiten sich desinteressiert erklärte, entstand der allgewaltige „Rat der Vier", „the Council of the Big Four", wie die englischen Zeitungen schreiben.

Orlando, der Vertreter Italiens, spielte darin die letzte Rolle. Das zeigt seine Niederlage im Konflikt mit Wilson in der Adriafrage. Durch seine Abreise sank der Rat zu dem „Rat der Drei" herab.

Wenn auch einerseits die Vertreter kleiner Staaten, wie insbesondere Hymans für Belgien, Eleutherios Venizelos für Griechenland, Paderewski für Polen, Bratianu für Rumänien, N. P. Pasič, A. Trumbič und M. Vesnitch für Serbien, Kramař und Beneš für die Tschecho-Slowakei einen gewiß nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Formulierung des Friedensvertrages — besonders des von St. Germain — hatten, teils durch die Anerkennung und Durchsetzung ihrer Ansichten und Wünsche, teils dadurch, daß die „Vier" ausschließlich von ihnen ihre Informationen über alle einschlägigen Probleme erhielten — eine Ausnahme die Informationen, die die Entente von Prof. Doktor H. Lammasch einholte — wenn auch anderseits vieles in dem Vertrag auf die Arbeiten und Ansichten der anderen Friedensdelegierten und Fachmänner, unter denen sich ja so bedeutende Persönlichkeiten befanden, wie R. Lansing, J. B. Scott, E. House für Amerika, A. B. Law, Lord Milner, A. J. Balfour, R. Borden, W. H. Hughes, Gen. L. Botha, Gen. J. Chr. Smuts für England, Pichon, Klotz, Tardieu J. Cambon für Frankreich, Sonnino, S. Raggi, A. Salandra, S. Barzilai für Italien, zurückzuführen ist, so lag die oberste Entscheidung doch ausschließlich bei den Vier, bzw. Drei: Wilson, Clemenceau, D. Lloyd-George.

Lloyd George trat nicht besonders hervor; er ging anfangs mit Wilson gegen Clemenceau, später mit Clemenceau gegen Wilson; er vertrat den englischen Standpunkt bezüglich der Meere, der deutschen Flotte, der deutschen Kolonien, des deutschen Handels; zeigte sich von den Ereignissen seines eigenen Landes sehr abhängig — so seine Haltung in der Frage der Kriegsentschädigung und der gerichtlichen Verfolgung Wilhelm II. anläßlich der englischen Parlamentswahlen, später gelegentlich der englischen Streiks; die Ordnung der verwickelten kontinentalen Verhältnisse überließ er Clemenceau.

So erscheint es gerechtfertigt, nun da der Friede unterzeichnet ist, sich über die zwei Protagonisten Klarheit zu verschaffen: Wilson und Clemenceau. Denn wenn wirklich, wie Treitschke sagt, „Männer die Geschichte machen", dann sind es diese zwei, an die wir uns zu halten haben.

Um es gleich zu sagen: bei Beginn der Konferenz war die beherrschende Figur Wilson; auf ihn waren aller Augen gerichtet; bei Ausgang der Konferenz ist es Clemenceau.

II.

Wilson nahm in der Konferenz und im „Rat der Vier" schon dadurch eine exceptionelle Stellung ein, daß er als einziges Staatsoberhaupt persönlich an den Verhandlungen teilnahm. Dies kommt auch im Eingang des Vertragsentwurfes zum Ausdruck. Denn während es bei Aufzählung der Kontrahenten heißt: Le Président de la République Française, représenté par M. G. Clemenceau, Président du Conseil, heißt es: Woodrow Wilson, Président des États-Unis, agissant tant en son nom personnel que de sa propre autorité.

Wilson setzte sich also mit der ganzen, ihm durch die amerikanische Verfassung eingeräumten Autorität als Staatsoberhaupt ein und das war natürlich: sollte doch der Vertrag auf seinen Ideen beruhen, die im Waffenstillstandsvertrag von allen Kriegführenden als Grundlage des Friedensschlusses angenommen worden waren.

Es kann nicht oft und scharf genug betont werden, das zwischen der Entente und Deutschland ein juristisch bindender Vertrag zustandegekommen ist, wonach Wilsons Punkte eine lex contractus für den Friedensschluß bilden. Jeder Deutschland entgegen Wilsons Punkten aufoktroyierte Friede ist daher nicht nur politisch oder ethisch zu kritisieren, sondern völkerrechtswidrig, juristisch ein Vertragsbruch.

Die berühmten 14 Punkte Wilsons, die Amerikas Friedensbedingungen enthielten, wurden formuliert in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Jänner 1918. Zuerst sprach darüber der öst.-ung. Minister des Äußeren Graf Ottokar Czernin in einer Delegationsrede vom 24. Jänner und am Tag darauf der deutsche Reichskanzler Graf Hertling im Hauptausschuß des deutschen Reichstags.

Von dieser Zeit an schwanden die 14 Punkte nicht mehr aus der Debatte. Die von Hertling abgelehnten Punkte 6 bis 8 (Räumung russischen Gebietes, Belgien, Elsaß-Lothringen) bildeten das Haupthindernis.

Die Entente lehnte diesen Standpunkt der Zentralmächte ab und eine Mitteilung der Agence Havas vom 3. Februar 1918 meldete, daß der oberste Kriegsrat in Versailles sich eingehendst mit den jüngsten Erklärungen des öst.-ung. Ministers des Äußeren und des deutschen Reichskanzlers befaßte, es ihm aber unmöglich war, etwas darin zu finden, was den von allen verbündeten Regierungen formulierten gemäßigten Bedingungen sich nähern würde.

Wilson selbst hielt hierauf seine große Rede im Kongreß vom 11. Februar 1918; er fand Czernins Antwort sehr freundlich, Hertlings Antwort dagegen „sehr unbestimmt und verwirrend, voll zweideutiger Redewendungen, doch bestimmt in einem ganz anderen Ton gehalten als diejenige Czernins und offenbar zu gegenteiligem Zweck. Sie bestätige leider den unglücklichen Eindruck der Konferenz von

Brest-Litowsk."[1]) In dieser Rede faßte Wilson seine Prinzipien in vier Punkte zusammen.

Hertling antwortete am 25. Februar und Czernin kam in seiner Ansprache an den Wiener Bürgermeister Dr. Weiskirchner nach Abschluß des Präliminarfriedens mit Rumänien am 2. April 1918 darauf zurück und erklärte: „Ich halte es für sehr wertvoll, daß der deutsche Reichskanzler in seiner ausgezeichneten Rede vom 25. Februar mir die Antwort aus dem Mund genommen und erklärt hat, die vier von Herrn Wilson in seiner Rede am 11. Februar entwickelten Grundsätze seien eine Basis, auf welcher der allgemeine Friede erörtert werden kann. Ich stimme dem vollkommen bei. Die vier Punkte des Herrn Präsidenten sind eine geeignete Grundlage für den Eintritt in die Diskussion zu einem allgemeinen Frieden."

Und nun die Skepsis: „Ob der Herr Präsident in seinen Bestrebungen, seine Verbündeten auf dieser Basis zu ralliieren, Erfolg haben wird oder nicht, steht dahin."

Am 4. Juli 1918 hielt Wilson seine berühmte Rede in Mount Vernon am Grabe Washington's, in der er wieder die „Endzwecke, bevor Frieden werden kann" in 4 Punkte zusammenfaßte.

In seinen Reden vom 11. und 12. Juli 1918 kam Hertling auf Punkt 7 Wilsons (Belgien) zu sprechen und erklärte, im Gegensatz zu früheren Kanzlerreden, die von „realen Garantien" sprachen, daß Belgien künftighin kein Aufmarschgebiet gegen uns werden könne, und ähnlichen Dingen, ohne zu sagen, worin diese Garantien bestehen sollten, diesmal vollkommen eindeutig: „Was die Zukunft Belgiens betrifft, so bedeutet die Okkupation und der gegenwärtige Besitz Belgiens nur, daß wir ein Faustpfand für die künftigen Friedensverhandlungen haben. Wir beabsichtigen nicht, Belgien in irgend einer Form zu behalten."

Auf die Rede Wilsons vom 4. Juli 1918 kommt der öst.-ung. Minister des Äußeren Graf Burián in seiner Mitteilung an die beiden Ministerpräsidenten vom 15. Juli 1918 zurück: „Sachlich und wesentlich trennend stehen zwischen den kriegführenden Parteien nur die Ziele territorialer Natur. Was die großen Interessen der Menschheit betrifft, besteht in den von den Staatsmännern auf beiden Seiten geäußerten allgemeinen Grundsätzen kaum ein Unterschied. Auch den neuen vier Punkten des Herrn Wilson vom 4. Juli, abgesehen von einigen Hyperbeln, werden wir weitgehend und warm zustimmen können". Abgelehnt wird die Nichtanerkennung der Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest und die Punkte Wilsons, welche die territoriale Integrität der Zentralmächte treffen. „Hier ist die Grenze unserer Friedensbereitschaft, die alles diskutieren lassen kann, nur nicht den unberührbaren eigenen Besitzstand."

---

[1]) Die deutschen Texte der Kundgebungen Wilsons sind meist zitiert nach H. Lammasch: W. Wilsons Friedensplan. Leipzig und Wien 1919. Vgl. auch: Die Reden W. Wilsons, englisch und deutsch, herausgegeben vom Committee on Public Information of the U. S. A. Der freie Verlag, Bern 1919.

Einen weiteren Schritt der Annäherung bedeutet die Rede des Staatssekretärs des Reichskolonialamtes Dr. Solf: „Der Brester Friede ist ein Rahmen. Die deutsche Regierung ist entschlossen, den erbetenen und gegebenen Schutz nicht zu einer gewaltsamen Annexion zu mißbrauchen".

In der Stuttgarter Rede des deutschen Vizekanzlers v. Payer (12. September 1918) wird wieder von Völkerbund, Abrüstung, Freiheit der Meere, Schutz der kleinen Völker und nationalen Minoritäten und Rückgabe Belgiens ohne Belastung gesprochen, anderseits, nicht übereinstimmend mit Solf erklärt: „Im Osten ist es für uns Friede und bleibt es Friede" und „Unerfüllbare Bedingungen für unsere Teilnahme an den Friedensverhandlungen dürfen uns allerdings nicht gestellt werden".

Am 14. September 1918 erging Burians Note an die verbündeten und neutralen Regierungen, die „une conversation d'un caractère confidentiel et non obligatoire sur les principes fondamentaux d'une paix à conclure — dans un pays neutre" vorschlägt. Grundlage wieder die Ideen Wilsons: ... „un certain rapprochement s'est manifesté en ce qui concerne les principes, qui serviraient de base pour conclure la paix et pour établir un nouvel ordre de choses. A ce sujet le président Wilson a formulé, dans ses discours du 12 février et du 4 juillet 1918, des principes, contre lesquels ses Alliés ne se sont pas prononcés et dont l'application dans une large mésure ne rencontrera guère d'objection de la part des quatre Puissances alliées, pourvu que cette application soit universelle et conciliable avec les intérêts vitaux des États en cause".

Die eigentlichen 14 Punkte (vom 8. Jänner 1918) sind also hier nicht aufgenommen.

Diese Anregung wurde zuerst von Amerika in einer von Lansing gezeichneten, am 19. September 1918 überreichten Note abgelehnt mit der bezeichnenden Begründung:

„Die Regierung der Vereinigten Staaten hat wiederholt und mit vollstem Freimut die Bedingungen festgestellt, unter welchen die Vereinigten Staaten einen Friedensschluß in Erwägung ziehen würden; sie kann und will sich mit keinem Konferenzvorschlag über eine Angelegenheit befassen, hinsichtlich welcher sie ihren Standpunkt und ihre Absichten so klar dargelegt hat".

Einige Tage später hielt Wilson gelegentlich der Eröffnung der 4. Freiheitsanleihe (Liberty Loan) am 27. September 1918, in New-York eine Rede, in der er seine Friedensbedingungen nochmals in fünf Punkte zusammenfaßte.

Am 5. Oktober traten Deutschland, Österreich-Ungarn und die Türkei in separaten, aber gleichlautenden Noten „an den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit dem Antrag heran, mit ihm und seinen Verbündeten einen sofortigen Waffenstillstand abzuschließen und in unmittelbarem Anschlusse hieran in Verhandlungen über einen Friedensschluß einzutreten, für welchen die 14 Punkte der Botschaft des Herrn Präsidenten an den Kongreß vom 8. Jänner 1918 und die

vier in der Rede vom 12. Februar 1918 enthaltenen Punkte als Grundlage zu dienen hätten, wobei auf die Ausführungen vom 27. September 1918 Bedacht genommen wird".

Während erst am 18. Oktober an Österreich-Ungarn Lansings Note mitteilte, der Präsident könne an Punkt 10 (Autonomie der Völker Österreich-Ungarns) infolge der inzwischen erfolgten Anerkennung des Kriegszustandes zwischen den Tschecho-Slowaken und Deutschland und Österreich-Ungarn und des tschecho-slowakischen Nationalrates in Paris als einer de facto kriegführenden Regierung und der Gerechtigkeit der nationalen Freiheitsbestrebungen der Jugoslawen nicht mehr festhalten, Andrássý in seiner Note beides anerkannte (28. Oktober 1919), Österreich-Ungarn am 3. November mit Italien den Waffenstillstand schloß, dann die Revolution und die Auflösung der Monarchie folgte, es also nicht zu einer vertragsmäßigen Grundlage für den Frieden kam, wurde Deutschlands Note umgehend beantwortet, in dem nun folgenden Notenwechsel[2]) die sofortige Räumung der besetzten Gebiete, die vorbehaltlose Anerkennung der 14 und weiteren Punkte, völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften für die militärische Überlegenheit der Alliierten und die Möglichkeit, nötigenfalls jede Friedensvereinbarung erzwingen zu können, gefordert und bewilligt.

Erst nach langen Verhandlungen mit Marschall Foch wurde am 11. November der Waffenstillstand abgeschlossen und dann im Laufe des Winters von Zeit zu Zeit erneuert.

Während des Notenwechsels mit Deutschland ging auch ein Depeschenwechsel unter den Alliierten vor sich, dessen Ergebnis sich uns in Lansings letzter Note vom 5. November zeigt. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Mit den folgenden Einschränkungen erklären die alliierten Regierungen ihre Bereitschaft zum Friedensschlusse mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Jänner 1918 sowie den Grundsätzen, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind. Sie müssen jedoch darauf hinweisen, daß der gewöhnlich sogenannte Begriff der Freiheit der Meere verschiedene Auslegungen zuläßt, von denen sie einige nicht annehmen können. Sie müssen sich deshalb über diesen Gegenstand beim Eintritt in die Friedenskonferenz volle Freiheit vorbehalten (offenbar britischer Vorbehalt).

Ferner hat der Präsident in den in seiner Ansprache vom 8. Jänner 1918 niedergelegten Bedingungen erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wieder hergestellt werden müssen. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bedingung kein Zweifel bestehen darf. Sie verstehen darunter, daß Deutschland für alle durch seine

[2]) Es sind dies: Lansings Note vom 8. Oktober, Solfs vom 12. Oktober, Lansings vom 14. Oktober, Solfs vom 20. Oktober, Lansings vom 23. Oktober und Solfs vom 28. Oktober.

Angriffe der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schäden Ersatz leisten soll (offenbar auf französisch-belgische Initiative). Der Präsident hat mich mit der Mitteilung beauftragt, daß er mit dieser Auslegung einverstanden ist."

gez. Rob. Lansing.

III.

Der bindende Vertrag zwischen der Entente und Deutschland kam also durch den Antrag Deutschlands (Note an Wilson vom 5. Oktober 1918) und durch die Annahme durch Amerika und die übrigen Alliierten zustande (Lansings Note vom 5. November 1918).

Die juristische Grundlage, die lex contractus, für den Friedensschluß, sind daher:

1. Wilsons 14 Punkte vom 8. Jänner 1918
2. „ 4 „ „ 11. Februar 1918
3. „ 5 „ „ 27. September 1918,

hiezu die Forderung, daß die deutsche Regierung die 14 und weiteren Punkte Wilsons derart angenommen hat (Lansings Note vom 8. Oktober 1918), daß der Zweck einzuleitender Besprechungen nur der wäre, sich über praktische Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen, von Deutschland in Solfs Note vom 12. Oktober 1918 angenommen.

Ferner die authentische Interpretation betreffs Punkt 2 (Freiheit der Meere) und der „Wiederherstellung" der 14 Punkte (Lansings Note vom 5. November 1918).

Dieses „als Grundlage des Friedensschlusses" bedeutet, daß der Friedensvertrag nicht gegen diese angenommenen Punkte verstoßen dürfe, daß aber auch andere Gegenstände, die in diesen Punkten nicht erwähnt sind und doch im Frieden geregelt werden sollen, nicht nur in ihren positiven Bestimmungen, sondern auch ihrem Geiste nach mit dem Tenor von Wilsons Friedensprogramm übereinstimmen müssen.

Die Analyse dieser einzelnen Punkte wird die Unklarheit und Vagheit der Wilsonschen Ausdrucksweise klar zu Tage treten lassen.

Zunächst sollen die Punkte allgemeiner Natur erörtert werden: es sind dies Punkt 1 bis 4 und 14 der 14 Punkte, sowie die 4 vom 11. Februar und die 5 vom 27. September 1918; besondere Probleme behandeln die Punkte 5 bis 7 vom 8. Jänner 1918.

Allgemeine Richtlinien.

1. Öffentliche Friedensbedingungen, durch öffentliche Verhandlung zustande gebracht; nach ihnen dürfen keine geheimen, zwischenstaatlichen Vereinbarungen irgend einer Art getroffen werden, vielmehr soll die Diplomatie stets aufrichtig und in voller Öffentlichkeit vorgehen;

im Original[3]): I. Open covenants of peace, openly arrived at, after which there shall be no private international understandings of any kind but diplomacy shall proceed always frankly and in the public view.

Diesem Punkte entspricht Punkt 5 der Rede vom 27. September 1918: Alle internationalen Übereinkommen und Verträge irgend welcher Art müssen in ihrer Gesamtheit der übrigen Welt bekanntgegeben werden.

Diese Punkte bedeuten also die Abschaffung der Geheimdiplomatie. Es bestand dafür ja seit Kriegsausbruch in allen Ländern eine gewisse, oft sogar starke Stimmung, da man gesehen hatte, wie schnell und plötzlich ganz Europa auf Grund des auf Geheimverträgen beruhenden Systems von Allianzen und Ententen in den Krieg verwickelt worden war. Zugleich entspringt diese Forderung Wilsons aber auch den eigentümlich amerikanischen Verhältnissen, die diesbezüglich nicht nur von den Zuständen Europas, sondern auch von denen des anglosaxonen Mutterstaates, England, sehr erheblich abweichen.

Im dem parlamentarischen England hat, sehr im Gegensatz zur inneren Politik, das House of Commons bekanntlich fast gar keine Kontrolle und keinen Einfluß auf das ganze Gebiet der äußeren Angelegenheiten; geheim und fast unbeschränkt schaltet hier der Secretary of State for Foreign Affairs mit ein paar Eingeweihten und besonders Sir Edward Grey hat es in seiner langen Amtsdauer verstanden, sich das Parlament fernzuhalten; konnte doch nicht nur der Inhalt, sondern sogar die Existenz des so wichtigen Briefwechsels Grey-Cambon vom 22. November 1912 geheim gehalten werden.

Aus dieser Ausschaltung des Parlaments folgt eine große Unorientiertheit in Bezug auf äußere Politik, außerhalb des Kreises der Wenigen, allerdings auch eine große Stetigkeit und Folgerichtigkeit der englischen Staatskunst.

In den Vereinigten Staaten dagegen hat der Senat einen bedeutenden Anteil am treaty-making power und ist dadurch von vornherein die Möglichkeit jedes Geheimvertrages genommen. Wir werden auch weiterhin bei anderen Punkten den Einfluß der tatsächlichen spezifisch amerikanischen Einrichtungen und Anschauungen auf die Formulierung Wilsonscher Ideen kennen lernen, ebenso wie sein bewußtes Anknüpfen an die amerikanische Tradition.

Während im Punkt 5 vom 27. September nur die Veröffentlichung bereits geschlossener Abkommen und Verträge verlangt wird, fordert Punkt 1 vom 8. Jänner, daß auch die ganzen Verhandlungen öffentlich geführt werden müssen, was ja gerade damals, zum ersten und letzten Mal, auf der Friedenskonferenz in Brest-Litowsk in den Verhandlungen mit Sowjet-Rußland tatsächlich geschah.

[3]) Die englischen Originaltexte sind zitiert nach J. Brown Scott: President Wilson's Foreign Policy. New York 1918.

In dieser Form ist diese Forderung ja überhaupt kaum zu erfüllen und stellt wohl eine von Wilsons „Hyperbeln" dar, von denen Burian einmal sprach.

2. Unbeschränkte Freiheit der Schiffahrt auf den Meeren außerhalb der Territorialgewässer, gleichermaßen im Frieden und im Kriege, außer wenn die Meere ganz oder teilweise durch internationales Vorgehen geschlossen werden, zur Erzwingung internationaler Abmachungen,

im Original: Absolute freedom of navigation upon the seas, outside territorial waters, alike in peace and in war, except as the seas may be closed in whole or in part by international action for the enforcement of international covenants.

Auch hier handelt es sich um eine in der amerikanischen Tradition festbegründete Forderung, die von Amerika, ebenso wie von Deutschland, im Haag 1907 und in London 1909 vertreten wurde (Verlangen nach vollkommener Abschaffung des Seebeuterechtes und der Unverletzlichkeit des Privateigentums im Seekrieg). Doch konnte diese beiden Male Amerika gegen Englands Widerstand nicht durchdringen.

Auch diesmal kam der Widerspruch nicht von Deutschland, sondern von England.

Durch den von Wilson angenommenen britischen Vorbehalt (mitgeteilt in Lansings Note vom 5. November 1918), haben sich Wilsons Verbündete über diesen Gegenstand beim Eintritt in die Friedenskonferenz volle Freiheit vorbehalten.

Diese von den übrigen Staaten abweichende Haltung Englands ist natürlich eine Folge seiner eigentümlichen Lage, des Selbsterhaltungstriebes. Als „world-Venice", nach dem Ausdruck J. Seeleys, braucht England zur Sicherung der Verbindung mit seinen zerstreuten Dominions und Kolonien, zur Sicherung seines Welthandels, seines so dringend benötigten Rohstoff- und Lebensmittelimportes, einfach die Herrschaft über die See. „Wer", sagt R. Kjellén, „an Englands Seeherrschaft rührt, rührt an die Wurzel des British Empire selbst."

Wie also bezüglich Punkt 1 der Grund der verschiedenen Stellungnahme Amerikas und Englands in verfassungspolitischen, so liegt er hinsichtlich des Punktes 2 in geopolitischen Verhältnissen.

3. Die Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken, soweit als möglich und die Einführung einer Gleichheit der Handelsbedingungen unter allen Nationen, die dem Frieden beitreten und sich für seine Aufrechterhaltung zusammentun;

im Original: The removal, so far as possible, of all economic barriers and the establishment of an equality of trade conditions among all the nations consenting to the peace and associating themselves for its maintenance.

Dazu Punkt 4 der Rede vom 27. September 1918:

Ganz besonders können selbstsüchtige wirtschaftliche Sonderbündnisse innerhalb des Völkerbundes nicht zugelassen werden, eben-

sowenig als die Anwendung irgend einer Form von wirtschaftlichem Boykott oder Ausschluß, ausgenommen wenn diese Gewalt der wirtschaftlichen Strafe durch Ausschluß von den Märkten der Welt dem Bund der Nationen selbst übertragen wird, als Mittel der Disziplin und Kontrolle.

Hierauf die Begründung: Wirtschaftliche Rivalitäten und Feindseligkeiten sind in der modernen Welt die überfließenden Quellen der Pläne und Leidenschaften gewesen, die Kriege entfesselt haben.

Hiezu ist zu bemerken, daß sich dieser Punkt ganz besonders gegen den von der Pariser Wirtschaftskonferenz 1916, also vor Amerikas Eintritt in den Krieg, beschlossenen Handelskrieg im Frieden wendet.

Was Wilson unter der „equality of trade conditions among all nations" versteht, entwickelt er in einem Brief an den Senator Simmons vom 9. November 1918:

„Ich habe natürlich mit meinem Vorschlage nicht beabsichtigt, die freie Selbstbestimmung irgend einer Nation über ihre eigene Wirtschaftspolitik zu beschränken, sondern nur, daß jedes Volk den Tarif, den es für seinen eigenen Wirtschaftsdienst für erforderlich achten würde, sei dieser Tarif hoch oder niedrig, gleichmäßig auf alle fremden Nationen zur Anwendung bringen sollte, in anderen Worten, daß keine Unterscheidungen zu Ungunsten einiger Nationen gemacht würden. Dies läßt jeder Nation die Freiheit, selbstständig ihre eigene Innenpolitik zu bestimmen und beschränkt nur ihr Recht, diese Politik mit feindseligen Unterscheidungen zwischen einer und der anderen Nation zu verquicken."

4. Austausch angemessener Bürgschaften dafür, daß die nationalen Rüstungen auf das geringste Maß herabgesetzt worden, das mit der häuslichen Sicherheit vereinbart ist;

im Original: Adequate guarantees given and taken that national armaments will be reduced to the lowest point consistent with domestic safety.

Auch dieser Punkt drückt ältere Tendenzen des „Désarmement" aus; er denkt an die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und Einführung einer Miliz zu Polizeizwecken. Dies hängt wohl einerseits mit den von den Vereinigten Staaten stets vertretenen pazifistischen und antimilitaristischen Ideen, anderseits mit der tiefen anglosaxonen Abneigung gegen den obligatory military service, der hier wie in England unter dem Drucke des Weltkrieges eingeführt werden mußte, zusammen; doch hat dies Wilson nicht gehindert, vor der Neuordnung der Welt, jetzt auch für sein Vaterland eine starke Rüstung zu verlangen und den Bau einer starken Flotte zu empfehlen, in einer Anzahl seiner sogenannten „Bereitschaftsreden."

Anderseits beruht der Abrüstungsgedanke auch auf der Anschauung, daß große Rüstungen, der „bewaffnete Friede" (Deutschlands Militärvorlagen 1912/13, Belgiens 1913, Frankreichs Loi des 3 ans 1913, Englands Expeditionary Forces und Lord Robert's Agitation

für die allgemeine Wehrpflicht, Two-power Standard und to keels-to-one policy Englands), daß das als „Friedensversicherungsprämie" hingestellte Wettrüsten gerade große Kriege herbeiführe und infolge der enormen Kosten zur steten Vermehrung der Staatsschulden und zur Schädigung der Kulturinteressen führe.

Diese Reduzierung soll aber natürlich bei allen, nicht bloß bei den Besiegten eintreten und ihre praktische Durchführbarkeit steht in engem Zusammenhang mit dem Völkerbund, den Punkt 14 verlangt.

14. Eine allgemeine Vereinigung von Nationen muß gebildet werden unter besonderen Bedingungen, die eigens darauf hinzielen, großen wie kleinen Staaten in gleicher Weise gegenseitige Bürgschaften für ihre politische Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit zu schaffen;

im Original: A general association of nations must be formed under specific covenants for the purpose of affording mutual guarantees of political independence and territorial integrity to great and small states alike.

Dazu Punkt 3 der Rede vom 27. September 1918:

Bündnisse oder Verbindungen oder Spezialabkommen innerhalb der allgemeinen und gemeinschaftlichen Familie des Völkerbundes sind unzulässig.

Daran schließt sich der 4. Punkt über die Nichtzulassung wirtschaftlicher Sonderbündnisse (siehe oben).

Weiter sagt Wilson: Wir lesen noch immer mit vollem Verständnis und der nämlichen Auffassung Washingtons unsterbliche Warnung vor verwickelnden Bündnissen. Doch nur besondere und beschränkte Bündnisse verwickeln.

Die Völkerbundidee ist alt und hat in den Schriften von P. Dubois, G. von Podiebrad, W. Penn, J. Bentham, Abbé de St. Pierre und J. Kant Ausdruck gefunden; besonders in unseren Tagen sind infolge des starken Anwachsens der Friedensbewegung V. Hugo, vor und auch während des Krieges B. v. Suttner, Taft, A. H. Fried, Montgelas, H. Lammasch, Erzberger, W. Schücking, J. Bryan, Grey, H. N. Brailsford, P. Otlet, A. Forel, H. Barbusse, R. Rolland und viele andere dafür eingetreten.

Es handelt sich also hier um eine Idee der Zeit, zugleich um etwas, dem man in den Vereinigten Staaten stets Interesse entgegengebracht hat.[4])

Auch Wilson selbst ist wie für seine anderen Ideen, so auch für diese Idee der Völkerverständigung und des Völkerbundes eingetreten, vor und während des Krieges, so in der Note an die süd-

[4]) Über den Anteil Amerikas an der Schiedsgerichtsbarkeit vgl. Dr. Imberg: Die Stellung der Vereinigten Staaten zur Schiedsgerichtsfrage, Berlin 1914, über die Verbindungen innerhalb des amerikanischen Kontinents: A. H. Fried: Pan-Amerika 1910.

amerikanischen Republiken vom 12. März 1913, so in der Rede vom 26. Mai 1916 auf dem Bankett der 1915 von Taft gegründeten League to enforce Peace, in welcher er die Forderung aufstellte:

Es ist klar, daß die Völker in Zukunft von demselben hohen Ehrenkodex geleitet werden müssen, dessen Befolgung wir von dem Einzelmenschen verlangen. (It is clear that nations in the future must be governed by the same high code of honour that we demand of individuals) und den Völkerbundgedanken so ausdrückte:

* An universal association of the nations to maintain the inviolate security of the highway of the seas for the common and unhindered use of all the nations of the world, and to prevent any war begun either contrary to treaty or without warning and full submission of the causes to the opinion of the world.

Hier wird also der Völkerbund als ein Zweckverband der Staaten zur Aufrechterhaltung des Friedens definiert.

In der Memorial day adress vom 30. Mai 1916:

** I believe the people of the United States were ready to become partners in any alliance of the nations that would guarantee public right above selfish aggression. Some of the public prints have reminded me, as if I needed to be reminded, of what Washington warned us against. He warned us against entangling alliances. I shall never myself consent to an entangling alliance, but I would gladly assent to a disentangling alliance — an alliance, which would disentangle the peoples of the world from those combinations in which they seek their own separate and private interests and unite the people of the world to preserve the peace of the world upon a basis of common right and justice.

Und wieder betont er in seiner Rede in Cincinnati vom 26. Oktober 1916: Wir haben noch keine Gesellschaft der Nationen, aber wir müssen zu einer Gesellschaft der Nationen kommen.

Dieser Punkt 14 ist das Zentrum und der Kern des Wilsonschen Friedensprogrammes, für ihn ein Wendepunkt in den Völkerbeziehungen, das notwendige Korrelat zu den übrigen Punkten.

Über die dem Völkerbund zur Verfügung stehenden Mittel zur Erzwingung internationaler Vereinbarungen sehen wir Andeutungen

---

* Eine allgemeine Vereinigung von Nationen zur unverletzlichen Aufrechterhaltung der Sicherheit auf den Hochstraßen der Meere, die im allgemeinen uneingeschränkten Dienste aller Nationen der Welt stehen, und zur Verhinderung jeglichen Krieges, der gegen die Abmachungen des Vertrages oder ohne vorhergehende Warnung begonnen würde, und volle Unterwerfung des Streitfalles unter die Beurteilung der öffentlichen Weltmeinung.

** Ich glaube, das Volk der Vereinigten Staaten sei bereit, Mitglied einer Gesellschaft von Nationen zu werden, die das Völkerrecht garantiert gegen selbstsüchtigen Angriff. Einige Publizisten erinnerten mich, als ob ich erinnert werden müßte, an das, wovor Washington uns warnte. Er warnte davor, uns in Allianzen einzulassen. Ich würde niemals einwilligen in eine verwickelnde Allianz, wohl aber freudigen Herzens in eine von Verwicklungen befreiende — eine Allianz, welche die Völker der Welt aus Kombinationen löst, in welchen sie ihre besonderen und privaten Interessen zu fördern suchen, welche die Völker einigt zur Wahrung des Friedens auf der Basis des Völkerrechts und der Gerechtigkeit.

Ein Buch über die Richtlinien der zukünftigen deutschen Politik

Nation, Staat und Wirtschaft

von

Prof. Dr. Ludwig Mises

Großoktav. IV, 182 Seiten. — Preis M 8.50

Aus dem Inhalt: Das Nationalitätsprinzip der Politik. — Der Imperialismus und seine Wurzeln. — Der Pazifismus. — Kriegssozialismus und echter Sozialismus. — Sozialismus und Imperialismus usw.

In den Schlußbetrachtungen kommt der Verfasser auf die Unterscheidung zwischen rationeller und gefühlsmäßiger Politik zu sprechen. Eine friedliche und stetige Entwicklung sei allein vom rationalistischen Utilitarismus zu erwarten. Nicht anders werde das deutsche Volk die Fesseln von Versailles und St. Germain zerbrechen können, als indem es seine Politik von Romantik, Mystizismus und Ressentiment frei macht und auf den festen Boden rationeller Erwägungen stellt.

Manzsche Verlags- und Universitäts-Buchhandlung, Wien und Leipzig.

Unterzeichneter bestellt aus **Manz Verlag,** Wien I, Kohlmarkt 20

durch: .....

Betrag anbei — durch Postanweisung — unter Nachnahme

Mises: Nation, Staat und Wirtschaft

M 8.50

(und 10% Teuerungszuschlag)

.....

Name

.....

Ort, Straße

gefl. recht deutlich!

Bücherzettel

An die Buchhandlung

.....

in Punkt 2 und 3: ganz oder teilweise Schließung der Meere, wirtschaftlicher Boykott als Mittel der Disziplin und der Kontrolle.

Auf der Basis eines gemeinsamen Rechts und der Gerechtigkeit soll der Völkerbund aufgebaut sein; worin diese aber besteht, darüber gibt uns Wilson außer den genannten in den 4 und 5 Punkten der beiden anderen Reden Aufschluß.

Es kommt hier zunächst in Betracht aus seiner Rede vom 27. September 1918:

1. Die unparteiische Gerechtigkeit, welche geschaffen werden soll, darf keinen Unterschied machen zwischen jenen, gegen welche wir gerecht zu sein wünschen und jenen, gegen welche wir es nicht zu sein wünschen. Es muß eine Gerechtigkeit sein, die keine Begünstigungen kennt und die keine andere Richtschnur kennt als die gleichen Rechte all der verschiedenen Völker, die in Frage kommen

und

2. keine besonderen oder getrennten Interessen irgend einer einzelnen Nation oder irgend einer Gruppe von Nationen können zur Grundlage irgend eines Teiles des Übereinkommens gemacht werden, der nicht mit den gemeinsamen Interessen aller in Übereinstimmung ist.

Dazu der erste der vier Punkte der Rede vom 11. Februar 1918:

daß jeder Teil der endgiltigen Entscheidung auf der wesentlichen Gerechtigkeit jenes bestimmten Falles und auf solchen Vergleichen beruhen muß, die am ehesten dazu angetan sind, den Frieden zu bringen, der dauernd ist.

Im Original: that each part of the final settlement must be based upon the essential justice of that particular case and upon such adjustments as are most likely to bring a peace that will be permanent.

Immer betont Wilson, es müsse ein dauerhafter Friede sein, er beruft sich auf Recht und Gerechtigkeit, auf die Gleichberechtigung der großen wie der kleinen Nationen. Sein ganzes Programm richtet sich ideell nicht einseitig gegen die Zentralmächte als seine Feinde, es will auf alle Fälle gleich angewendet sein, der Plan für eine Neuordnung der Welt, in der nicht Interessenpolitik oder Gewalt, sondern das Recht maßgebend sein soll und wie im Inneren des Staates soll auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen Themis die Binde vor den Augen haben.

Neben den erwähnten Prinzipien ist es Wilson ganz besonders um die Demokratie zu tun. Die Demokratie ist ja eminent amerikanisch. Auch hier knüpft Wilson wieder an mehr als hundertjährige amerikanische Traditionen an.

Von der einstimmigen Erklärung der 13 Staaten vom 4. Juli 1776: Governments are instituted among Men, deriving their just powers from the consent of the governed, geht es in gerader Linie bis zur Erklärung Wilsons in seiner War Adress to Congress vom 2. April 1917:

The World must be made safe for democracy.

Wilson selbst ist ja Führer der *Κατ' ἐξοχήν* sich Demokraten nennenden Partei und für diese Prinzipien hat er stets in seinem

Leben gekämpft, als Präsident der Princeton-University, als Governor von New-Yersey und als Präsident. Nicht blind gegen die Fehler der Demokratie, ist er leidenschaftlich in seinen campaign speeches vor der ersten Wahl zum Präsidenten (später als Buch unter dem Titel „The new Freedom“ herausgegeben) gegen die Entartung der Demokratie zur Plutokratie in den heutigen Vereinigten Staaten aufgetreten.

So schreibt er in der Note an die südamerikanischen Staaten vom 12. März 1913: . . . . .„Ein Zusammenwirken ist nur möglich, wenn es getragen wird von dem geordneten Gang von Regierungen, die auf das Recht gegründet sind, nicht auf willkürliche oder unregelmäßige Gewalt. Eine gerechte Regierung beruht immer auf der Zustimmung der Regierten (vgl. die Deklaration von 1776) und es gibt keine Freiheit ohne Ordnung, die auf das Recht und die Zustimmung der Allgemeinheit gegründet ist.“

Er war zur Überzeugung gekommen, daß es (Cincinnati 26. Oktober 1916) mit dem Neutralsein vorbei sei (business of neutrality is over); einen Gedanken, den er schon in seiner Rede auf dem Bankett der League to enforce Peace vom 26. Mai 1916 Ausdruck gegeben hatte:

* We are participants, whether we would or not, in the life of the world, the interests of all nations are our own also, und:

** The principle of public right must henceforth take precedence over the individual interests of particular nations and that the nations of the world must in some way band themselves together to see that right prevails against any sort of selfish aggression; that henceforth alliance must not be set up against alliance . . . but that there must be a common agreement for a common object and that at the heart of that common object must lie the inviolable rights of peoples and of mankind . . . . In the dealings of nations with one another arbitrary force must be rejected.

Die Botschaft an den Senat vom 22. Jänner 1917, also knapp vor Eintritt Amerikas in den Krieg, wird auch als Adress on the essentials of permanent peace bezeichnet:

*** In every discussion of the peace . . , it is taken for granted that thatpeace mustbe followed by some definite concert of power which

* Wir haben Teil an dem Leben der Welt, ob wir wollen oder nicht. Die Interessen aller Nationen sind ebenso gut auch unsere eigenen.

** Das öffentliche Recht als Grundgesetz muß von nun an den Vortritt vor allen Sonderinteressen einzelner Völker haben und die Völker der Welt müssen sich in irgendeiner Form zusammentun, um darauf zu sehen, daß das Recht vorherrsche, als Schutzwall gegen Angriffe jeglicher Art; daß von nun an nicht Bündnis gegen Bündnis ausgespielt werden soll, sondern daß ein allgemeines Ziel bestehen muß, und daß der Kern dieses Zieles die unverletzlichen Rechte der Völker und der Menschen umschließen muß. . . . . Im Verkehr der Völker muß willkürliche Gewalt verworfen werden.

*** Bei jeder Friedenserörterung wird als feststehend vorausgesetzt, daß dem Frieden ein bestimmtes Einvernehmen der Mächte folgen muß, das es tatsächlich unmöglich machen soll, daß je eine ähnliche Katastrophe wieder über uns hereinbreche.

will make it impossible virtually that any such catastrophe should ever overwhelm us.

Also die Forderung des dauernden Friedens, Schutz gegen Rückfall. Dann die Forderung des Völkerbundes, der Verständigung an Stelle der überwundenen balance of power:

* Only a tranquil Europe can be a stable Europe. There must be not a balance of power, but a community of power; not organized rivalries, but an organized common peace.

** The equality of nations, upon which peace must be founded, if it is tho last, must be an equality of rights;

*** Governments derive all their just powers from the consent of the governed (fast wörtlich wie in der Declaration von 1776) and that no right anywhere exists to hand peoples about from sovereignty to sovereignty as if they were property.

In diesem letzten Satz kommt das Selbstbestimmungsrecht (self-determination) zum Ausdruck, das später als politisches Schlagwort eine so große Rolle spielen sollte.

Der hier noch neutrale Wilson fordert einen Frieden ohne Sieg und malt überaus lebhaft und eindringlich den Machtfrieden als psychologisch untauglich für einen Dauerfrieden.

Die heute doppelt interessanten Worte lauten:

Es muß ein Friede ohne Sieg sein. Ein Sieg würde einen dem Unterlegenen aufgezwungenen Frieden bedeuten, die dem Besiegten auferlegten Bedingungen des Siegers. Er würde als Demütigung, als Zwang, als unerträgliches Opfer aufgefaßt werden und würde einen Stachel, Groll und bittere Erinnerung hinterlassen, auf die die Friedensabmachungen nicht dauerhaft, sondern wie auf Flugsand aufgebaut wären. Nur ein Frieden zwischen Gleichberechtigten kann Bestand haben.

Im Original: It must be a peace without victory. Victory would mean peace forced upon the loser, a victor's term imposed upon the vanquished. It would be accepted in humiliation, under duress, at an intolerable sacrifice and would leave a sting, a resentment, a bitter memory, upon which terms of peace would rest not permanently, but only as upon quicksand. Only a peace between equals can last.

Freilich hat Wilson bald nach seinem Eintritt in den Kricg seine Ansicht hierin geändert und den Kampf bis zum vollen Sieg verlangt.

Die hier aufgestellten Bedingungen werden in der zweiten Inauguraladresse vom 5. März 1917, zu einer Zeit also, wo sich die

* Nur ein ruhiges Europa kann beständig sein. Nicht Machtgleichgewicht, sondern Machtgemeinschaft; nicht organisierte Nebenbuhlerschaften, sondern ein organisierter Gemeinfriede.

** Die Gleichheit der Nationen, auf die der Friede gegründet werden muß, soll er dauerhaft sein, muß eine Gleichheit der Rechte sein.

*** Regierungen leiten ihre berechtigten Machtansprüche allein aus der Zustimmung der Regierten her, und daß kein Recht irgendwo besteht, Völker von Herrscher zu Herrscher weiter zu händigen, als wären sie ein Besitztum.

Vereinigten Staaten nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland, offiziell im Zustand der „armed neutrality“ befanden, wiederholt.

In der Kriegsbotschaft an den Kongreß vom 2. April 1917 kommt Wilson auf seine Prinzipien zurück und sucht aus ihnen die Kriegserklärung zu folgern:

* Neutrality is no longer feasible or desirable, where the peace of the world is involved and the menace to that peace and freedom lies in the existence of autocratic governments backed by organized force which is controlled wholly by their will, not by the will of their people.

A steadfast concert for peace can never be maintained except by a partnership of democratic nations.

We have no quarrel with the German people. We have no feeling towards them but one of sympathy and friendship.

Also: Demokratie, Feindschaft gegen die autokratische deutsche Regierung, Freundschaft für das deutsche Volk.

In der Mitteilung an die russische provisorische Regierung (Kerenski), anläßlich der Entsendung einer amerikanischen, unter Führung von Elihu Root stehenden Abordnung nach Rußland, lesen wir wieder einen Exkurs gegen die preußische Autokratie:

** No people must be forced under sovereignty under which it does not wish to live. No territory must change hands except for the purpose of securing those, who inhabit it a fair chance of life and liberty. No indemnities must be insisted on except those that constitue payment for manifest wrong done.

Auch in der Note an den Papst (Reply to the Peace Appeal of the Pope vom 27. August 1917) lesen wir diese Grundsätze und den Ausdruck der Freundsohaft für das deutsche Volk:

*** The American people desire no reprisal upon the German people, who have themselves suffered all things in this war, which they did not choose.

Also: das deutsche Volk hat den Krieg nicht gewollt, daher keine politischen oder wirtschaftlichen Beschränkungen, keine vor-

---

* Neutralität ist nicht länger tunlich oder wünschenswert, wenn der Friede der Welt in Frage gestellt ist und die Bedrohung von Frieden und Freiheit liegt in dem Bestehen autokratischer Regierungen, die sich auf eine nur von ihrem Willen, nicht von dem Willen ihrer Völker gelenkte organisierte Macht stützen.

Mit dem deutschen Volke haben wir keinen Streit. Ihm gegenüber hegen wir kein anderes Gefühl als Sympathie und Freundschaft.

Ein dauerhaftes Einvernehmen für den Frieden kann nur durch Beteiligung demokratischer Nationen gewährleistet werden.

** Kein Volk darf unter eine Oberhoheit gezwungen werden, unter der es nicht zu leben wünscht. Kein Gebiet darf den Besitzer wechseln, außer um seinen Bewohnern günstige Bedingungen für Leben und Freiheit zu sichern. Auf keinen Entschädigungen darf bestanden werden, außer der Bezahlung für offenkundig angetanes Unrecht.

*** Das amerikanische Volk wünscht keine Wiedervergeltung an dem deutschen Volk, das selbst in diesem Krieg, den es nicht verlangt hat, alles erduldet hat.

sätzlichen Beleidigungen, keine Rache. Aber Mißtrauen gegen die Regierung.

* We cannot take the word of the present rulers of Germany as a guarantee of anything that is to endure.

In seiner Ansprache an die amerikanische Federation of Labour vom 12. November 1917 entwickelt er seine Meinung gegen Streik und Anarchie:

** Nobody has a right to stop the processes of labor untill all the methods of conciliation and settlement have been exhausted. I want to utter my earnest protest against any manifestation of the spirit of lawlessness and anarchy anywhere and in any cause.

Daraus folgt Wilsons prinzipiell ablehnende Stellung gegenüber dem Rätesystem, Sowjet Rußland.

In der Botschaft vom 4. Dezember 1917 heißt es zwar, anders als früher: Our present and immediate task is to win the war, aber Amerika will nichts für sich:

It is for us a war of high, disinterested purpose.

Und wieder die Versicherung der Freundschaft für Deutschland und der Nichteinmischung in seine Angelegenheiten:

*** Germany's success by skill, industry, enterprise, by knowledge, we did not grudge or oppose, but admired rather . . . We intend no wrong against the German Empire, no interference with her in ternal affairs. No one is threatening the existence or the independence or the peaceful enterprise of the German Empire.

In der Ansprache an den Kongreß vom 11. Februar 1918 knüpft Wilson an die Monroë-Doctrin an:

† The U. S. has no desire to interfere in European affairs or to act as an arbiter in European territorial disputes.

. . . . This war had it roots in the disregard of the rights of small nations and of nationalities.

---

* Wir können das Wort der gegenwärtigen Beherrscher Deutschlands nicht als Bürgschaft irgendeiner dauerhaften Abmachung anerkennen.

** Niemand hat das Recht die Prozesse der Arbeit aufhören zu lassen, bis alle Methoden der Schlichtung erschöpft sind. Ich wünsche meinen ernsten Protest gegen jede Betätigung des Geistes der Gesetzlosigkeit einzulegen.

*** Deutschlands durch Geschicklichkeit, Fleiß, Unternehmungslust und Kenntnisse erreichten Erfolge mißgönnten wir ihm nicht, sondern wir bewunderten sie viel eher. Wir beabsichtigen kein Unrecht gegen das Deutsche Reich, keine Einmischung in seine inneren Angelegenheiten. Niemand bedroht die Existenz oder Unabhängigkeit oder die friedliche Unternehmungslust des Deutschen Reiches.

† Die Vereinigten Staaten wünschen nicht, in europäische Angelegenheiten einzugreifen oder in europäischen Gebietsstreitigkeiten als Schiedsrichter zu wirken.

Dieser Krieg hat seine Wurzeln in der Mißachtung der kleinen Nationen und der Nationalitäten.

Es soll keine Annexionen, keine Kriegssteuern, keine Strafentschädigungen geben. Völker sollen nicht durch internationale Konferenzen oder Vereinbarungen zwischen Rivalen und Gegnern von der Souveränität an eine andere ausgehändigt werden. Die nationalen Aspirationen müssen geachtet werden. Die Völker können heute nur auf ihre eigene Zustimmung hin beherrscht und regiert werden. Selbstbestimmung ist nicht eine bloße Redensart.

There shall be no annexations, no contributions, no punitive damages (Strafentschädigungen). Peoples are not to be handed about frome one sovereignty to another by an international conference or an understanding between rivals or antagonists. National aspirations must be respected; peoples may now be dominated and governed only by their own consent. Self-determination is not a mere phrase.

Immer mehr tritt in den folgenden Reden die Ablehnung eines Kompromisses, der Kampf gegen die Autokratie hervor: die Regelung muß eine endgiltige sein.

Punkt 1 der Rede vom 4. Juli 1918: Die Vernichtung jeder willkürlichen Macht allerorten, die für sich allein und nach ihrem eigenen Einzelwunsch den Frieden der Welt stören kann; oder wenn sie zurzeit noch nicht vernichtet werden kann, zumindest ihre Herabminderung zur tatsächlichen Machtlosigkeit.

Wir sehen also, wie von 1913 bis 1919 sich Wilsons politische Auffassungen entwickelten, in den Grundprinzipien aber sich gleichblieben.

Diese Prinzipien, zusammengefaßt, sind: Abschaffung der Geheimdiplomatie, Freiheit der Meere, wirtschaftliche Gleichberechtigung. Abrüstung, Völkerbund; Dauer des Friedens, Abschluß auf der Basis der Gerechtigkeit, keine Annexionen, keine Strafentschädigungen, keine Sonderbündnisse, Aufgeben der balance of power; Recht als Basis, Gleichberechtigung der großen und kleinen Nationen, wahre Demokratie, Aufhören unkontrollierter Autokratie, innerpolitisches und nationales Selbstbestimmungsrecht der Nationen, Verwerfung jeder Art von Intervention.

In Bezug auf territoriale Fragen finden wir diese Prinzipien in Punkt 2 und 3, mit Rücksicht auf das nationale Streben in Punkt 4 der Rede vom 11. Februar 1918 zusammengefaßt:

2. daß Völker und Länder nicht von Oberherrschaft zu Oberherrschaft verschachert werden können, als ob sie Waren oder Pfänder in einem Spiele wären;

im Original: that peoples and provinces are not to be bartered about from sovereignty to sovereignty, as if they were mere chattels and pawns in a game, even the great game, now for ever discredited, of the balance of power;

3. daß jede in diesem Kriege in Frage kommende territoriale Vereinbarung im Interesse und zum Nutzen der in Betracht fallenden Völker gemacht werden muß und nicht als Teil von irgend einem Ausgleich oder Kompromiß von Ansprüchen von rivalisierenden Staaten,

im Original: Every territorial settlement involved in this war must be made in the interest and for the benefit of the populations concerned and not as a part of any more adjustment or compromise of claims amongst rivals;

4. daß allen genau umschriebenen nationalen Ansprüchen die höchste Befriedigung zuteil werde, die zugestanden werden kann,

ohne neue oder fortlaufende alte Elemente der Zwietracht und der Gegensätze einzuführen, die geeignet wären, den Frieden Europas und in der Folge der Welt zu stören;

im Original: that all well defined national aspirations shall be accorded the utmost satisfaction that can be accorded them without introducing new or perpetuating old elements of discord and antagonism that would be likely in time to break the peace of Europe and consequently of the world.

Neben der demokratischen und sozialen Idee, der Wilson durch internationale Regelung der Arbeit Rechnung tragen will, waren ja die Jahrzehnte vor dem Krieg von dem Nationalitätenprinzip erfüllt, das seit der Losreißung Griechenlands von der Türkei, bei der Entstehung der südamerikanischen Staaten, bei der nationalen Einigung Deutschlands und Italiens, unter der Devise: der Balkan den Balkanvölkern, in der Form der Irredenta in der Politik eine so große Rolle spielte, seit Mancini wissenschaftlich behandelt wurde.

Aber einen völkerrechtlichen Grundsatz bildete es nicht; denn die Subjekte des Völkerrechts blieben auch weiterhin nicht die Nationen, sondern die Staaten.

Das Nationalitätenprinzip hat die irische Frage verschärft, die armenische, indische und ägyptische Bewegung geschaffen, sich in übernationalen Staaten im innerpolitischen Sprachen- und Machtkampf entladen. Nationalismus und Imperialismus haben zweifellos die unbehagliche Atmosphäre des bewaffneten Friedens geschaffen und zur Explosion des Weltkrieges geführt. Demokratismus und Nationalismus haben Rußland, Österreich-Ungarn und die Türkei zertrümmert.

Hier wird nun das Nationalitätenprinzip von einem politischen zu einem rechtlichen Gebilde. Man hat in neuester Zeit (Kjellén) unterschieden zwischen dem Recht jeder Nation auf eigenes und einheitliches Leben (vgl. Art. 19 des alten österr. St. G. G. über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger vom 21. Dezember 1867, R. G. Bl. Nr. 142) und dem der Nation nicht ohne weiteres zustehenden Anspruch auf Souveränität.

Hier ist unter der „höchsten Befriedigung“ (utmost satisfaction) wohl auch das letztere gemeint. Wenn aber das nationale Recht auf Staatenbildung anerkannt wird, muß es zu einer maßlosen Überspannung des Begriffs (denn die dadurch gewährte Macht verleitet selbstverständlich zum Mißbrauch) und zu schweren Konflikten zwischen den Nationen kommen, was wir denn auch heute beides in voller Blüte, sehen.

Deswegen gibt Wilson zwei Einschränkungen:

1. soll diese „utmost satisfaction“ nur den genau umschriebenen nationalen Ansprüchen (well defined national aspirations) [vgl. die „hl. nationalen Aspirationen“ Italiens und Rumäniens in den Kriegserklärungen vom 23. Mai 1915 und 28. August 1916] entsprechen. Damit soll wohl einerseits der Fall getroffen sein, daß wegen eines seit Jahr-

hunderten bestehenden Völkergemisches (Mazedonien) das nationale überhaupt nicht als trennendes Prinzip dienen kann; dann, daß infolge der Siedlungsverhältnisse auf ein bestimmtes Gebiet eben kein genau umschriebener nationaler Anspruch erhoben werden kann; ferner das ohne nationale Grundlage bei einer Nation aus Machttrieb auftretende Streben, Nichtnationale aus geopolitischen oder wirtschaftlichen Gründen einzuverleiben; endlich kann man an die Berufung auf historische, weiß Gott wie lange zurückliegende Verhältnisse denken (serbische Berufung auf das Reich des Stefan Duschan, czechische auf das „böhmische Staatsrecht" vor 1620.

2. Die zweite Einschränkung, daß keine den Frieden störenden neuen oder fortlaufenden alten Elemente der Zwietracht eingeführt werden dürfen, ist noch wesentlicher.

Hier tritt die Vagheit der Fassung Wilsonscher Ideen ganz besonders hervor. Denn dieser Satz hebt tatsächlich den ersten fast ganz auf; dann bleibt von dem Nationalitätenprinzip nicht viel übrig.

Denn überall, wo durch die Neuregelung jemand unzufrieden ist, werden alte oder neue Elemente der Zwietracht eingeführt. Und wer entscheidet darüber, ob sie „geeignet sind, den Frieden zu stören?" Die Beteiligten selbst, oder die Friedenskonferenz, oder der Völkerbund?

Hervorgehoben werden muß noch, daß dieses wie alle Prinzipien Wilsons, sich nicht nur einseitig gegen die Zentralmächte richtet, sondern auf alle angewendet sein will, auf Rußland, aber auch auf Irland, Indien, Ägypten (all well defined national aspirations).

IV.

Die Punkte 5 bis 13 vom 8. Jänner 1918 geben die Anwendung der allgemeinen Prinzipien auf besondere Fälle; denn wenn auch hier noch alles recht vag gefaßt ist und keineswegs ins Detail geht, bieten sie uns doch für die Neuordnung der Welt das Konkreteste, das uns Wilson gegeben.

Punkt 5 regelt zunächst in folgender Weise das Kolonialproblem:

5. Eine freie, offenherzige und völlig unparteiische Ordnung aller kolonialen Ansprüche, gegründet auf die strengste Befolgung des Grundsatzes, daß bei Entscheidung aller derartigen Fragen der Oberhoheit die Interessen der in Frage kommenden Bevölkerung gleiches Gewicht haben wie die berechtigte Forderung der Regierung über deren Rechtsanspruch zu beschließen ist,

im Original: A free, open minded and absolutely impartial adjustment of all colonial claims, based upon a strict observance of the principle that in determining all such questions of sovereignty the interests of the population concerned must have equal weight with equitable claims of the government whose title is to be determined.

Wie alle übrigen, ist dieser Punkt also allgemein gehalten, durchaus nicht einseitig gegen Deutschland gerichtet. Deswegen

überließ Hertling in seiner Antwort (25. Jänner 1918) die Auseinandersetzung mit diesem Artikel in erster Linie dem alliierten England als der größten Kolonialmacht.

Auch in der Kolonialpolitik soll das Recht an die Stelle der Macht treten und in der Form der Rücksichtnahme auf die Interessen der betreffenden Bevölkerung sehen wir wohl den Rest oder vielleicht vielmehr den Anfang eines Selbstbestimmungsrechtes auch für die „natives".

Punkt 6 behandelt das russische Problem:

6. Die Räumung allen russischen Gebietes und Erledigung aller Rußland betreffenden Fragen in der Form, die die beste und freieste Beihilfe aller anderen Völker der Welt sichert, durch die ihm eine Möglichkeit, frei von Fesseln und Hindernissen, geboten wird, zur unbeeinflußten Entscheidung über seine eigene politische Entwicklung und nationale Politik, die es eines aufrichtigen Willkommens in der Gemeinschaft der freien Nationen, unter Einrichtung nach seiner eigenen Wahl, versichert, und mehr als des Willkommens, der Unterstützung jeglicher Art, die es benötigen oder selbst wünschen sollte,

im Original: The evacuation of all Russian territory and such a settlement of all questions affecting Russia as will secure the best and free cooperation of the other nations of the world in obtaining for her an unhampered and unembarrassed opportunity for the independent determination of her own political development and national policy and assure her of a sincere welcome into the society of free nations under institutions of her own choosing; and more than a welcome, assistance also of every kind that she may need and herself desire. The treatment accorded Russia by her sister nations in the months to come will be the acid test of their good will, of their comprehension of her needs as distinguished from their own interests, and of their intelligent and unselfish sympathy.

Die Räumung wurde bekanntlich noch vor Abschluß des Waffenstillstandes verlangt.

Wilson hat die Revolution in Rußland (März 1917) und seinen „Eintritt in die Gesellschaft der freien Nationen" freudig begrüßt (vgl. seine Botschaft) und das war natürlich; denn der Sturz der zaristischen Autokratie räumte ein großes Hindernis für das von ihm bezeichnete Ziel hinweg: The world must be made safe for democracy. Doch die Demokratie ist ihm das Höchste, das Einzige. Dadurch ist seine Stellung zu der zweiten russischen Revolution und zum Bolschewismus gegeben. Denn das durch Lenin und Trotzky eingeführte Rätesystem (Sowjet) ist die Negierung der Demokratie, die auf der Gleichheit der Rechte beruht, die Sowjetverfassung aber auf der Klassenherrschaft.

Konsequenterweise hat daher Wilson Lenins Regierung nicht anerkannt; daher war keine Verhandlung möglich und bei Eröffnung der Pariser Konferenz fehlte Rußland.

Doch fordert Wilson auch für Rußland das Selbstbestimmungsrecht, freie Entwicklung, jedmögliche Unterstützung, lehnt aber jede autoritative Intervention ab.

Diesen Ansichten entsprechend, hat er auch den Friedensvertrag von Brest-Litowsk nicht anerkannt.

Bezüglich der russischen Randstaaten, von denen hier nicht gesprochen wird, muß man wohl auch hier das Nationalitätenprinzip in der Formulierung des Punktes 4 vom 11. Februar 1918 gelten lassen.

Punkt 7 beschäftigt sich mit dem vielumstrittenen belgischen Problem.

7. Belgien muß, die ganze Welt wird dem beipflichten, geräumt und wiederhergestellt werden, ohne irgendwelchen Versuch, die Staatshoheit, die es mit allen anderen freien Nationen genießt, zu beschränken. Keine andere Einzelhandlung wird wieder dazu dienen, unter den Völkern das Vertrauen zu den Gesetzen wiederherzustellen, die sie selbst aufgestellt und für die Regelung ihrer Beziehungen zu einander bestimmt haben. Ohne diese heilende Tat bleibt der ganze Bau und die Macht der internationalen Gesetzgebung für immer geschwächt,

im Original: Belgium, the whole world will agree, must be evacuated and restored, without any attempt to limit the sovereignty which she enjoys incommon with all other free nations. No other single act will serve as this will serve to restore confidence among the nations in the laws which they have themselves set and determined for the government of their relations with one another. Without this healing act the whole structure and validity of international law is for ever impaired.

Die Räumung wurde noch als Vorbedingung für den Waffenstillstand verlangt und gewährt. Bleibt die Wiederherstellung aus dem Titel der Wiedergutmachung des Unrechts. Hervorzuheben die scharfe Betonung des Rechtsgedankens ebenso wie bezüglich des Elsaß in Punkt 8.

Was unter dieser in integrum restitutio, restoration, zu verstehen ist, darüber haben wir eine authentische Interpretation in Lansings Note vom 5. November 1918: Die alliierten Regierungen verstehen unter der Wiederherstellung der besetzten Gebiete, daß Deutschland für alle durch seine Angriffe der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schäden Ersatz leisten muß.

Tatsächlich wurde durch die Verletzung der belgischen Neutralität entgegen dem internationalen Garantievertrag, dessen Mitunterzeichner Deutschland war, ein Unrecht begangen. Die Berufung auf den früheren Bruch der Neutralität durch Belgien (Erwerbung des Kongostaates, dann auf Grund der in Brüssler Archiven gefundenen sogenannten Conventions anglo-belges 1906 und 1912), dann auf die Verletzungsabsicht Frankreichs, auf früher geführte Reden englischer Staatsmänner, im gegebenen Fall sich um die Neutralität Belgiens nicht zu kümmern, die Berufung auf die Kriegsraison, also auf ein

Staatsnotstandsrecht, all dies läßt wohl die Handlung als Unrecht bestehen.

Die Verletzung war für England und Grey der prétexte de guerre, hier setzte auch eine enorme Propaganda ein, besonders in Amerika war des Bejammerns des „poor, little Belgium“ kein Ende.

Deswegen gibt Wilson bei diesem Punkt eine so ausführliche und nachdrückliche Begründung, daß diese Wiedergutmachung die Voraussetzung des Völkervertrauens und damit der Geltung des Völkerrechts ist.

Übrigens hat Bethmann-Hollweg bereits im Reichstag am 4. August 1914 anerkannt:

Wir haben damit ein Unrecht getan und wir werden es gutmachen.

Auf demselben Standpunkt stand auch Brockdorff-Rantzau in Versailles.

Der Satz: without any attempt . . ., wendet sich gegen die wiederholten Erklärungen des deutschen Reichskanzlers, das Belgien nach dem Kriege werde nicht mehr das alte sein, man werde sich gegen eine Wiederholung „reale Garantien“ verschaffen usw.

Zugleich folgern die Belgier aus diesem Satz das Aufhören der dauernden Neutralität und es kann nicht geleugnet werden, daß die völkerrechtliche Institution der dauernden Neutralisierung, besonders wenn sie nicht auf dem Willen des Neutralisierten (Schweiz) beruht, sondern ihm als „Etat-tampon“ einseitig von den Großmächten in deren Interesse auferlegt wird, einen „attempt to limit the sovereignty“ darstellt.

Punkt 8 betrifft Frankreich.

8. Alles französische Gebiet müßte befreit und die vom Kriege überfluteten Gebiete wiederhergestellt werden; das Frankreich 1871 von Preußen angetane Unrecht in Sachen Elsaß-Lothringens, das den Weltfrieden während nahezu 50 Jahren beunruhigt hat, müßte wieder gutgemacht werden, damit der Friede im Interesse aller wieder neu gefestigt sei;

im Original: All french territory should be freed and the invaded portions restored and the wrong done to France by Prussia in 1871 in the matter of Alsace-Lorraine, which has unsettled the peace of the world for nearly 50 years, should be righted, in order that peace may once more be made secure in the interest of all.

Die Räumung wurde noch vor dem Waffenstillstand durchgeführt.

Bezüglich „restored“ gilt die Note vom 5. November 1918. Punkt VIII fordert, wenn auch nicht direkt, so dem Sinne nach, die Herausgabe von Elsaß-Lothringen, und zwar, da es bei Wilson ebensowenig wie Kriegsentschädigungen (sondern nur Schadensersatz) Annexionen gibt, aus dem Titel der Wiedergutmachung des Unrechts von 1871. In Frankreich gewöhnte man sich daher von einer „Desannexion“ zu sprechen. Da es sich hier um eine Wiedergutmachung des Unrechts, nicht um eine Neuordnung handelt, sagt dieser Punkt

nichts von einem Plebiszit oder einer sonstigen Willenskundgebung der Bevölkerung.

„Unrecht von 1871." Wieder ein Fall der Vagheit Wilsonscher Ausdrucksweise. Ist Unrecht im ethischen Sinne oder im Sinn des Bruches des positiven Völkerrechts, eines völkerrechtlichen Delikts gemeint? Bestand das Unrecht in der Auflegung der Abtretung durch Preußen als Sieger oder schon in der Kriegserklärung?

Punkt 9 wendet das Nationalitätenprinzip Österreich-Ungarn gegenüber zugunsten Italiens an:

9. Eine Neuregelung der Grenzen Italiens längs deutlich erkennbarer Grenzlinien der Nationalitäten müßte vorgenommen werden;

im Original: A readjustment of the frontiers of Italy should be effected along clearly recognizable lines of nationality.

Die allgemeinen Prinzipien Wilsons negieren die Anwendbarkeit des englisch-italienischen Londoner Vertrages von 1915.

Die „clearly recognizable lines of nationality" sind wohl die Anwendung der „well defined national aspirations" des Punktes vier vom 11. Februar 1918.

Punkt 10 fordert das politische Selbstbestimmungsrecht für die einzelnen Nationalitäten Österreich-Ungarns:

10. Den Volksstämmen Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, müßte die freieste Gelegenheit zur Entwicklung ihrer Autonomie gewährt werden;

im Original: The peoples of Austria-Hungary, whose place among the nations we wish to see safeguarded and assured, should be accorded the freest opportunity of autonomous development.

Es muß betont werden, daß dem Selbstbestimmungsrecht und dem Nichtinterventionsprinzip entsprechend, keine Einmischung in die Angelegenheiten und keine Vernichtung der Monarchie beabsichtigt ist; so heißt es in der Kongreß-Botschaft über die Kriegserklärung an Österreich-Ungarn vom 4. Dezember 1917:

* We do not wish in any way to impair or to rearrange the Austro-Hungarian Empire. It is no affair of ours what they do with their own life, either industrially or politically. We do not purpose to dictate them in any way. We only desire to see that their affairs are left in their own hands, in all matters, great and small.

Der letzte Satz bezieht sich auf das von der Entente behauptete Verhältnis der absolut kontrollierten Vasallität gegenüber Deutschland. Wie man das deutsche Volk in Schutz nehmen wollte, in seinem

* Wir wünschen in keiner Weise das österreichisch-ungarische Reich zu schwächen oder anders einzurichten. Es geht uns nichts an, was seine Völker mit ihrem eigenen Leben tun weder industriell, noch politisch. Wir bezwecken oder wünschen nicht, ihnen in irgend einer Weise etwas vorzuschreiben. Wir wünschen nur darauf zu achten, daß ihre Angelegenheiten, die kleinen und die großen, in ihren eigenen Händen bleiben.

eigenen Interesse gegen seine Regierung, so hier die Monarchie gegen Deutschland.

Am 3. September 1918 war durch Amerika der Kriegszustand zwischen den Tschechoslowaken und Deutschland und Österreich-Ungarn sowie der tschecho-slowakische Nationalrat in Paris als eine de facto kriegführende Regierung anerkannt worden, ausgestattet mit der entsprechenden Autorität, um die militärischen und politischen Angelegenheiten der Tschechoslowaken zu leiten, ebenso die Gerechtigkeit der nationalen Aspirationen der Jugoslawen. Unter Berufung darauf teilte Lansing in seiner Note vom 18. Oktober 1918 mit:

Der Präsident ist daher nicht länger in der Lage, eine bloße „Autonomie" dieser Völker als Friedensbasis anzunehmen, sondern ist genötigt, darauf zu bestehen, daß sie selbst und nicht er, Richter darüber seien, welche Aktion der österreichisch-ungarischen Regierung ihren Aspirationen und ihrer Vorstellung von ihren Rechten und ihrer Bestimmung als Mitglieder der Gesellschaft der Nationen genügen wird.

Also auch keine Einmischung, kein arbiter, sondern direkte Vereinbarung. Wie diese Vereinbarung (Hussareks Manifest, Andrassys Note an Wilson) ausfiel, ist ja bekannt, ist aber auch nur zum Teil Wilsons Schuld.

Punkt 11 regelt die Balkanangelegenheiten:

11. Rumänien, Serbien, Montenegro müßten geräumt, besetzte Gebiete wiederhergestellt werden. Serbien müßte ein freier und sicherer Zugang zum Meere gewährt werden; die Beziehungen der verschiedenen Balkanstaaten zueinander sollten durch freundschaftliche Beratungen festgelegt werden, gemäß geschichtlich festzustellender Züge der Zugehörigkeit und Nationalität;

im Original: Roumania, Serbia and Montenegro should be evacuated, occupied territories restored. Serbia accorded free and secure access to the sea; and the relations of the several Balkan states to one another determined by friendly counsel along historically established lines of allegiance and nationality; and international guarantees of the political and economic independence and territorial integrity of the several Balkan states should be entered into.

Räumung durchgeführt; bezüglich „restored" vgl. zu Punkt 7 und 8.

Unter den „well defined national aspirations" erscheint hier ausdrücklich Serbiens freier und sicherer Zugang zum Meere, der ja schon 1912 und 1913 im Balkankrieg eine so große Rolle spielte.

Punkt 12 ordnet die Angelegenheiten der Türkei:

12. Den türkischen Teilen des gegenwärtigen Ottomanischen Reiches sollte eine gefestigte Staatshoheit zugesichert werden; aber den anderen Nationalitäten, die jetzt unter türkischer Herrschaft stehen, müßte unantastbare Sicherheit des Lebens gewährleistet werden und völlig ungehinderte Gelegenheit zur Entwicklung ihrer Autonomie; die Dardanellen müßten für die Dauer geöffnet werden,

als freie Durchfahrtsstraße für die Schiffe und den Handel aller Nationen unter internationaler Bürgschaft;

im Original: The Turkish portions of the present Ottoman Empire should be assured a secure sovereignty, but the other nations which are now under Turkish rule should be assured an undoubted security of life and an absolutely unmolested opportunity of autonomous development, and the Dardanelles should be permanently opened as a free passage to the ships and commerce of all nations under international guarantees.

Zunächst soll also, entgegen den Aufteilungsplänen der Entente, eine souveräne Türkei bestehen bleiben; in dem „assured" liegt wohl eine gewisse Garantie, anderseits aber ebenso eine gewisse Kontrolle und Tutel der Großmächte bzw. des Völkerbundes.

Aber auch den anderen Nationen wird das Selbstbestimmungsrecht in der Form der Autonomie (sowie bei Österreich-Ungarn in Punkt 10 der ursprünglichen Fassung) und der unantastbaren Sicherheit des Lebens, wohl unter dem Eindruck der in der Entente so viel besprochenen armenischen Massacres, gegeben.

Für die Dardanellen wird der seit dem traité du canal de Suez zur Anwendung gekommene Grundsatz der Internationalisierung und Schiffahrtsfreiheit geltend gemacht in Abänderung der noch geltenden Londoner convention des détrois von 1841. Die internationale Garantie wird wohl gedacht als vom Völkerbund durch eine internationale Dardanellenkommission ausgeübt, ähnlich der Suezkanalkommission, die übrigens schon durch die anglo-französische Entente cordiale vom 8. April 1904 beseitigt wurde.

Der letzte Punkt endlich behandelt die Schaffung Polens.

13. Ein unabhängiger, polnischer Staat müßte errichtet werden, der die von unzweifelhaft polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete zu umfassen hätte, dem ein freier und gesicherter Zugang zum Meere gewährleistet werden müßte und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit durch internationale Vereinbarung zu verbürgen wäre;

im Original: An independent Polish state should be erected which should include the territories inhabited by indisputably Polish populations, which should be assured a free and secure access to the sea and whose political and economic independence and territorial integrity should be guaranted by international covenants.

Bei Kriegsbeginn suchten sich beide Parteien die polnischen Sympathien zu gewinnen: das Manifest des Generalissimus Nikolai Nikolajewitsch sagte ihnen „Autonomie", das Manifest des Oberkommandos der k. u. k. Armeen „Befreiung vom moskowitischen Joch" zu. Auf Grund der militärischen Lage kam es zur Errichtung der General-Gouvernements Lublin und Warschau, dann verfügte der Erlaß der beiden Kaiser vom 5. November 1916 die Errichtung eines selbständigen Königreichs Polen mit später im Detail zu bestimmenden Grenzen im engen Anschluß an die beiden verbündeten

Kaiserreiche, 1917 kam es zur Schaffung eines polnischen Regentschaftsrates.

Das war der Rechtszustand Polens, als Wilson seine Forderung (Punkt 13) aufstellte.

Wilson verlangt hier die Anwendung der „utmost satisfaction of all well defined national aspirations“ auf Polen; das „well defined“ wird präzisiert durch „territories inhabited by indisputably Polish populations“; dieses so entstandene Polen soll ähnlich wie die Balkanstaaten (Punkt 11) unter internationale Garantie, wohl des Völkerbundes, gestellt werden; wie für Serbien (Punkt 11) wird wohl in Ausführung der „economic independence“ auch für Polen „free and secure access to the sea“ verlangt, also nicht unbedingt ein Hafen, sondern nur der Zugang. Die Fassung „inhabited by indisputably Polish populations“ entspricht den „clearly recognizable lines of nationality“ im Punkt 9.

Während man sich über die Lösung des polnischen Problems im Sinne der Errichtung von Kongreßpolen, der groß-polnischen und der austro-polnischen Lösung nicht einigen konnte, verloren die Zentralmächte die polnischen Sympathien gründlich (Nichtzulassung polnischer Delegierter zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, Abtretung des Cholmer Gebietes an die Ukraine 8. Februar 1918).

Österreich-Ungarn verzichtete noch vor dem Zerfall auf Galizien zugunsten Polens (Hussareks Manifest vom 7. Oktober 1918: Der Vereinigung der polnischen Gebiete Österreichs mit dem unabhängigen polnischen Staat wird hiedurch in keiner Weise vorgegriffen); mit Deutschland kam es zum Abbruch der Beziehungen von seiten Polens am 20. Dezember 1918 und dem seit Cholm vorbereitcten Hinüberjonglieren Polens zur Entente (Paderewski in Paris).

V.

Das ist also das Pogramm Wilsons, das durch Annahme von beiden Seiten zum Programm der Friedenskonferenz wurde.

Seit Ausbruch des Krieges stand ja Wilson an erster Stelle in der Aufmerksamkeit der Welt, schon als Staatsoberhaupt des größten neutralen Staates. An ihn wendeten sich beide Parteien; von ihm erwartete gerade die neutrale Welt, ein peacemaker zu sein, wie einst in kleinerem Maßstab sein Vorgänger Roosevelt den Frieden zwischen Japan und Rußland vermittelt hatte.

Die Ideen, die Wilson in seinen Punkten ausdrückte, sind wie aus früheren, auch vor dem Kriege gehaltenen Reden gezeigt wurde, die Überzeugung seines Lebens. Schon als junger Professor an der John Hopkins University, später als Präsident der Princeton University, als Governor von New-Jersey und als Präsident der Republik, in der inneren Politik, gegenüber den südamerikanischen Staaten und gegenüber Mexiko ist er dafür eingetreten.

Dieselben Ideen atmen seine Schriften über die Regierung durch den amerikanischen Kongreß, über den Staat, die große Geschichte des amerikanischen Volkes, „the new Freedom“ und die Essays: Nur Literatur.

Von einem Manne solcher Ideen und dieser Hartnäckigkeit in ihrer Verteidigung, noch dazu an der Spitze des größten neutralen Staates durfte die Welt mit Recht Großes erwarten.

So beginnt denn auch Wilsons Politik im Weltkrieg mit seiner die vollkommene Unparteilichkeit proklamierenden und seinen Mitbürgern zur Pflicht machenden Neutralitätserklärung vom 5. und 29. August 1914.

Im weiteren Verlaufe wurde seine Politik gerühmt und befehdet, von beiden Kriegführenden und Neutralen und von verschiedenen Parteien und Männern innerhalb Amerikas selbst.

Die Kriegslieferungen setzten zugunsten der Entente in größtem Maßstab ein; kein Zweifel, daß, da es sich nicht um Staatssondern um private Lieferungen handelte, daß Amerika nach der ausdrücklichen Bestimmung der Haager Konvention von 1907 dazu berechtigt war; doch da nach der Lage der Dinge nur der eine kriegführende Teil diese Lieferungen erhalten konnte, wäre die Nichtausübung dieses Rechts vielleicht eine ethische Pflicht gewesen. Jedenfalls hatte Wilson in ähnlichem Fall den Export von Waffen nach Mexiko verboten.

Aber abgesehen von dem Rechtsstandpunkt mußte sich nicht vom Standpunkt einer baldigen Beendigung des Krieges in Europa die Einstellung der Waffenlieferungen empfehlen?

Völkerrechtsverletzungen der beiden Kriegführenden brachten dann immer Wilsons Eingreifen in seinen Noten, die durch zwei Jahre die ganze Welt in Spannung hielten.

Aber die Form, auf diese Verletzungen amerikanischer Interessen zu reagieren, war gegenüber den beiden Mächtegruppen denn doch sehr verschieden.

Die Ausdehnung der Listen für Kontrebande, die Behinderung des amerikanischen Handels unter amerikanischer Flagge zu neutralen Häfen, die zahlreichen Beschlagnahmen, wodurch gerade die Lebensmittelexporteure und die Baumwollstaaten sehr stark getroffen wurden,[5]) die Einführung der schwarzen Listen, die Beschlagnahme neutraler Post, die Bewaffnung der Handelsschiffe von seiten Englands führten zwar zu Protestnoten, die meist von England dilatorisch behandelt wurden, aber zu keinen energischen Maßnahmen. Dagegen brachte der Notenwechsel mit der deutschen Regierung über die U-Bootfrage oft sehr scharfe Schriftstücke und schließlich den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und dann die Kriegserklärung, dazu kamen manche Wilson Reden gegen die Deutsch-Amerikaner, seine Rüstungs- und Flottenpolitik und die Bereitschaftsreden.

[5]) Vgl. hierüber: Dr. E. Clapp (New York): Brit. Seekriegsrecht und die Neutralen im Kriege 1914/16. Deutsch bei S. Mittler & Sohn. Berlin. 1916.

So war denn die Auffassung seiner Politik auch im eigenen Lande eine sehr geteilte.

So manche Angriffe waren von Seiten der Deutsch-Amerikaner auf ihn gerichtet und im Kongreß kam es oft zu erregten Debatten besonders über die Munitionsausfuhrbill und die Debatte über die Warnung von Amerikanern vor der Benützung bewaffneter Handelsschiffe.

So sagte Senator Clarke in der Sitzung vom 3. März 1916: „Ich glaube, daß, wenn wir vom Anfang an eine absolute Neutralität beobachtet hätten, der unglückselige Kampf in Europa sich bereits auf dem Wege des Ausgleiches befinden würde. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß alle unsere öffentlichen Maßnahmen und Erklärungen nach einer gewissen Seite hinzielten und den deutlichen Eindruck erweckten, daß das offizielle Amerika zumindest ein ganz besonderes Interesse an dem Erfolge einer der beiden Parteien dieses großen Ringens hat".

Hugo Münsterberg bezeichnete es als „the moral right and the historic duty" der Vereinigten Staaten, in der Frage des Friedens „to become the one truly neutral Arbiter and helper"[6]) und dies schwebte wohl auch Wilson vor.

So sagte er in seiner Botschaft an den Kongreß vom 8. Dezember 1914 unter Berufung, wie sehr alle europäischen Völker die Vereinigten Staaten zur Ersetzung ihrer erschöpften Vorräte brauchen würden:

Möge Amerika Gelegenheit finden, durch ein vermittelndes Auftreten den Frieden wiederherzustellen!

Während Wilson allerdings das Friedensangebot der Zentralmächte vom 12. Dezember 1916 ohne Zusatz und Empfehlung an die Entente weitergab, trat er am 21. Dezember selbst mit einer Friedensvermittlungsaktion hervor.

Doch bald schon folgte der Abbruch der diplomatischen Beziehungen und die Kriegserklärung.

Ein großer Teil der Bevölkerung Amerikas stand ja schon von Anfang an mit dem Herzen auf Seiten der Entente; wohl gaben sich viele Deutsch-Amerikaner und andere Mühe, den deutschen Standpunkt ihren Landsleuten verständlich zu machen und Hugo Münsterberg gab seinem Buche: America and the war das Motto: To all lovers of fair play. Aber die deutschen Kabel waren am ersten Tage des Krieges durchschnitten worden und Nachrichten gelangten fast nur durch das Bureau Reuter, nachdem sie den Zensor in London passiert hatten, in die Welt. Eine gewaltige anti-deutsche Propaganda setzte ein, einseitige Darstellungen, Weglassungen, direkte Fälschungen, eine Unzahl „atrocity stories" bearbeiteten die öffentliche Meinung Amerikas und entfremdeten ihr die Sympathien für Deutschland.

[6]) H. Münsterberg: America and the peace. p. 14.

Aber auch deutsche Schriften selbst machten Amerika mißtrauisch; Otto Baumgarten hat in einer kleinen Schrift durch Aneinanderreihung einer großen Anzahl von Zeugnissen aus Büchern und Zeitungen den starken Widerhall deutscher Schriften alldeutscher Tendenz in Amerika gezeigt.[7])

Dann muß berücksichtigt werden der große Einfluß der den Krieg nicht ungern sehenden Schwerindustrie, endlich das verwandtschaftliche Verhältnis zu England, in dem man die gemeinsamen Ideale verkörpert sah.

Denn was von den Engländern gilt: You English, when you've said a thing „is n't English" fancy you've settled it[8]), gilt eberso von den Amerikanern.

Daß die anti-deutschen Schlagworte und jene bei Wilson später so scharf hervortretende Trennung der Feindschaft gegen die autokratische Regierung und der Freundschaft für das deutsche Volk verbunden mit der Überzeugung von Deutschlands Niederlage in Amerika bei geistig hochstehenden, objektiv denkenden Männern schon sehr frühzeitig vorhanden war, beweist ein bereits am 28. September 1914 geschriebener Artikel des Ehrenpräsidenten der Harward-University, Charles W. Elliot:

* „Maintenant que l'attaque brusquée sur Paris a échoué, l'issue da la lutte, qu'elle que soit la durée, ne paraît pas douteuse. Ce sera la défaite de l'Allemagne et l'abandon nécessaire du principe qui fait dépendre leur salut du militarisme et du maintien d'un pouvoir exécutif absolu.

Les sympathies américaines vont au peuple allemand dans ses souffrances et dans ses deuils, mais non pas à ceux qui le gouvernent, ni à la caste militaire, ni aux professeurs et aux lettrés qui ont enseigné depuis plus d'une génération que la force crée le droit.[9])

Trotzdem hatte Wilson einen starken Widerstand gegen seine Kriegsteilnahme zu brechen, das zeigen schon die zahlreichen Reden, in denen er Amerika auf den Eintritt in den Krieg vorzubereiten suchte. Erst die Mitteilung von dem deutschen Bündnisangebot an Mexiko gegen die Vereinigten Staaten (Zimmermanns unselige Note an v. Eckart) ließ jeden Widerspruch verstummen.

---

[7]) O. Baumgarten: Das Echo der alldeutschen Bewegung in Amerika. Diederichs. Jena. 1917.

[8]) M. Conway: The Crowd in Peace and War. London. 1915. p. 51.

[9]) La revue politique internationale. 1914. Lausanne. no 9/10, sept./oct.

* Jetzt, da der Vorstoß auf Paris gescheitert ist, kann der Ausgang des Ringens, wie lange es auch dauern mag, nicht mehr zweifelhaft sein. Es wird mit der Niederlage Deutschlands enden und mit dem erzwungenen Fallenlassen des Prinzips, das sein Heil im Militarismus und einer absoluten Exekutivgewalt sieht. Die Sympathien der Amerikaner gehören dem deutschen Volk in seinen Leiden und Schmerzen, aber nicht seinen Herschern, weder der Militärkaste, noch den Professoren und Literaten, die seit mehr als einer Generation gelehrt haben, daß es die Macht ist, die das Recht schafft.

Wie selbstverständlich wurde Wilson nach seiner Kriegserklärung in den Ländern der Entente gepriesen, während bei den Zentralmächten eine große Erbitterung entstand, die sich in vielen Zeitungsartikeln und Schriften Luft machte.

„Wilson", heißt es in einer damals erschienenen kleinen Streitschrift,[10]) „ein Stifter des ewigen Friedens? Klingt das nicht heute paradox? Derselbe, der leichtfertig kaum ein paar Wochen nach seiner Friedensbotschaft mit dem Kriegsfeuer spielte und am liebsten damit die ganze neutrale Welt in Brand gesteckt hätte? Er hat lange genug eine Maske getragen, die manchen täuschte. Man kann nicht oft genug zeigen, was dahinter steckt."

Der Verfasser einer größeren Arbeit,[11]) sieht in Wilsons ganzer Politik nur eine abgekartete, lange vorbereitete „angelsächsische Verschwörung", in seinen Ideen nur das verabredete Nachsprechen der Phrasen eines Asquith und Lloyd-George, in seinen Friedensreden nur ein Mittel der Stimmungsmache vor seiner zweiten Präsidentenwahl, um der den Ideen des Friedens zugetanen amerikanischen Bevölkerung als Hort und Bewahrer des Friedens zu erscheinen; sein Friedensvermittlungsangebot sei nur ein Trick gewesen, um den ihm zuvorgekommenen Zentralmächten den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Man warf ihm vor, daß er den U-Boot Streit absichtlich auf die Spitze getrieben hatte, daß er lieber den Krieg wollte als das Verbot, bewaffnete Handelsschiffe zur Reise benützen zu lassen, ja, daß Amerikaner gegen Bezahlung die Reise auf solchen Schiffen machten, um einen casus belli zu provozieren.

Die Zimmermannsche Note war ihm ein willkommener Vorwand, aus der er mit Geschick und Erfolg viel Kapital schlug.

Die Neutralität war ihm, nach Rausch, nur ein Seiltanzen, erst nach der Kriegserklärung konnte er sich offen vor der Welt zeigen, wie er innerlich gefühlt.

Die in seiner Botschaft vom 22. Jänner 1917 aufgestellte Formel: Es muß ein Friede ohne Sieg sein, sei keine Idee, sondern ein Kampfmittel gegen die damals strategisch äußerst günstig stehenden Zentralmächte; wenige Wochen nachher habe er durch seinen Ruf: Kein Friede ohne Sieg, diese mühsam ausgeklügelte Formel selbst ad absurdum geführt, weil er eben jetzt an seinen Sieg und nicht an den der Gegner dachte.

Das scheinbare Hin und Her seiner Politik sei ihm nur aus taktischen Gründen aufgenötigt worden. „Wilson hat in seiner Politik, die in ihren Grundzügen und in ihrem Wesen eine englische ist, niemals geschwankt" (S. 33).

Wenn wir diese Urteile über Wilson mit denen seiner Verherrlicher vergleichen, die sich genau auf dieselben Tatsachen

[10]) Eduard Spieß: Anti-Wilson. Berlin. 1917.

[11]) Prof. Dr. K. Rausch: Die angelsächsische Verschwörung. Eine zeitgeschichtliche Untersuchung. Wien. Manz. 1917.

stützen, dann kommen uns Münsterbergs Worte von den „so called facts“ in Erinnerung:

What are facts but starting — points of disputes? Every fact already involves a theory ..... Facts become facts by our selection.[12])

Es kann für uns nur darauf ankommen, abseits von einseitigen Lobpreisungen und Haßausbrüchen, uns objektiv zu fragen, was es mit Wilson für eine Bewandtnis habe.

Denn es gehört wohl zu den schwierigsten Dingen, die psychologischen Triebfedern eines Vorgehens ergründen zu wollen, die sich uns Außenstehenden nur aus den Handlungen zu erkennen geben. Zugleich ist ja alles viel komplizierter, als es auf den ersten Blick erscheint. Selbst der handelnde Staatsmann wird sich im Augenblicke des Handelns nicht immer der ihn leitenden Motive klar bewußt sein und mannigfache, vielleicht entgegengesetzte Ideen können sich in seinem Kopfe kreuzen.

Für die richtige Würdigung Wilsons darf man zuerst den Amerikaner in ihm nicht übersehen; seine pazifistischen Ideen, seine Ansichten über Demokratie sind eminent amerikanisch; hier wie in manchen anderen Ideen findet er weiten Widerhall im amerikanischen Volk, knüpfte er bewußt an älteste politische Traditionen Amerikas an. Ein Amerikaner ist er auch in der hohen Meinung, die er von seiner Heimat hat, in der großen Rolle, für die er sie in der Welt bestimmt erachtet. Gerade aus diesem Amerikanertum Wilsons geht aber auch eine große Unkenntnis Europas hervor, eine Unterschätzung des Historischgewordenen, der Schwierigkeit europäischer Probleme.

Wenn Wilson aber ein Land außerhalb Amerikas kannte, dann ist es England; dort waren seine Mutter und seine vier Großeltern geboren, es war das einzige Land, dessen Sprache und Literatur er kannte, es war rassenverwandt und zeigte in vielen Dingen, so in Politik und Staatsauffassung, dieselben anglosaxonen Ideale. Kann es da wundernehmen, wenn die Sympathien Wilsons auf Seiten Englands waren?

Doch dürfen wir daraus nicht folgern, daß seine Neutralität von Haus aus eine unehrliche, eine Falle war. Auch bei der verschiedenen Stellungnahme gegenüber England und Deutschland, darf man nicht vergessen, daß es sich von Seiten Englands um materielle Schädigung, von Seiten Deutschlands um Menschenleben handelte.

Er wollte wohl wirklich den Frieden vermitteln und es muß zugegeben werden, daß ihn der knapp darauf gefaßte Entschluß der deutschen Regierung zum verschärften U-Bootkrieg schwer reizen mußte.

Auch ist nicht ohne weiters in Abrede zu stellen, daß der aufgefangene Brief Zimmermanns an den deutschen Gesandten in Mexiko tatsächlich einen tiefen Eindruck auf Wilson machte.

Vom 8. Jänner 1918 an, von jener Rede, standen die von ihm formulierten 14 Punkte im Mittelpunkt der Friedensdiskussion. Wilson

[12]) H. Münsterberg: The Peace and America p. 30, 45.

ist Gelehrter und als solcher etwas doktrinär und dogmatisch; vielen seiner Landsleute ist sein zähes Festhalten an einmal gefaßten Ideen aufgefallen; und dann in Amerika, in dem man gewohnt ist, Städte, wie mit dem Lineal gezeichnet aus dem Boden entstehen zu lassen, in diesem geschichtslosen Land, mußte die Neuordnung der Welt nach bestimmten Grundsätzen, unbeschwert von historischen Gegensätzen, Reibungen und Problemen, viel leichter durchführbar erscheinen. Und in seinen Punkten näherte sich ja Wilson auch dem größten Denker Deutschlands. Lammasch hat darauf aufmerksam gemacht, wie auffallend Wilsons allgemeine Prinzipien mit den fünf Präliminar- und drei Definitivartikeln Kants („Zum ewigen Frieden") übereinstimmen.

Deutschland hatte alle Bedingungen Wilsons angenommen, so daß wir, retrospektiv, den Waffenstillstandsvertrag eine Kapitulation nennen müssen. Deutschland hatte sich mit dem Gedanken Opfer bringen zu müssen, abgefunden; sie setzten ihre Hoffnung auf Wilson, an den allein sie sich ja auch mit dem Ersuchen um Waffenstillstand und Einleitung von Friedensverhandlungen gewandt haben. Deutschland hatte ein Recht auf den versprochenen Frieden.

So sagte Ebert in der Eröffnungsrede der Nationalversammlung in Weimar am 6. Februar 1919:

Im Vertrauen auf die Grundsätze des Präsidenten Wilson hat Deutschland die Waffen niedergelegt. Jetzt gebe man uns den Wilson-Frieden, auf den wir Anspruch haben.

Und ähnlich legt diesen Gedankengang der Minister des Äußeren Dr. Graf Brockdorff-Rantzau in seiner Ansprache an Clemenceau bei der Überreichung des Präliminarfriedensvertragsentwurfes in Versailles am 7. Mai 1919 dar:

Bei dieser Konferenz, wo wir allein und ohne Bundesgenossen der großen Zahl unserer Gegner gegenüberstehen, sind wir nicht schutzlos. Sie selbst haben uns einen Bundesgenossen zugeführt, das Recht, das uns durch Vertrag über die Friedensgrundsätze gewährleistet ist . . . . Die Grundsätze des Präsidenten Wilson sind für beide Kriegsparteien, für Sie und für uns bindend geworden.

Wilsons Ideen, für die er sein ganzes Leben hindurch auftrat, sind, das hat die Exposition gezeigt, jedenfalls ein in sich abgeschlossenes Gedankengebäude, der Ausdruck seiner individuellen Ethik. Seine Forderung geht dahin, daß, weg vom Machiavellismus, von einer Gewalt- und sogenannten imperialistischen „Realpolitik", die zwar sicher überall geübt wurde, für deren theoretisch-dogmatische Verteidigung man aber gerade in den Ententeländern vor und während des Krieges die Deutschen, in der immer wiederkehrenden Trias: Nietzsche, Treitschke und Bernhardi verantwortlich machte, entgegen der Formel: Macht geht vor Recht und: Not kennt kein Gebot, auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen die Normen der individuellen Ethik zu gelten haben, die Beziehungen zwischen den Nationen auf der Basis des Rechts und der Gerechtigkeit aufgebaut seien. Der zentrale Satz, dessen Ausstrahlungen alle anderen

Punkte Wilsons sind, ist: that in the future nations must be governed by the same high code of honour, that we demand of individuals. Auch diese Forderung ist, wie ähnliche Äußerungen Elihu Roots und anderer klarmachen, eminent amerikanisch.

Die französischen Sozialpsychologen (Gustav le Bon; La Psychologie des foules, Tardieu: L'Opinion et la Foule) haben die Psychologie der Masse zum Gegenstand eingehender Untersuchungen gemacht und gezeigt, wie das Leben der Masse verschieden ist toto genere von dem der die Masse bildenden Einzelindividuen. In schöner und scharfer Weise hat 1911 Christensen in seinem Buche: Politik und Massenmoral, diese Ergebnisse zusammengestellt und weitergeführt.

Während es im Landesrecht zum Teil gelungen ist, auf der Grundlage, daß der Mensch zwar ein Raubtier, aber auch ein *ζῶον πολιτικόν* ist, die egoistischen Triebe zugunsten der sozialen zu bändigen und dieser Ausgleich sich im Recht darstellt, stehen wir bei der Masse auf dem primitivsten Standpunkt. Selbst beim Einzelmenschen äußert sich der soziale Trieb auch heute hauptsächlich nur gegenüber seinen Nächsten und nur schwach den Mitmenschen im allgemeinen gegenüber, in der Politik aber, die der Ausdruck der Massenmoral ist, spielen im innerstaatlichen Stände-, Partei- und Klassenkampf ebenso wie im zwischenstaatlichen Leben die Urtriebe die Hauptrolle.

Wo nun die rechtlichen Schranken gelockert sind, toben sich im Innern in Revolutionen, Bürgerkriegen und Bolschewismus, zwischenstaatlich im Krieg die Urinstinkte der Masse, Selbsterhaltung, Raub-, Macht- und sadistischer Grausamkeitstrieb aus. Und so das ewige Wundern über die „Kriegsgreuel" usw.

Den Krieg „humanisieren" wollen, ist eben eine contradictio in adjecto, denn der Krieg ist, wie Letourneau in seinem: „La guerre dans les diverses races humaines" sagt, seinem Wesen nach grausam.

Daher spricht auch Lammasch in seinem „Völkerrecht nach dem Krieg" von der Vergeblichkeit der Humanisierungsbestrebungen (II. Haagerkonferenz) und erwartet mehr von den Bestrebungen, Kriege in Zukunft zu verhüten. Das ist denn auch die Wilsonsche Forderung des Dauerfriedens und der Garantien gegen die Wiederholung einer solchen Katastrophe.

Die individuelle Ethik ist der Entwicklung der sozialen Ethik — deren Ausdruck die Politik ist — sehr voraüsgeeilt; da nun das Völkerrecht auf der Rechtsüberzeugung der Kulturnationen für den Verkehr untereinander, also letzten Endes auf der sozialen Ethik beruht, ist es verständlich, daß das Völkerrecht nach Lammasch „ein unvollkommenes, hinter der landesrechtlichen Entwicklung um Jahrhunderte zurückgebliebenes Recht ist".

Wilsons Forderung der Anwendung des Maßstabes der individuellen Ethik auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen macht ihn daher zugleich zum Vorkämpfer des Völkerrechts.

Aber nicht nur die offiziellen Stellen der Welt waren von Wilsons Punkten beeinflußt worden, sondern in sehr wesentlichem Maße auch die öffentliche Meinung; freilich, wie immer, kamen Wilsons Ideen in die Masse in Form politischer Schlagwörter, die Christensen so definiert: „eine bündige Phrase, die in aller Kürze eine ganze Weltanschauung zu enthalten scheint; das Schlagwort entspricht genau dem Bedarf der Masse; es ist oberflächlich, generalisierend, jeder präzisen Meinung bar, weckt aber eine unbestimmte Gefühlsvorstellung, die vorzüglich dazu geeignet ist, Impulse hervorzurufen. Es enthält in abstrakter Allgemeinheit resümierend gewisse Tendenzen, scheint den Schlüssel zur Lösung großer gesellschaftlicher Probleme zu bieten und überhebt einer selbstständigen, gedankenmäßigen Vertiefung in die Probleme“.[13])

Wie ein Gesetzgeber für die ganze Welt hatte Wilson seine Gebote verkündet und die Welt nahm sie an. Lobpreisungen ertönten ihm aus allen Ländern der Entente entgegen, die er gerettet hatte, alles sah auf ihn, hunderte Telegramme wurden täglich an ihn gerichtet, wer da mühsehlig und beladen war, in Feindes-, Freundes- und neutralem Land, wandte sich an ihn, wer da glaubte, es werde ihm sein Recht vorenthalten, ging zu ihm als dem Schiedsrichter der Welt.

Auch aus den Ländern der Besiegten kam manche überschwängliche Stimme.

Woodrow Wilson, schrieb Lammasch,[14]) ist das große Glück zuteil geworden als Führer einer großen Nation praktisch für die hohen Ideale wirken zu können, die er als akademischer Lehrer und Schriftsteller seinen Hörern und seinen Lesern vor Augen gestellt hatte.

Und der bekannte Pazifist Fried:[15])

Wilsons Ansprache an den Senat vom 22. Jänner 1917 ist das geschichtlich denkwürdige Dokument, das der pazifistischen Idee der zwischenstaatlichen Organisation zum politischem Leben verhalf, es wird für immer die eigentliche Magna Charta des Völkerbundes bleiben . . . . . Der große Amerikaner ist der endlich an der Quelle der politischen Macht stehende Exponent des internationalen Pazifismus.

Aber selbst abseits von solcher einseitigen Verherrlichung, die rückblickend jeden Schritt der Wilsonschen Kriegspolitik mit dem Schimmer idealster Gerechtigkeit und des Pazifismus umgab, bewegte die Frage, was ist Wilson? uns alle überall. Ist er ein Betrüger oder ein Prophet, sind seine Punkte Ideale oder Phrasen, ist er ehrlich oder ein Heuchler?

Wenn jemals das Charakterbild eines Mannes von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, in der Zeitgeschichte schwankte, dann war es das Wilsons.

---

[13]) A. Christensen: Politik und Massenmoral. Leipzig. Teubner, 1912. S. 16.
[14]) H. Lammasch: W. Wilson Friedensplan. Wien 1919. S. 5/6.
[15]) A. H. Fried: Der Völkerbund. Ein Sammelbuch. Wien 1919. S. 9 und 11.

Nun aber war er nach Europa gekommen; der Krieg war beendet und das Werk des Friedens sollte nach seinen Plänen gezimmert werden. Hier war der Ort, zu zeigen, ob es ihm Ernst sei mit seinen Ideen; hier galt es, gesprochene Programme in Taten umzusetzen. Hic Rhodus, hic salta!

Da er auf der Reise zur Pariser Konferenz, in Brest landete, wie ein König, wie der Herr der Welt begrüßt, im Besitz einer Macht, wie sie vielleicht noch nie ein Sterblicher vor ihm besessen, gestützt auf die unerschöpflichen Mittel aller Art seines Landes, die öffentliche Meinung von 100 Millionen Amerikanern hinter sich, Europa sich huldigend zu Füßen und so auch im Besitz einer seltenen moralischen Autorität, da schien es, als wollte er sich mit allem, was er hatte und war, dafür einsetzen, den Frieden, den Wilson-Frieden zu schließen.

Als er aber in Paris einzog, traf er den Mann, der in den kommenden Monaten im engsten Rat sein Antagonist werden sollte: Georges Clemenceau.

VI.

In allem und jedem ist Clemenceau Wilsons Gegenteil; dem Amerikaner, dem Anglosaxonen steht er als Franzose gegenüber, als Kelte; dem Gelehrten der Politiker; dem theoretischen Neuorganisator der Welt der Mann der praktischen Ordnung.

Er ist in der ganzen langen Zeit, da er im öffentlichen Leben Frankreichs steht, der „Geist gewesen, der stets verneint;“ der Mann der Opposition, er hat den Präsidenten Grèvy und eine ganze Reihe von Ministerpräsidenten gestürzt und es wunderte allgemein, als er 1906 selbst Ministerpräsident wurde.

Er ist nach der glänzenden Charakteristik Nordaus[16]) „der Mustervertreter der Herrenschicht keltischen Stammes, ein Sohn der Vendée: . . . . politisch fanatisch, tapfer und rücksichtslos; der Kopf eckig; die Gesichtsmaske eines Samurai. Der bohrende, dreiste Blick der tiefliegenden dunklen Augen eine Herausforderung, die schneidende Stimme verschüchtert den Feigling. Er verachtet weitläufige Perioden. Er war immer von imperatorischer Kürze.“

Bei Kriegsausbruch war er im ersten Kabinett Viviani Minister des Innern; doch schon am 27. August 1914 wurde Malvy sein Nachfolger und Clemenceau kämpfte, der Union sacrée zum Trotz, als Privatmann in seiner Zeitung. Während der Sozialist Gustav Hervé im Kriege seine „Guerre Sociale“ in „La Victoire“ umtaufte, änderte Clemenceau, den Titel seines „Homme libre“ in „L'homme enchainé“ um. Hier war er wieder in seinem Element, in der Opposition, scharfe und ätzende Kritik richtete sich gegen das Ministerium

[16]) M. Nordau: Französische Staatsmänner. Ullstein. Berlin. 1916. S. 217 u. 219.

Viviani und gegen den Präsidenten selbst, R. Poincaré, gegen den er schon vor seiner Wahl zum Präsidenten der Republik, 1913, auf das entschiedenste aufgetreten war.

Aber alle seine Gedanken, seine Kritiken und Angriffe erhielten im Kriege und durch den Krieg etwas Gemeinsames durch den unversöhnlichen Haß gegen Deutschland.

Wie Wilson bei seinen Landsleuten Anklänge genug fand für seine demokratischen und pazifistischen Ideen, so auch Clemenceau für seinen Deutschenhaß bei den Franzosen.

Die Rückgabe Elsaß-Lothringens, Sieg als Revanche für die Niederlage von 1870, das war ja doch die ganzen 44 Jahre hindurch der innerste Gedanke jedes Franzosen, wenn er auch gelegentlich nach der Formel Gambettas: Pensons-y-toujours, n'en parlons jamais! manche Zeit nicht so offen zum Ausdruck kam. Eine chauvinistische Propaganda, die Bekränzung der Straßburgstatue auf der Place de la Concorde, Feste, Ansprachen, Unterricht und vieles andere sorgten aber gerade in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch dafür, daß der Revanchegedanke den Franzosen nicht aus dem Kopf kam.

Wie Wilson nicht für selbstsüchtige, sondern für ideale Ziele, so kämpften auch die Franzosen wahrhaft für ideale oder ideologische Zwecke: pour la gloire de la patrie, pour la revanche de Sedan. Die Franzosen wurden nicht müde, das ihnen 1871 von Preußen in Sachen Elsaß-Lothringens angetane „Unrecht", wie es Wilson im Punkt VIII formuliert, der Welt zu klagen und der Weltkrieg hat zweifellos gezeigt, daß sie damit Impression machten; wenn man auf Wilson sieht, muß man zugeben, daß er gerade in ausführlicher Begründung bei Belgien und Frankreich (Punkt VII und VIII) die Wiedergutmachung des geschehenen Unrechts verlangt und vielleicht das Unrecht, das ihnen nach seiner Anschauung zugefügt war, seine Sympathien für diese Länder weckte.

Neben der Revanche war es aber gerade guten Patrioten und bedeutenderen Männern unter den Franzosen furchtbar zu sehen, wie Frankreich zurücktrat an Bevölkerung und Industrie, an Wissenschaft und Organisation und trotz seines großen, neugeschaffenen Kolonialreiches an Welthandelsbedeutung hinter dem ungeahnt mächtig emporstrebenden Deutschland.

Frankreich, das sich noch immer an der Spitze der Zivilisation marschieren sehen wollte, das auf seinen Rang nicht verzichten wollte, fühlte sich klein und schwach gegen Deutschland und suchte allenthalben Allianzen zum Kampf gegen den verhaßten Gegner, zu dem es über kurz oder lang kommen mußte.

Henri Lichtenberger, ein Franzose, Elsäßer von Geburt, gibt uns als französischer Zeuge für die Richtigkeit dieser Auffassung des französischen Verhältnisses zu Deutschland in einem sechs Monate vor Kriegsausbruch geschriebenen Artikel über die Meinung Deutschland gegenüber und über die elsäßische Frage folgendes:[17])

[17]) La Revue politique internationale. Paris. 1914. Janv. no 1, p. 3/16.

Le grand fait qui domine, à mon sens, les relations franco-allemandes, c'est l'essor prodigieux, qu'a pris la puissance allemande, spécialement au cours du dernier demisiècle. Il me suffit de constater que sur un grand nombre de points la force allemande dépasse aujourd'hui objectivement la force française. — Jadis la France a pu être un danger pour l'Allemagne, aujourd'hui c'est l'inverse qui a lieu.

L'Allemand évalue en général assez bas la puissance de la France. Il la tient pour infestée jusqu'aux moelles du virus révolutionnaire. Il estime qu'elle est entamée par la décadence, que sa vitalité est devenue trop faible pour lui permettre de se lancer franchement dans les aventures de la politique mondiale, qu'elle est en train de tomber au rang d'une puissance de second ordre. . . . Enfin, la question d'Alsace vient envenimer tons les rapports franco-allemands. C'est elle qui demeure, aujourd'hui comme hier le grand obstacle à la réconciliation des deux peuples.

Wie sehr mußte der Revanchegedanke aber in den Männern leben, die noch Augenzeugen der preußisch-deutschen Invasion von 1870/71 waren. Ja, sagt einmal Paul Bourget in einer Vorrede zu den Jungen Frankreichs: Quiconque n'a pas vu les cavaliers prussiens galopants sur le sol natal!

Georges Clemenceau aber hatte sie selbst gesehen; er ist der einzige Überlebende von jenen in der Versammlung in Bordeaux, die den Protest gegen die Abtretung Elsaß-Lothringens unterzeichneten. Und auch in diesem Kriege war die deutsche Armee durch vier Jahre auf dem Boden Frankreichs. In hellen Flammen aber lohte der langaufgespeicherte Haß gegen Deutschland, gegen alles Deutsche, gegen deutsche Rasse, Kultur und Mentalität, empor; die französische Schmähliteratur gegen Deutschland, die ganz exorbitante Formen annahm und aus der uns der heiße Atem des Hasses anweht, ist unter all den Schmähliteraturen, diesen traurigen Dokumenten, die der Weltkrieg hervorgebracht, bei weitem die ärgste. Von der generalisierenden Beschimpfung gelangen wir hier bis zur pathologischen, sadistischen Orgie.[18]) Und leider fehlen in dieser Lite-

[18]) Vgl. z. B. Commentaires sur la guerre des boches: III. André Suarez. C'est la guerre. Paris 1915: „la Sainte Guerre de la France contre la race allemande" (p. 24). Je veux qu'ils viennent en chemise, devant les porches. Et qu'on les fouette l'un par l'autre (p. 90/91). Die Deutschen sollen sagen müssen: Mille coups encore pour nous, chiens que nous sommes. Le fouet, le fouet! pour avoir dit que la brute allemande vaut l'homme de la France (p. 93/94) usw.

* Die beherrschende Tatsache im Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland ist meiner Meinung nach der märchenhafte Aufschwung der deutschen Macht, besonders in den letzten 50 Jahren. Es genügt zu konstatieren, daß in vielen Beziehungen heute die Kraft Deutschlands die Frankreichs objektiv übertrifft. Vor Zeiten konnte Frankreich für Deutschland eine Gefahr bedeuten, heute ist es umgekehrt.

Die Deutschen schätzen im allgemeinen die Macht Frankreichs recht niedrig ein. Sie halten sie für vom Revolutionsbazillus bis auf die Knochen verseucht, dekadent, zu schwach geworden für ein offenes Einlassen in die Abenteuer der Weltpolitik, im besten Begriff, eine zweitrangige Macht zu werden . . . Schließlich ist es die elsäßische Frage, die alle deutsch-französischen Beziehungen vergiftet, die nach wie vor das Haupthindernis bleibt für eine Versöhnung der beiden Völker.

ratur nicht die Namen so mancher bedeutender Gelehrter und der meisten Mitglieder der Académie française.

Da die Deutschen auf französischem Boden standen, so mußte man erst später an die Zurückgabe Elsaß-Lothringens denken und an eine weitere Sicherung. Das Gebot der Stunde aber hieß: ein weiteres Vordringen verwehren und dann den vaterländischen Boden befreien: Qu'ils soient chassés d'ici!

So schrieb Clemenceau, in seinem „Homme Enchaîné", durch Wochen und Wochen hindurch, seinen Lesern und Frankreich es einhämmernd: les Allemands sont à Noyon! und fügte der Kritik einer Regierungsverfügung stets hinzu: tandis que les Allemands sont à Noyon.

Da wurde die Welt wie im Jahre 1906 überrascht: Clemenceau trat von der Opposition zur Regierung, von der Kritik zur Tat.

Als das Kabinett Painlevé zurücktrat, vertauschte er die Stelle eines Redakteurs an seiner Zeitung mit der des Président du Conseil des Ministres. Niemand, in Frankreich und außerhalb nicht, konnte im unklaren darüber sein, was das zu bedeuten hätte. Von diesem Tage an, dem 17. November 1917, war Frankreich, mit Clemenceau an der Spitze, mehr denn je entschlossen, den Krieg fortzuführen.

Wie Clemenceau während seiner ersten Ministerpräsidentschaft mit größter Härte und Rücksichtslosigkeit in dem Winzeraufstand und den Streiks eingeschritten, so gab es auch jetzt keine Rücksicht auf die, die sich ihm widersetzten. Die Zensur, die er im Krieg so sehr bekämpft hatte, wurde scharf gehandhabt, alles auf den Krieg eingestellt; Krieg zu führen, den Krieg zu gewinnen, darnach ging sein ganzes Denken nnd Trachten.

Wenn Sie mich, sagte er zu den Abgeordneten in seiner großen Kammerrede, fragen, was ich für eine äußere Politik mache, antworte ich Ihnen: Je fais la guerre; wenn Sie mich fragen, was ich für eine innere Politik mache: Je fais la guerre.

Und neben dem Vorsitz behielt er für sich das Ministerium des Krieges.

Er prägte fester denn je zuvor die Formel des Durchhaltens: Jusqu'au bout; er ging den Pazifisten und Flaumachern zu Leibe und suchte den „défaitisme" tödlich zu treffen. Eine Anzahl Prozesse wurden vor dem Militäranwalt geführt: Bolo Pascha wurde erschossen, Senator Humbert verhaftet, der frühere Minister des Inneren, Malvy, verbannt und Joseph Caillaux ins Untersuchungsgefängnis gebracht.

In den schwierigsten Momenten, als im Juni 1918 die Deutschen gegen Paris stießen, verließ ihn nicht seine Zuversicht; er war bei Amiens, besuchte mit Foch die Schützengräben und erklärte sich befriedigt. Staunenswert die Spannkraft und Leistungsfähigkeit des Achtundsiebzigjährigen. „Wir haben," sagte Wilson von ihm in der Eröffnungssitzung der Pariser Konferenz, „seitdem wir mit ihm in Beziehungen stehen, seitdem er an der Spitze der Regierung steht,

die Kraft seiner Leitung und die Macht und die Planmäßigkeit seiner Wirksamkeit bewundern gelernt."

Nach dem während der Pariser Konferenz auf ihn verübten Attentat ging er zu Fuß nach Hause und nahm acht Tage später, mit der Kugel, die man nicht hatte entfernen können, im Körper wieder an den Verhandlungen teil.

Er hat durch sein hohes Alter nichts an seiner Impulsivität eingebüßt, „In allen Besprechungen," rühmt Lloyd George, „denen wir beigewohnt haben, war der lebhafteste, der energischeste, mit einem Worte der jüngste Mann stets Herr Clemenceau. Durch seine Geistesfrische, durch seine unermüdliche Energie hat er allezeit seine Jugend bewiesen. Er ist wahrhaft der größte junge Mann Frankreichs."

Und er hat den Tag erlebt, an dem die deutschen Armeen begannen, zurückzugehen und er konnte gelegentlich des deutschen Waffenstillstandsangebotes das stolze und herrische Wort sprechen: Man verhandelt nicht mit einem Feind, der auf unserem Boden steht.

Der Sieg war errungen und der französische Boden freigegeben; da sah Clemenceau, als Vertreter Frankreichs bei dem bevorstehenden Friedenskongreß, seine Aufgabe darin, Garantien für Frankreich für die Zukunft aufzubauen, den endlich, endlich wehrlos zu Boden liegenden Riesen Deutschland ein für allemal und endgiltig unschädlich zu machen.

Wohl war Präsident Wilson der militärische Retter der Entente und Frankreichs; nicht nur amerikanisches Geld, Waffen, Munition und sonstiges Kriegsgerät, auch das amerikanische Heer war in der entscheidenden Phase ausschlaggebend gewesen. Wohl war Wilson auch der diplomatische Wortführer der Entente und seine Punkte, sein Programm war von beiden kriegführenden Parteien als Grundlage angenommen worden und sollte in Paris die Basis der Friedensdiskussion bilden.

Clemenceau aber gab seine Ideen nicht auf. Dem Präsidenten der Vereinigten Staaten trat er, gerade auf Wilsons Vorschlag dazu gewählt, als Präsident der Friedenskonferenz gegenüber.

VII.

Da der Krieg militärisch beendet war, kam für Wilson die Zeit, sein Programm zu verwirklichen. Von Feindesseite war kein Widerspruch zu gewärtigen, es galt, seine Ideen seinen Verbündeten gegenüber zum Sieg zu bringen. Und daß dies tatsächlich seine Absicht war, müssen wir, glaube ich, annehmen; wir müssen Wilson bei Beginn der Verhandlungen die bona fides zubilligen.

Hatte er in seinen Reden des Jahres 1918 immer schärfer die Notwendigkeit des Sieges und die Ablehnung jedes Kompromisses

betont, so ließ er nun, da der Sieg erkämpft war, nicht den Triumph oder Rachegedanken, sondern seine Ideen von Recht und Gerechtigkeit mehr hervortreten.

„Das Ziel des Krieges," sagte Wilson in einer Ansprache im Kongreß am 12. November 1918, also einen Tag nach Abschluß des Waffenstillstandes mit Deutschland," ist erreicht. Der bewaffnete Imperialismus, wie ihn die Männer verstanden haben, die noch gestern die Herren Deutschlands waren, ist zu Ende. Die Willkürmacht der Militärkaste, die geheim und aus eigener Macht den Weltfrieden stören konnte, ist vernichtet und viel mehr als das erreicht: die großen Nationen, die sich verbündet haben, um sie zu vernichten, haben sich jetzt endgiltig zu dem gemeinsamen Ziele vereinigt, einen Frieden zu errichten, der die Sehnsucht der ganzen Welt nach uneigennütziger Gerechtigkeit befriedigen und in Ausgleichen bestehen wird, die auf etwas viel Besserem und Dauerhafterem beruhen werden als die selbstischen, konkurrierenden Interessen mächtiger Staaten."

Und in der Abschiedsbotschaft an den Kongreß vom 2. Dezember 1918 spricht er von einer Neuordnung auf den Grundlagen der Gerechtigkeit und Billigkeit. „Wir sind im Begriff, diesen Frieden nicht nur für uns, sondern auch für die anderen Völker der Welt zu organisieren, falls sie uns gestatten, ihnen zu dienen. Es ist die internationale Gerechtigkeit, die wir suchen."

Wie aber Wilson als Neutraler trotz seines Friedenswillens die Bereitschaft und Rüstung der Vereinigten Staaten forderte, so empfahl er in dieser Botschaft dem Kongreß auch die Ausführung des amerikanischen Flottenprogrammes; denn „es würde für uns unklug sein, zu versuchen, unser Programm einer noch unbestimmten zukünftigen Weltpolitik anzupassen."

Zur Durchführung seines Programmes entschloß er sich auch, trotzdem es ungewöhnlich war, als aktiver Präsident das Land zu verlassen — der Republikaner Rodenberg stellte sogar den Vorschlag auf, der Kongreß solle erklären, daß Wilsons Reise es ihm unmöglich mache, seinen Pflichten als Präsident nachzukommen — persönlich nach Paris zu gehen. Er betrachtete es als seine unumstößliche Pflicht und rechtfertigte seine Reise nach Paris im Kongreß folgendermaßen:

„Die alliierten Regierungen haben die Grundlagen für den Frieden angenommen, die ich dem Kongreß am 8. Jänner bekanntgab, ebenso wie die Mittelmächte sie angenommen haben. Aus sehr begreiflichen Gründen wünschen die Allierten jetzt meinen persönlichen Rat bei ihrer Auslegung und Anwendung zu hören. Es ist auch sehr wünschenswert, daß ich diesen Rat gebe, damit der aufrichtige Wunsch unserer Regierung, ohne selbstische Absichten irgend welcher Art zu einem Abkommen, das zum gemeinsamen Wohle aller beteiligten Völker beitragen wird, zu gelangen, offenkundig werde. Die Friedensabmachungen sind für uns und für den Rest der Welt von der größten Bedeutung, und ich kenne kein Geschäft oder Interesse, das ihnen vorgezogen werden dürfte.

Ich habe versucht, den Idealen Amerikas Ausdruck zu geben. Sie sind von Staatsmännern als ihren eigenen Gedanken und Absichten entsprechend angenommen worden und auch die assoziierten Regierungen haben sie angenommen. Ihnen bin ich schuldig, darauf zu sehen, daß sie, soweit es an mir liegt, nicht falsch oder irrtümlich ausgelegt werden und daß keine Mühe gescheut werde, um sie zu verwirklichen. Ich könnte mir keinen Ruf zu einem Dienste denken, der wichtiger wäre als dieser."

Interessant zu sehen, wie sehr Wilson seine Punkte als juristische Grundlage betrachtet und wie er seine Aufgabe in Paris dahin faßt, der berufenste Vertreter seiner Punkte und ihr authentischer Interpret gegen irrtümliche oder falsche Auslegung zu sein.

Der europäischen Öffentlichkeit gegenüber formuliert er natürlich seine Aufgabe etwas anders:

„Die Fragen der Konferenz", sagte er in Paris in einem Interview dem Korrespondenten der „Times", „werden von so überragender Bedeutung sein, daß die Vereinigten Staaten es nicht verweigern können, sich mit den Alliierten in ihre große Verantwortlichkeit gegenüber der Zivilisation zu teilen und ich kann nur durch die freimütigste persönliche Aussprache mit den Staatsmännern der alliierten Länder einigermaßen zur Lösung dieser Probleme beitragen."

Sich mit Europa und den leitenden Männern bekannt zu machen, unternahm Wilson nach seiner Landung in Brest daher von Paris aus, wo er mit den Franzosen in persönliche Berührung trat, Reisen nach England und Italien und in den Reden in all diesen Ländern hob er, nicht immer ganz im Einklang mit dem Sprecher des betreffenden Landes, seine Ideen scharf hervor, indem er überall zugleich die vorhandene Gleichheit der Ansichten zu konstatieren sich bemühte.

Seine Reden zeigen, daß er sich der Größe und Schwierigkeit der zu lösenden Probleme, der ungeheuren Verantwortung, der Notwendigkeit des Festhaltens an seinen Grundsätzen, der Friedenssehnsucht der Welt voll bewußt ist und daß es ihm Ernst ist um seine Aufgabe.

„Ich bin dessen gewiß, daß Euch auch die Versicherung stärken wird, daß die öffentliche Meinung aller großen Nationen, mit denen wir im Krieg verbunden waren, entschieden an allen Vorschlägen festhält, die einen gerechten dauernden Frieden und ein inniges Zusammenarbeiten der sich selbst regierenden Völker der Welt zum Ziele haben und den Frieden auf eine feste Grundlage stellen werden."[19])

„Alles, was ich gesagt habe, habe ich auch zu tun versucht. Alles, was gesagt und getan wurde, verfolgte den Zweck, getreu den Gedanken des amerikanischen Volkes auszudrücken und diesen Gedanken in die Tat umzusetzen. — Es genügt nicht, den Krieg zu gewinnen, sondern man muß ihn derart gewinnen, daß die durch ihn aufgeworfenen Fragen in einer Weise entschieden werden, daß der

[19]) Wilsons Botschaft an des Weiße Haus (Paris 25. Dezember 1918).

Weltfriede gesichert und die Grundlagen für die Freiheit und das Glück der zahlreichen Völker und Nationen der Erde geschaffen würden.“[20])

„Werden die in Paris versammelten Staatsmänner über genug Klugheit und Entschlossenheit verfügen, um Schutz gegen künftige Kriege zu schaffen? Die Schwierigkeiten und Verantwortlichkeiten, von denen einige sehr ernst und dringend sind, müssen von den großen Nationen der Welt als Kameraden der weniger Mächtigen geteilt werden. — Für die gerechte und vernünftige Lösung der Probleme werden sich die Staatsmänner die Dankbarkeit der Welt erwerben für den kritischesten und notwendigsten Dienst, der ihr jemals geleistet wurde.“[21])

„Nur ein dauernder und gerechter Friede sichert die notwendigen Bürgschaften, ein Friede, der die Opfer des Krieges rechtfertigt und bewirkt, daß die Menschen in späteren Zeiten diese Opfer als das letzte, wenn auch dramatische Mittel ihrer Befreiung ansehen werden.“[22])

„Wir gehorchen nicht dem Auftrag gewisser Parteien oder politischer Richtungen. Wir gehorchen dem Auftrag der Menschlichkeit.“[23])

„Die, die sich zum Abschluß der Vereinbarungen dieses Friedens in Paris versammeln, sind nicht Herren ihrer selbst; sie sind Diener der Menscheit und wenn wir dem Imperativ der Menschlichkeit nicht unser Ohr leihen, so erleiden wir einen moralischen Niederbruch, wie ihn augenfälliger und verdienter die Weltgeschichte nicht kennt.“[24])

„Interessen binden die Menschen nicht aneinander. Interessen trennen die Menschen, denn in dem Augenblick in dem die geringsten Abweichungen von der hübschen Abgestimmtheit eintreten, beginnen die Eifersüchteleien auszubrechen. Es gibt nur eines, was die Völker aneinander binden kann, das ist ein gemeinsames Streben nach Recht. Aber der wesentliche Teil des Rechtes ist die Pflicht. Diese schönen Beziehungen der Dinge — Recht und Pflicht — ist das Gleichgewicht und die Wage der Gesellschaft.“[25])

„Wir haben große Worte gebraucht, jeder von uns; wir haben die Worte Recht und Gerechtigkeit gebraucht und jetzt müssen wir den Beweis erbringen, ob wir diese Worte verstehen oder nicht und wie sie auf die einzelnen Abmachungen, die diesen Krieg zum Abschluß bringen müssen, anzuwenden sind und wir müssen sie nicht nur verstehen, sondern auch den Mut haben, nach ihnen zu handeln.“[26])

---

[20]) Wilsons Antwort auf den Toast Poincarés (Paris 14. Dezember 1918).
[21]) Wilsons Interview mit dem Korrespondenten der „Times“ in Paris.
[22]) Wilsons Antwort auf die Adresse der Confédération du Travail (Paris 15. Dezember 1918).
[23]) Wilsons Rede in Manchester (30. Dezember 1918).
[24]) Rede Wilsons in der Sorbonne (21. Dezember 1918).
[25]) Rede Wilsons in Manchester (30. Dezember 1918).
[26]) Toast Wilsons auf König Georg V. (London 27. Dezember 1918).

„Denn, mag es auch leicht sein, von Recht und Gerechtigkeit zu sprechen, so ist es manchmal schwierig, sie in die Wirklichkeit umzusetzen und es wird dazu eine Reinheit der Beweggründe und eine Uneigennützigkeit der Absichten erforderlich sein, wie sie bis jetzt die Welt in den Beratungen der Völker noch nicht erlebt hat.“[27])

Die Schwierigkeit all der zu lösenden Probleme war Wilson in Europa erst so recht klar geworden:

„Ich gebe mich nicht der Hoffnung hin, daß die einzelnen Punkte der Regelung alle miteinander befriedigend sein werden. Man muß nur an irgendeine der Fragen der Grenzbestimmung, der geänderten Oberhoheit und der Rassenbestrebungen denken, um mehr als zu mutmaßen, daß es keinen Menschen und keine Körperschaft von Männern gibt, die wüßten, wie all das genau geregelt werden müßte. Und dennoch müssen wir, wenn wir unbefriedigende Regelungen zuwege bringen, dafür sorgen, daß sie mehr und mehr zu befriedigenden ausgestaltet werden durch die nachfolgenden Verbesserungen, die ermöglicht werden müssen.“[28])

„Das Mittel dazu ist der Völkerbund, der an die Stelle der überlebten „balance of power“ treten muß.

Der „akademische“ Gedanke einer Liga der Nationen, „bei Ausbruch des Krieges mit nachsichtigem Lächeln als interessante Idee von Studenten in einer Klausurarbeit betrachtet“,[29]) muß zur Tat werden.“

„Der Kern und das Kennzeichen der alten Ordnung war der unbeständige Zustand, den wir Gleichgewicht der Kräfte zu nennen pflegten, der Zustand, in dem das Gleichgewicht durch das Schwert hergestellt wurde, das in die eine oder die andere Wagschale geworfen wurde, der Ausgleich, der durch das unbeständige Gleichgewicht widerstreitender Interessen bestimmt war, der durch die eifersüchtige Wachsamkeit aufrechterhalten wurde und durch einen Widerstreit der Interessen, der, obgleich im allgemeinen verborgen, doch sehr tiefgreifend war.“[29])

„Aus allen Gegenden, aus jedem Anschauungskreis, aus allerlei beratenden Körperschaften kommt die Anregung, daß jetzt nicht ein Gleichgewicht der Kräfte, nicht eine machtvolle Gruppe von Nationen im Gegensatz zu einer anderen fortbestehen soll, sondern eine einzige überwältigende, machtvolle Gruppe von Nationen, die der Treuhänder des Weltfriedens sein soll.“[29])

„Es kann kein neuerliches Gleichgewicht der Mächte geben. Deswegen muß etwas an die Stelle treten und es freut mich, überall die Vorstellung zu finden, daß dies ein Bund eng zusammengeschlossener Völker sein muß. Was die Menschen einst als reine Theorie und Utopie angesehen haben, wird voll und ganz zur Praxis und Notwendigkeit.“[30])

---

[27]) Rede Wilsons im italienischen Parlament (Rom am 3. Jänner 1919).
[28]) Rede Wilsons in Manchester (30. Dezember 1918).
[29]) Rede Wilsons in der Guildhall (London, 28. Dezember 1918).
[30]) Rede Wilsons im italienischen Parlament (Rom 3. Jänner 1919.)

„Die Gewalt ist gestürzt; dann aber bleibt nur ein Mittel, die Völker in Eintracht zu erhalten, und das ist die Freundschaft und gutes Einvernehmen. Das Einzige, was die Menschen miteinander verknüpft, ist die Freundschaft. Deswegen ist es in Paris unsere Aufgabe, die Freundschaft am ganzen Erdball planmäßig zu wecken: es handelt sich darum, eine neue Seelenkunde im Verkehr der Völker zu formen, eine neue Atmosphäre zu schaffen.“ [30])

„Meine Auffassung vom Völkerbund ist die: er muß als Organisation der sittlichen Kraft im Menschen seine Wirkung über die ganze Welt erstrecken und wo und zu welcher Stunde immer eine Unbill oder ein Anschlag vorbereitet oder beabsichtigt werden, muß dieser Scheinwerfer des Gewissens sein zusammengefaßtes Licht auf diese Pläne werfen.“ [31])

Aber, wenn Amerika auch dem Völkerbund beitritt, braucht es nicht Washingtons „unsterblicher Warnung vor entangling alliances“ untreu zu werden und auch nicht notwendig von der bisher seine Politik führenden Monroëdoktrin abzugehen, denn der Völkerbund soll die Welt umfassen.

Denn wenn es auch „von wesentlicher Bedeutung für die Zukunft des Weltfriedens ist, daß zwischen den beiden Englisch sprechenden Demokratien ein möglichst aufrichtiges Zusammenarbeiten und großzügiges Verständnis herrschen“ [32]), wenn auch „zwischen den Vertretern Amerikas und Frankreichs eine natürliche Freundschaft besteht“ [33]), so „haben doch die Vereinigten Staaten vom ersten Anbeginn ihrer Geschichte immer das Empfinden gehabt, daß sie sich von jeder Art von Verbindung mit europäischer Politik fernhalten müßten. Aber sie sind an der Rechtsgemeinschaft zwischen Amerika und Europa interessiert. Sie wollen sich keiner Vereinigung von Mächten anschließen, die nicht eine Vereinigung aller ist. Sie sind nicht lediglich an dem Frieden Europas interessiert, sondern an dem Frieden der Welt.“ [34])

VIII.

Es kann nicht die Aufgabe dieser Arbeit sein, das Gegenspiel Wilson—Clemenceau in den Pariser Verhandlungen im Detail zu zeigen; denn abgesehen davon, daß es den Rahmen der Arbeit weit überschreiten würde, ist es derzeit auch gar nicht möglich, da uns die Verhandlungsprotokolle vollkommen unzugänglich sind und die Verhandlungen geheim geführt werden; entgegen der Forderung Wilsons (Punkt 1), daß auch die Verhandlungen öffentlich sein müssen, hat sich schon hierin die alte Diplomatie (Clemenceau) durchgesetzt. Auch den eigenen Ländern gegenüber war diese Geheimhaltung sehr weitgehend und zahlreich waren die Klagen darüber.

[31]) Rede Wilsons in der Sorbonne (Paris 21. Dezember 1918).
[32]) Wilsons Interview mit dem Korrespondenten der „Times.“
[33]) Wilsons Antwort auf den Toast Poincarés (Paris 14. Dezember 1918).
[34]) Rede Wilsons in Manchester (30. Dezember 1918).

Es soll nur an einigen Beispielen, aus dem, was uns bekannt wurde, der Widerstreit zwischen Wilson und Clemenceau beleuchtet werden.

Die Hoffnung und Erwartung, bald zu Ende zu kommen, erfüllte sich nicht und brachte über die Zentralmächte namenloses Unheil; aber auch in den Ententeländern wuchs die Ungeduld bedeutend.

Dieser Abschnitt behandelt den ersten Teil der Beratungen von der Eröffnung bis Mitte März, bis zu Wilsons zweiter Landung in Frankreich; es ist die Periode, in der noch Wilson an vorderster Stelle steht.

Alles fühlte, daß die Einigkeit, solange es galt, den Krieg zu gewinnen, leichter war als jetzt, da es sich handelte, den Frieden zu schließen, leichter die militärische, als die diplomatische Einheitsfront.

„Die Solidarität muß während der Verhandlungen sowohl wie nach der Unterzeichnung des Vertrages vollauf bestehen bleiben," sagte Poincaré in seiner Eröffnungsrede am 18. Jänner 1919 und hier klingt bereits der dann von Clemenceau festgehaltene Gedanke an, eine Versicherung für alle Fälle an den beiden anglosaxonen Reichen zu haben.

„Wir wollen alle dasselbe," sagte Wilson in der Eröffnungssitzung, während Clemenceau bereits die Schwierigkeit innerhalb der Konferenzteilnehmer durchblicken ließ:

„Ein Erfolg ist nur möglich, wenn wir alle fest vereint bleiben. Wir werden zu diesem Ergebnis nur unter der Bedingung gelangen, daß wir uns unparteiisch bemühen, die scheinbar widersprechenden Interessen zu versöhnen."

Daß dies eben nicht überall und nicht ganz gelang, zeigen die zahlreichen Unstimmigkeiten innerhalb der Konferenz und die oft verblüffend geringe Autorität von Beschlüssen dieses höchsten Weltrates selbst kleinen Völkern gegenüber.

Clemenceau trat in erster Linie für Polen, Tschecho-Slowaken und Jugoslawen ein; doch die „befreiten Völker", die für den „Sieg des Rechts" gekämpft zu haben erklärten, setzten alles auf die Gewalt. Die Besiegten waren von den Pariser Beratungen ausgeschlossen; die „Vier" erhielten alle Informationen bezüglich der das ehemalige Österreich-Ungarn betreffenden Probleme von den Vertretern von Polen, Tschecho-Slowakien, Jugoslawien und Rumänien; die Bestimmungen des Präliminarvertrages gegen Deutschland und besonders gegen Deutschösterreich zeigen uns denn auch, abgesehen von der bösen Absicht und der Verkennung der Lebensnotwendigkeiten, eine oft krasse Unkenntnis von Tatsachen und gesetzlichen Bestimmungen. Denn wenn man schon von dem „nemo judex in causa sua" absehen will, so wurde auch ein zweites altrömisches Prozeßprinzip: „audiatur et altera pars" vollkommen vernachlässigt.

Die Vertreter der Sukzessionsstaaten gingen in ihren Ansprüchen weit ab von Wilsons „utmost satisfaction of all well

defined national aspirations“ und verließen sich nicht auf ihren Rechtsanspruch vor dem Forum der Konferenz, sondern suchten sie manu militari vor ein fait accompli zu stellen.

Die Tschechen besetzten Deutschböhmen, Deutschsüdmähren und die Slowakei, die Polen Teschen, die Rumänen überschritten die Demarkationslinie, die Jugoslawen drangen gegen Klagenfurt vor, überall kam es zu blutigen Szenen, ja, während der Tagung der Konferenz, wurde in Mittel-, Ost- und Südeuropa mehr oder weniger Krieg geführt, Krieg in des Wortes vollster Bedeutung; selbst innerhalb der Entente kam es zu Kämpfen zwischen Tschechen und Polen, zwischen Polen und Ukrainern (die furchtbar verheerenden Schlachten um Lemberg und in Ostgalizien) und die Spannung zwischen Jugoslawien und Italien wurde von Tag zu Tag größer. Die Erbitterung der Unterjochten wuchs, das Elend in all diesen Gegenden stieg und ungehört verhallten die vielen, die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes auch für sich fordernden Noten Deutschösterreichs, Kärntens, Deutschböhmens an Wilson.

Clemencean war geneigt, den Vertretern der Sukzessionsstaaten (Kramarz, Pasič, Paderewski, Bratianu) soviel als möglich zu gewähren, nur von dem Gedanken geleitet, hiedurch das Deutschtum in Deutschland und Deutschösterreich zu treffen; auch hatte er Versprechungen einzulösen; hatte er sich doch ihrer im Krieg als Werkzeuge bedient, die österreichisch-ungarische Monarchie zu sprengen; in Paris war der tschecho-slowakische Nationalrat gebildet worden, in Frankreich waren die ursprünglich in Rußland entstandenen tschecho-slowakischen Legionen weitergebaut worden, hatten Fahnen bekommen und unter französischer Führung in den großen Flandernschlachten gegen die Deutschen gekämpft; Frankreich hat Tschecho-Slowakien geschaffen und auch heute sind dessen Augen nach Paris gerichtet; als Masaryk zurücktreten wollte, tat er es nicht auf das telegraphische Ersuchen Clemenceaus, auch weiterhin an der Spitze der Republik zu bleiben. Clemenceau will aus Warschau, Belgrad und Prag seine Trabanten machen zu einer slawischen Einkreisung Deutschlands und so bezeugt er ihnen alle Sympathien.

Wilson steht diesen Staaten viel ungebundener gegenüber; ihn fesseln keine Geheimverträge und keine Versprechungen, sondern nur seine Punkte. So konnte die Telegraphenunion am 19. Februar aus dem Haag melden:

Bezüglich Deutschböhmens besteht Amerika auf der Abstimmung der Bevölkerung. Die amerikanische Delegation setzte sich dafür ein, daß die Abstimmung in Deutschböhmen durch keine Propaganda gestört werde und daß es während dieser Zeit durch englische und amerikanische Truppen besetzt werde.

An Stelle des von den Tschechen gewünschten Korridors nach dem südslawischen Staat soll nur die Internationalisierung der

Eisenbahnlinie Preßburg—Fiume und die Internationalisierung der Donau zugestanden werden.

Wir sehen hier Wilsons Lieblingsmittel der Internationalisierung, wie es auch für Danzig und Konstantinopel von ihm vorgeschlagen wurde.

Aber schon früher mußte die Gewaltanwendung ihm, der alles auf das Recht gründen wollte, etwas Furchtbares sein. Und da Lloyd-George, der zwischen ihm und Clemenceau so oft die Rolle des Züngleins an der Wage spielte, in diesem ersten Abschnitt der Konferenz in den meisten Fragen mit Wilson ging, wurde es möglich, daß in diesem ersten Abschnitt öfters Clemenceau, wenigstens momentan, unterlag und Wilson durchdrang, so auch in der Protestkundgebung gegen die Besetzungen der Polen, Tschechen und Jugoslawen.

Am 24. Jänner 1919 veröffentlichte die „Agence Haves" folgende, auf Wilsons Initiative zustandegekommene Erklärung:

„Die Regierungen, die gegenwärtig versammelt sind, um einen dauernden Frieden zwischen den Nationen zu schaffen, sind sehr bewegt von den Nachrichten, die ihnen aus den verschiedenen Ländern Europas und des Orients wiederholt zukommen, wonach von der Gewalt Gebrauch gemacht wurde, um von Gebieten Besitz zu ergreifen, über deren rechtmäßige Rückforderung die Friedenskonferenz zu bestimmen berufen ist. Die Regierungen geben eine feierliche Warnung ab und erklären, daß jeder Besitz, der mit Hilfe der Gewalt errungen wurde, der Sache derjenigen den größten Schaden zufügt, die zu solchen Mitteln greifen. Diejenigen, die Gewalt anwenden, lassen die Vermutung aufkommen, daß sie an der Gerechtigkeit und an der Rechtsgültigkeit ihrer Forderungen zweifeln, daß sie ihre Souveränität mehr auf die Gewalt gründen wollen als auf die nationale oder Rassenzusammengehörigkeit und auf die von der Geschichte geschaffenen natürlichen Bande. Dadurch werfen sie einen Schatten auf ihre Rechtstitel und bekunden ihr Mißtrauen gegenüber der Friedenskonferenz selbst. Wenn sie die Gerechtigkeit wollen, so müssen sie auf die Anwendung der Gewalt Verzicht leisten."

Und am folgenden Tage meldete die „Agence Havas", daß diese Erklärung die Jugoslawen und die Tschecho-Slowaken betrifft, besonders aber auf Polen abzielt, das nicht nur die bolschewistischen Truppen bekämpft, sondern seine Kräfte gegen die Deutschen und die Esten verzettelt.

Gefruchtet hat diese „feierliche Warnung" gar nichts.

Daß Wilson aber von Clemenceaus Eintreten für diese Völker impressioniert war, beweist der Umstand, daß er bei seiner Landung in Amerika in einer Rede in Boston die Amerikaner zu überzeugen suchte, daß hinter der Freiheit der Polen, Jugoslawen und Tschecho-Slowaken die Garantien der Welt stehen müssen.

Den Gegensatz zwischen Wilson und Clemenceau zeigte auch die Frage der Landung der polnischen Armee in Danzig. Während

Marschall Foch die Lendung in Danzig zu einer conditio sine qua non machte und mit dem Abbruch des Waffenstillstandes drohte, natürlich auf Weisung Clemenceaus, der ja auch Kriegsminister ist, war Wilson, vielleicht unter dem Eindruck der ungeheuren Erregung in Deutschland, für die Annahme des deutschen Vorschlages zur Landung in einem anderen Hafen, was auch geschah. Doch zeigte sich Frankreichs Rancune darin, daß Foch sich ausdrücklich vorbehielt, jederzeit auf die Landung in Danzig zurückkommen zu können.

In der oben angeführten Protestkundgebung war auch die Rede von den Kämpfen der Polen mit den Bolschewiken. Der Bolschewismus wurde für die Friedenskonferenz ein ernstes Problem. Gegen die Spartakusunruhen in Deutschland wurde nichts verfügt und als in Bayern die Räterepublik ausgerufen wurde, wurde es bloß von jeder Zufuhr abgesperrt. Beide Bewegungen brachen nach einigen Wochen durch den Sieg der Regierungstruppen zusammen.

Blieb das große Problem Rußland. Schon bei Besprechung der Ansichten Wilsons über die Demokratie wurde seine prinzipielle Ablehnung des Bolschewismus hervorgehoben. Während aber für Poincaré der Bolschewismus „ein Microbus war, der nur besiegten Organismen gefährlich ist," während Lloyd-George in dem Bolschewismus die Form sah, in der der Besiegte sich den Bedingungen des Siegers zu entziehen sucht, erkannte Wilson schärfer, daß der Hunger der Nährboden — wenn man so sagen darf — des Bolschewismus sei und verlangte von Amerika Kredite für die hungernde Bevölkerung Europas und ernannte für die Versorgung Europas Mr. Hoover zum Lebensmitteldiktator.

In Konsequenz seiner Ansichten hatte Wilson die bolschewistische Regierung Lenin-Trotzki nicht anerkannt, ebensowenig die anderen Alliierten. So war Rußland auf der Pariser Konferenz nicht vertreten; in irgendeiner Form schrie aber das russische Problem nach Lösung.

Daher gab Lloyd-George in Paris die Anregung, die Räteregierung in Moskau einzuladen, Delegierte zur Friedenskonferenz zu entsenden.

In ungewöhnlich scharfer Weise trat die französische Regierung in einer Note Pichons, der natürlich hier auch die Ansichten Clemenceaus ausdrückte, dem entgegen:

Die französische Regierung kann dieser Anregung nicht zustimmen. Das verbrecherische Regime der Bolschewiki, das in keiner Weise eine demokratische oder irgendeine mögliche Regierung darstellt, kann nicht den Anspruch erheben, als eine regelrechte Regierung anerkannt zu werden.

Wenn die Verbündeten die Schwäche oder die Unklugheit hätten, so zu handeln, würden sie die Grundsätze der Gerechtigkeit und des Rechts verleugnen. Sie würden der Propaganda der Bolschewisten eine Macht und eine Ausdehnung geben, „durch die

sie in Gefahr kämen, die ersten Opfer zu sein.“ Die französische Regierung wird mit dem Verbrechen nicht paktieren.

Gegen die Gefahren der Roten Armee dürfen wir nicht aufhören, Waffen, Geld und selbst militärische Unterstützung, die mit unseren Mitteln verträglich ist, zu liefern.

Also: Nichtanerkennung, Furcht vor Verschleppung des Bolschewismus (trotz Poincarés Wort; man dachte wohl an das warnende Beispiel des bolschewistischen Botschafters Joffe in Berlin), militärische Intervention.

Die Note stützte sich auf die Darstellung des französischen Botschafters Noulens und des dänischen Gesandten Scavenius in Petersburg.

Es war eine antibolschewistische Front im Osten zustandegekommen: von Nord nach Süd: Deutsche, Ukrainer, Polen, Rumänen. Doch war ihre Wirkung eine geringe, da sie unter sich, nördlich Polen mit Deutschen, südlich Polen mit Ukrainern kämpften.

Da trat auch hier Wilson hervor mit einem Burgfriedensvorschlag an Rußland: alle Parteien, alle de facto Regierungen Rußlands sollten zu Verhandlungen geladen werden, unter der Voraussetzung, daß zwischen den eingeladenen Parteien ein Waffenstillstand eintritt und daß jede offensive militärische Unternehmung aufhört.

Der Grund dieses Vorschlages war für Wilson die Erkenntnis der Tatsache, daß Europa und die Welt nicht in Frieden leben können, wenn Rußland nicht in Frieden lebt.

Aber keine autoritative Einmischung. Hier knüpfte Wilson streng an seinen Punkt 6 an:

Das einzige Ziel ist dem russischen Volke zu helfen und nicht sich in sein Recht mischen, seine Angelegenheiten nach seinem Belieben zu regeln. Wir sehen das russische Volk als Freund und nicht als Feind an und sind von dem Wunsche beseelt, ihm auf jede Art Hilfe angedeihen zu lassen, in der das russische Volk diese Hilfe wünscht. Wir anerkennen die Revolution ohne Vorbehalt und werden auf keine Weise irgendeinem gegen die Revolution gerichteten Unternehmen Hilfe oder Unterstützung gewähren. Es ist weder unser Wunsch noch unsere Absicht, die organisierten Gruppen, die sich gegenwärtig um die Leitung und Führung Rußlands streiten, gegeneinander zu unterstützen oder zu begünstigen. Unser einziges und aufrichtiges Ziel ist, alles Mögliche zu tun, Rußland den Frieden und die Möglichkeit zu bringen, sich aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten zu befreien.

Also: Nichtanerkennung, keine militärische Intervention, Verhandlungen mit allen Parteien; man sieht den Gegensatz zu Frankreich.

Trotzdem hatte Wilson die Genugtuung seinen Vorschlag angenommen zu sehen, wenn auch nach wahrscheinlich schwieriger Debatte, darauf läßt die Fassung der Meldung der Agence Havas vom folgenden Tage (23. Jänner 1919) schließen, daß der Vorschlag „schließlich“ allgemeine Zustimmung fand. Die militärische Intervention wurde abgelehnt und eine aus je einem Zivil- und einem Militär-

vertreter der vier Großmächte bestehende Kommission sollte auf den Prinzeninseln bei Konstantinopel die Delegierten der vier verschiedenen russischen Regierungen einvernehmen und an die Konferenz Bericht erstatten, welche in letzter Linie zu entscheiden hatte.

Doch auch hier trat die Ohnmacht der in sich uneinigen Konferenz klar zutage; wie die „feierliche Warnung" ungehört verhallt war, verlief auch dieser Vorschlag im Sand und am 9. Februar erklärte Pichon — Frankreich war wohl von Haus aus nicht sehr für die Idee und trauerte ihr nicht nach — daß die Konferenz auf den Prinzeninseln, da die russischen Organisationen mit Ausnahme der Bolschewiki die Teilnahme ablehnen, keine Daseinsberechtigung habe.

So war dieser Plan gescheitert und Rußland wurde weiterhin seinem Schicksal überlassen.

Nicht nur in diesen und anderen Einzelproblemen trat der Gegensatz zwischen Wilson und Clemenceau hervor, sondern der ganze Geist, in der diese beiden Männer die Verhandlungen führten, war ein verschiedener. Frankreich atmete Rache, Vergeltung an Deutschland, Unschädlichmachung des noch immer gefürchteten Gegners war sein Ziel. Während Wilson auf dem ganzen Erdball planmäßig die Freundschaft zwischen den Völkern wecken will, kennen die Franzosen trotz der Befriedigung ihrer Revanche, trotz des Hochgefühles des Triumphes nur Haß; Bestrafung fordern sie, Sühne und Knebelung; wie soll da ein Völkervertrauen und Völkerfreundschaft erblühen?

Wohl sprechen auch sie vom Programm Wilsons, dem sie so sehr verpflichtet sind und dessen Wohlwollen sie für Frankreich auch künftighin dringend brauchen. Aber es geschieht nur äußerlich; sie verfolgen ihr eigenes, so ganz anders geartetes Programm und zwängen es der Form zuliebe und aus Courtoisie gegen Wilson in seine Punkte hinein. Wie sollte bei einer so total verschiedenen Geistesrichtung die Interpretation Clemenceaus sich mit der Wilsons decken!

Schon bei seiner Ankunft in Paris suchen sie Wilson ganz in ihrem Sinn zu impressionieren. Wie ganz anders gegen Wilsons Antwort heißt es im Trinkspruch Poincarés im Elysée am 14. Dezember 1918:

„Die amerikanischen Soldaten brachten die Begeisterung der nach dem heiligen Land ziehenden Kreuzfahrer mit.[35]) Aber sie mußten erst die Stätte selbst sehen, die der Feind planmäßig niedergebrannt hat, die Bergwerke, die er unter Wasser gesetzt, die Fabriken, die er zerstört, die Obstgärten, die er verwüstet, die Kathedralen, die er durch seine Granaten zertrümmert hatte, den ganzen Plan eines barbarischen Krieges, den keine Phantasie fassen kann. Sie können, Herr Präsident, Ihrerseits die Größe der Ver-

[35]) Die Bezeichnung des Krieges gegen Deutschland als „Croisade" begegnet in der französischen Kriegsliteratur oft.

wüstungen ermessen. Die französische Regierung vermittelt Ihnen all die authentischen Dokumente, in denen der deutsche Generalstab mit verblüffendem Zynismus ein Programm der Plünderung und industriellen Vernichtung auseinandersetzt. Ihr erhabenes Gewissen wird über diese Verbrechen das Urteil fällen. Für die Leiden von gestern muß der Friede eine Wiedergutmachung sein, gegen die Gefahren eine Bürgschaft."

Ebenso beginnt Poincarés Eröffnungsrede am 18. Jänner 1919 mit Invektiven gegen Deutschland und schließt damit, daß das vor genau 48 Jahren, am 18. Jänner 1871 von der Invasionsarmee im Versailler Schloß proklamierte, aus Unrecht geborene, mit dem Raub von zwei Provinzen beginnende deutsche Kaiserreich nun in Schmach geendet habe. Bürgschaften für die Zukunft seien nötig und Bestrafung der Schuldigen: Denn die Zentralmächte hätten den Krieg, ohne provoziert zu sein und ohne einen entschuldbaren Grund zu haben, entfesselt und ihn durch Brand, Plünderung und Mord an harmlosen Menschen weitergeführt. Immer senkte sich auf das Ideal der Freiheit der gewaltige Schatten des kaiserlichen Adlers herab, in ihrem sinnlosen Programm der Weltherrschaft. Die Deutschen hätten von der Wissenschaft verlangt, sich in den Dienst der Gewalt spannen zu lassen, den religiösen Gedanken so weit erniedrigt, daß sie aus Gott einen willfährigen Helfer für die Leidenschaften ihrer Herren und einen Teilnehmer an ihrem Verbrechen machten; für sie galt weder Überlieferung, noch der Wille den Völker, weder das Leben der Bürger, noch die Ehre der Frauen, noch irgend ein Grundsatz der öffentlichen und der persönlichen Moral. Deswegen müsse man im Interesse der Gerechtigkeit und des Friedens aus dem vollständigen Sieg restlos die Schlußfolgerungen ziehen.

Hier ist das Programm Clemenceaus in einem Satz: aus dem vollständigen Sieg restlos die Konsequenzen ziehen.

Die französische Regierung lud denn auch Wilson zur Besichtigung der Schlachtfelder und Verduns ein und es war sicherlich eine gedrängte Vorführung von Greuel und Verwüstungen vorbereitet; aber wenn Wilson auch ablehnte Deutschland zu besuchen, so folgte er auch nicht dieser französischen Aufforderung, wodurch die französischen Kreise ziemlich verstimmt wurden. Er wollte sich nicht einseitig impressionieren lassen; er wollte seinen Geist, unbeeinflußt von Gefühlsmomenten, die solcher Anblick hätte auslösen können, ungetrübt bewahren, um die großen Probleme im Sinne seiner Ideen zu lösen.

Die Differenzen zwischen Wilson und Clemenceau wurden manchmal so ernst, daß man davon sprach, Wilson wolle den Sitz der Friedenskonferenz von Paris nach Brüssel verlegen; sein Dampfer „G. Washington" kam frühzeitig in Brest an. Gerüchte kamen, Wilson plane, falls er sein Programm nicht durchsetzen könne, von Paris abzureisen, und, da er ja durch den Londoner Vertrag vom

September 1914 nicht gebunden war, von Washington aus mit Deutschland einen Sonderfrieden zu schließen.

Immer noch bestand er auf der glatten Durchführung seiner Ideen, war sich seiner Verantwortung auch Amerika gegenüber bewußt.

„Wir werden es nicht wagen, als Vorkämpfer dieses Weltfriedens in irgend einem Punkte ein Kompromiß zu schließen.“[36])

„Wenn wir nach den Vereinigten Staaten zurückkehren, ohne alles, was in unserer Macht liegt, aufgeboten zu haben, um dieses Programm zu verwirklichen, so würden wir uns den wohlverdienten Zorn unserer Mitbürger zuziehen.“[36])

Wenn Clemenceau, der am 19. Februar durch ein Attentat verletzt wurde, aber eine Woche später bereits wieder an den Verhandlungen teilnahm, auch öfters unterlag, gab er seine Ideen nicht auf. Er hatte selbst im Sinne Wilsons den Völkerbundplan an die Spitze der Erörterungen gestellt.

Wir wissen, der Völkerbund ist der Kern von Wilsons System.

„Der Schlüssel zum Frieden ist die Verbürgung des Friedens, nicht die Einzelheiten desselben.“[37])

Der Völkerbundgedanke war während des Krieges vielfach erörtert worden. Staatsmänner, Gelehrte, Völkerrechtler und Pazifisten traten in Schriften für ihn ein[38]), Komissionen und Gesellschaften machten Entwürfe.[39])

Wilson erschien der Völkerbund für zwei Zwecke notwendig: „den Frieden der Welt durch die jetzigen Vereinbarungen und durch Abmachungen zu sichern, die wir zur weiteren Aufrechterhaltung des Friedens treffen.“[40])

---

[36]) Wilson Rede in der Vollsitzung der Pariser Konferenz (25. Jänner 1919).

[37]) Wilsons Rede in der Guildhall (28. Dezember 1918).

[38]) Vgl. z. B. A. Forel: Die Vereinigten Staaten der Erde, Bern 1914/15; J. Erni: Die Europäische Union. Zürich 1915; Ponti: La Guerra dei popoli e la futura Confederazione Europ. Milano 1915; H. Müller: Der Weltstaat als Staatsbund. Nürnberg 1915; J. L'homme: La Charte des Nations, Paris 1916; E. Ruegg: Die Vereinigten Staaten Europas und Amerikas. Zürich 1916; The U. S. of the world, London 1916; Smuts: La Federazione Britannica delle Nazioni, Roma 1917; E. Berger: Die Organisation der internationalen Friedensliga, Zürich 1917; E. Milhaud: Paris 1917, la Société des Nations; W. Schücking: Weltfriedensbund, Leipzig 1917; H. N. Brailsford; A League of Nations, London 1917; P. Otlet: Constitution mondiale de la Société des Nations. Paris 1917; Th. Barclay: New methods of adjusting international disputes, London 1917; Mac-Leroy: L'ère Wilson: la Société des Nations. Paris 1917; Viscount Grey: The league of nations, London 1918; E. Bernstein: Völker- oder Staatenbund? Berlin 1918; J. A. Marriott: The European Commonwealth problem, Oxford 1918; H. Lammasch: Der Friedensverband der Staaten, Leipzig 1919; Rühlmann: Der Völkerbundsgedanke, Berlin 1919; M. Erzberger: Der Völkerbund 1918; Dr. W. Borgius: Der Völkerbund, Berlin 1919 und viele andere pazifistische Schriften, dann über Schiedsgerichtsbarkeit, Abrüstung, usw.

[39]) Union des Associations Internationales. Charte mondiale organisant la conféderation des Etats, Bruxelles 1914. Organisation centrale pour une paix durable. Rapports I. 1915. II. 1916. La Haye.

Schweizer Vorentwurf für eine Verfassung des Weltvölkerbundes, Bern 1918.

[40]) Wilsons Rede in der Pariser Konferenz vom 25. Jänner 1919.

Wilson sprach ausführlich über den Völkerbund in den beiden Sitzungen vom 25. Jänner und vom 14. Februar der Pariser Konferenz. Er bestand darauf, daß der Völkerbund einen integrierenden Bestandteil des Friedensvertrages bilde. Tatsächlich bildet der Völkerbundvertrag den Teil I des Präliminarfriedensentwurfes.

„Denn der Friedensvertrag war ihm nicht eine formale Gelegenheitssache, sondern eine Lebensfrage.“ [40])

Wilson hatte vor seinen beiden Reden Besprechungen mit Lord Robert Cecil, General Smuts, Orlando und Léon Bourgeois.

Frankreichs Auffassung vom Völkerbund war von Haus aus eine vollkommen verschiedene. Frankreich verlangte eine internationale Armee, (die hauptsächlich Frankreich gegen Deutschland zu schützen gehabt hätte), was jedoch nicht durchdrang. Dann bestand Frankreich auf dem Ausschluß Deutschlands, wenigstens vorläufig.

„Die Gesellschaft der Nationen“, sagte Clemenceau in der Eröffnungssitzung am 18. Jänner 1919, sie ist es hier, sie ist in Ihnen!“ Das war Clemenceaus Vorstellung vom Völkerbund: eine pertetuierte Entente.

Wilson erklärte: Der Völkerbund stehe jeder zivilisierten Nation offen. Aber L. Bourgeois hielt in einem Interview vom 30. Jänner 1919 daran fest, daß der Bund in erster Linie nur die Völker umfassen soll, die in Paris vertreten sind.

Am 14. Februar gab Wilson in seiner großen Rede als den Zweck des Völkerbundes an: „Es ist eine scharfumschriebene Friedensbürgschaft gegen Angriffe. Das Zusammenwirken des ganzen Organismus der Völker bei der Erhaltung des Friedens auf der Grundlage der Ehre und der strengen Rücksichtnahme auf internationale Verpflichtung muß sichergestellt werden. Der Völkerbund stützt sich hauptsächlich auf die sittliche Macht der öffentlichen Meinung der Welt. Waffengewalt steht nur im Hintergrunde, aber wenn die sittliche Macht der Welt nicht stark genug sein sollte, wird es die physische Macht der Welt sein. Aber sie ist das letzte Auskunftsmittel.“

Die Organisation wird in einem Delegiertenkörper, einem exekutiven Rat und einem ständigen Sekretariat bestehen.

„Krieg oder internationale Mißverständnisse jeder Art, die zu Reibung oder Verwirrung führen können, sind jedermanns Angelegenheit, weil sie den Frieden der Welt bedrohen.“

Ferner betont Wilson die Öffentlichkeit aller internationalen Abmachungen und ihre Protokollierung beim Generalsekretär, durch welchen Akt sie erst Rechtskraft erhalten sollen und entwickelt die Mandatstheorie, die Übertragung des Schutzes von „hilflosen und unenwickelten Völkern der Erde“ an Staaten, die „schon bewiesen haben, daß sie gewissenhaft in dieser Sache vorgehen können.“ nach dem Grundsatz, „daß die Nationen, die als Beschützer, Ratgeber und Leiter dieser Völker bestimmt sind, diese nicht bloß ausbeuten, sondern zunächst auf deren Interessen und deren Entwicklung sehen,

bevor sie auf die Interessen und materiellen Wünsche der mit dem Mandat ausgestatteten Nation selbst Rücksicht nehmen."

Es enthält diese Formulierung denn auch die Lösung des Kolonialproblems im Mandatswege (Wilsons Punkt 5).

Doch gesteht auch Lammasch,[41]) daß der am 15. Februar kundgemachte vorläufige Entwurf des Völkerbundplanes, in seinen Deutschland ausschließenden Bestimmungen (Art. 7) und der Festsetzung des Exekutivrates von neun Mitgliedern (fünf der Großmächte und vier von anderen Staaten) den Ideen Wilsons nicht entspricht, und offenbar das Produkt eines Kompromisses mit anderen Faktoren ist. Doch hofft er, Wilson werde zu seinen Ideen zurückkehren, eine Hoffnung, die sich leider nicht erfüllt hat. Denn diese Bestimmungen gingen im Wesentlichen unverändert in den Präliminarentwurf über.[42])

Die soziale Frage, die schon im Frieden akut war, war gerade unter der Einwirkung des langen Krieges noch brennender geworden und so entschloß sich Wilson, auch diese Frage im Friedensvertrag international zu regeln.

„Die auserwählten Klassen sind nicht mehr die Herrscher der Menschheit. Das Schicksal der Menschen liegt jetzt in der ganzen Welt in der Hand des einfachen Mannes."[43])

„Jetzt tritt der große Organismus der arbeitenden Massen der Welt in den Vordergrund, der Männer, Weiber und Kinder, auf welche die schwere Bürde, die Welt zu erhalten, von Tag zu Tag fallen muß, ob wir wollen oder nicht, der Massen, die zu Bett gehen voll Ermattung und aufwachen ohne den Ansporn lebendiger Hoffnung. Diese Massen werden in das Feld internationaler Beratung und Hilfe gezogen werden."[44])

„Die Nationen sind nicht geschaffen, um ihren Führern Ehre einzubringen, sondern um ihren Männern, Frauen und Kindern Sicherheit, Glück und Wohlfahrt zu bringen."[45])

„Die Frage, die in allen Ländern am wichtigsten ist, ist die Arbeiterfrage. Wir können nicht unser Leben als Nation in der richtigen Weise fortsetzen, wenn Kapital und Arbeit antagonistisch bleiben, anstatt Partner zu sein."[46])

„Der Völkerbund soll zur Mitarbeit an allen internationalen Arbeiten herangezogen werden. Das ist die Bedeutung der Aufnahme des Passus über die Arbeit. Mannigfache Verbesserungen der Arbeitsbedingungen können durch Verhandlungen und Auseinandersetzungen erreicht werden. Ich sehe voraus, daß in dem

---

[41]) H. Lammasch: W. Wilsons Friedensplan. Wien 1919. S. 20 bis 25.
[42]) Vertragsentwurf für Deutschland: Teil I. So z. B. Art. 1 und 4.
[43]) Wilsons Rede in der Pariser Konferenz (25. Jänner 1919).
[44]) Wilsons Rede in der Pariser Konferenz (14. Februar 1919).
[45]) Wilsons Rede im Metropolitan Opera House, New York 8. März 1919.
[46]) Wilsons Arbeiterbotschaft an den Kongreß (21. Mai 1919).

internationalen Arbeitsbureau, das bei dem Bunde zu errichten beabsichtigt ist, ein großer Nutzen liegen wird.“ [47])

Diesem Gedanken wurde auch im Friedensvertragsentwurf Rechnung getragen.“ [48])

Trotz der vielfachen Differenzen, besonders mit Clemenceau, erklärte Wilson nach seiner Landung in Amerika [49]), „er habe auf der Friedenskonferenz sehr glückliche Eindrücke gewonnen. Alle Völker Europas vereinigen sich vertrauensvoll in der Hoffnung, weil sie daran glauben, daß wir an der Schwelle eines neuen Zeitalters stehen, in dem die Nationen ihre ganze moralische und physische Kraft zusammenfassen müßten, um dem Recht Geltung zu verschaffen“.

Am 8. März hielt Wilson eine große Rede im Metropolitan Opera House in New York über den Völkerbund als eines wirksamen und lebensfähigen Bundes und gegen die Sonderinteressen der Nationen.

„Die Seele der Welt ist jetzt erwacht. Sie muß ihre Befreiung finden. Die Mißstimmung unter der europäischen Bevölkerung ist nicht allein auf wirtschaftliche Ursachen zurückzuführen. Ihre Ursachen liegen tiefer. Die Völker sehen, daß ihre Regierungen unfähig sind, sie gegen die Intrigen oder Angriffe zu verteidigen. Sie rufen aus: Wenn ihr wirklich glaubt, daß es ein Recht gibt, und daß man dem Krieg ein Ende setzen müsse, höret auf die rivalisierenden Interessen der Nationen ins Auge zu fassen und denkt an die Männer, Frauen und Kinder überall auf der ganzen Welt.“

Trotz des Kompromisses glaubte Wilson, der Völkerbund werde die Wirkung haben, daß „Völker, die einander mißtrauten, nun als Freunde in einer einzigen Familie leben können. Der Pesthauch des Mißtrauens, der Ränkesucht ist weggeweht. Menschen blicken sich Aug' ins Auge an und sprechen: Wir sind Brüder und haben ein gemeinsames Ziel. Wir wußten das früher nicht, jetzt aber wissen wir es und das ist unser Vertrag der Brüderlichkeit und der Freundschaft.“ [50])

So sehr drängte es Wilson, nach Paris zur Verwirklichung des Friedens zurückzukehren, daß er seinen Aufenthalt in Amerika aufs äußerste einschränkte und entschlossen war, so lange in Europa zu bleiben, bis das Wichtigste, der Friede mit Deutschland, erledigt sei.

„Ich werde erst heimkehren, wenn drüben alles beendet sein wird und ich bitte Gott im Namen der Interessen des Friedens und der Welt, daß dies bald geschieht.“ [51])

[47]) Wilsons Rede in der Pariser Konferenz vom 14. Februar 1919.

[48]) Internationale Vereinbarungen über Arbeit im Entwurf des Friedensvertrages mit Deutschland: Teil I (Völkerbundvertrag), Art. 23 a und Teil XIII (Arbeit).

[49]) Rede in Boston, 24. Februar 1919.

[50]) Wilsons Rede in der Pariser Konferenz (14. Februar 1919).

[51]) Wilsons Rede im Metropolitan Opera House (New York 8. März 1919).

IX.

Die zweite Phase der Pariser Konferenz wollen wir von Wilsons zweiter Ankunft in Paris bis zu seiner Abreise am Tage der Unterzeichnung des Präliminarfriedens mit Deutschland rechnen. Die Ausdehnung seines Aufenthaltes auf so lange Zeit machte es ersichtlich, daß er seine Anwesenheit für seine Pflicht hielt.

Auch in dieser Periode war es eine Fülle von Problemen, die naturgemäß die Friedenskonferenz beschäftigten. Das russische Problem war bekanntlich nach dem Scheitern von Wilsons Vorschlag beiseite gestellt worden; den Abschluß bildete Lloyd Georges große Rede im Unterhause vom 16. April über die Stellungnahme zu Rußland.

Die Grundgedanken seiner Rede, die wohl die Auffassung der Konferenz geben, sind: Der Friede mit Rußland sei wohl nötig; doch sei die Schwierigkeit darin gelegen, daß es kein Rußland gebe. Von einer Anerkennung der bolschewistischen Regierung könne keine Rede sein. (Sieg der französischen Auffassung: Clemenceau-Pichon.) Aber auch von keiner militärischen Intervention. (Sieg der Auffassung Wilsons über die von Noulens und Scavenius inspirierte Clemenceaus.)

Während aber Wilson die Intervention ablehnte, weil er sich nicht in die inneren Verhältnisse Rußlands einmischen dürfe (Punkt 6) tut Lloyd George dies aus praktischen Gründen: Denn es sei leicht in Rußland einzubrechen, aber nur schwer, es zu unterwerfen. Die Deutschen hätten eine Million Mann im Osten gefesselt gehabt. Das sei eine Warnung. Eine Intervention sei an Leuten, Material und Geld äußerst kostspielig und der sicherste Weg, um den Bolschewismus auch in England zu verbreiten. Eine militärische Intervention in Rußland zu versuchen, wäre daher der größte Unsinn. „Ich möchte, wie sehr ich den Bolschewismus auch verabscheue, lieber Rußland bolschewistisch sein lassen, bis es selbst klar sieht, als England dem Bankerott entgegengehen zu lassen.“

Man müsse die antibolschewistischen Kräfte unterstützen. Im übrigen schwinde angesichts des unbarmherzigen wirtschaftlichen Druckes der Bolschewismus anscheinend. Wenn Rußland wieder gesund und normal sei, sei die Zeit für die Alliierten gekommen, Frieden zu stiften.

Diesen Zeitpunkt hielt man für gekommen und verhandelte gerade, Admiral Koltschak unter der Bedingung, nicht reaktionär zu regieren und Rußlands Auslandschulden anzuerkennen, als de facto Regierung anzusehen, als eine Niederlage Koltschaks durch Bolschewisten diesen Plänen vorläufig ein Ende machte.

Der Sturz Karolys und die Proklamierung der Sowjetrepublik in Ungarn unter Bela Kun stellte die Konferenz vor neue Probleme. Hier trat Clemenceau allein handelnd hervor. Doch lieferte sein Vorgehen nur Negatives, nämlich, seinen Prinzipien entsprechend, die Nichtanerkennung dieser Regierung und daher die Nichtvorladung Ungarns zur Entgegennahme des Präliminar-Friedensvertragsent-

wurfes. Trotz der Nichtanerkennung fand ein wiederholter Notenwechsel statt — Balfours Warnung, die Rechte der Ausländer zu achten, des italienischen Oberstleutnant Romanellis Einspruch gegen den Terror — und auch zwischen Clemenceau und Bela Kun, der zur Folge hatte, daß Kun seine Truppen aus der Slowakei, wo er den Tschechen schwere Niederlagen zugefügt hatte, zurückzog. Alles andere, was Ungarn betrifft, ist noch in Schwebe.

Hatte das gewaltsame Vorgehen der Sukzessionsstaaten schon früher Wilsons feierliche Protestkundgebung hervorgerufen, so wurden auch innerhalb der Entente die Gegensätze zwischen Polen und Ukrainern, Polen und Tschechen schärfer.

Japan stellte ein Ultimatum wegen Kiautschau, das man an China zurückgeben wollte und drohte mit Zurückziehen von der Konferenz und Handeln auf eigene Faust. Unter diesem Drucke wurde ihm Kiautschau zugesprochen, aber nun unterzeichnete China den Vertrag nicht. Trotzdem bleibt Japan verstimmt, weil es seinen Wunsch, die vollständige Gleichberechtigung seiner Rasse in den Friedensvertrag aufgenommen zu sehen, nicht durchsetzen konnte. Daß Wilson hier gegen Japan stand, beweist seine Anfrage an Japan bezüglich der japanischen Forderungen an China, die sehr weitgehend waren und 1915 schließlich in der Form eines Ultimatums gestellt waren. Wilsons antijapanische Haltung bestätigt auch eine Meldung von anfangs Juli aus Washington, daß man Chinas Weigerung, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, allgemein billige und sich eine starke Strömung für die Übernahme des Protektorates über China durch Amerika entwickle, da man die wachsende Macht Japans in der Mandschurei, Sibirien und China als eine Bedrohung der amerikanischen Interessen im Osten ansehe. So zeichnet sich noch vor der Ratifizierung des „Weltfriedens“ die Gefahr des nächsten großen Krieges, Amerika gegen Japan, am Horizonte ab.

Rumänien ist unbefriedigt, wegen des ihm durch die Großmächte auferlegten Schutzes der Minoritäten[52]) und klar bringt dies die frühzeitige Abreise Bratianus von Paris zum Ausdruck.

Nicht zum wenigsten unbefriedigt ist Italien. Die schärfsten Gegensätze traten zwischen Italien und Jugoslawien zutage wegen Triest, Istrien, Fiume, Dalmatien und den Inseln. Es kam zu antiitalienischen Demonstrationen, zu bewaffneten Zusammenstößen, zur Mobilisierung und zur Entwerfung von Operationsplänen. Auch hier zeichnete sich die Gefahr des nächsten Krieges um die Adria ab. Der Kronprinz Alexander unterließ seine geplante Reise nach Paris.

[52]) „Rumänien stimmt der Annahme solcher Bestimmungen in einen Vertrag mit den Hauptmächten zu, welche diese Mächte in Rumänien zum Schutz der Interessen jener Einwohner für richtig halten, die von der Mehrheit der Bevölkerung hinsichtlich Rasse, Sprache oder Religion abweichen.“ (Deutschösterreichischer Entwurf von St. Germain, III. Teil [Politische Bestimmungen], Abschnitt 4, Artikel 5.

Es ist dies eine direkte Konsequenz der in Wilsons Punkten enthaltenen Prinzipien.

Für Italien handelt es sich um die Beherrschung der Adria, des „mare nostro“ und der altra sponda. Orlando und Sonnino bestanden, obwohl in Paris die Deutschland betreffenden Probleme in erster Linie zur Diskussion standen, auf der Erledigung dieser Frage, da der Friede ein allgemeiner sein müsse.

Wohl hatte Italien Wilsons Grundsätze rezipiert, aber maßgebend blieben ihm doch seine „heiligen nationalen Aspirationen“ und sein „sacro egoismo“. Und es stützte sich auf den Londoner Vertrag von 1915.

Dieser Konflikt ist für unser Thema von der allergrößten Bedeutung, weil hier Wilson zum letzenmal und sehr entscheidend in den Vordergrund trat. Er hatte den Londoner Vertrag nicht signiert; sein Punkt 1 und der Völkerbundvertrag verboten Geheimverträge. Schon am 30. Jänner gab Wilson der Ansicht Ausdruck, „daß infolge der Zustimmung der Verbündeten zu seinem Programm der 14 Punkte alle Geheimverträge, daher wie der 1916 mit Japan über die deutschen Kolonien im Stillen Ozean geschlossene, so auch der Londoner Vertrag mit Italien, hinfällig geworden sei.“ Und noch Ende Mai gab Wilson im Rat der Vier die bestimmte Erklärung ab, daß die amerikanische Regierung die Bestimmungen des Londoner Vertrages nicht anerkenne.

Hier setzte nun Wilson ein. Wohl sprach er in der Orlando zur Veröffentlichung am 14. April übergebenen „Denkschrift über die Frage der italienischen Ansprüche an der Adria“ sein Einverständnis aus, „daß Italien auf seiner ganzen Nordgrenze überall, wo es mit österreichischem Gebiet in Kontakt kommt, alles das zugestanden wird, was ihm im sogenannten Londoner Vertrag zugestanden wurde.[53]) Italien soll längs des ganzen Zuges der Alpen seine natürliche Grenze vollständig wiedergegeben werden; seine Grenzlinien sollen sich bis zu den Wänden erstrecken, die eine natürliche Verteidigung bilden.

Also: ganz Südtirol bis zum Brenner an Italien, auch Deutschsüdtirol mit dem urdeutschen Meran und Bozen. Wie stimmt dies mit der Neuordnung der Grenzen Italiens längs deutlich erkennbarer Grenzlinien der Nationalitäten?[54])

Wilson gab auch später zu, unrichtig informiert gewesen zu sein und beabsichtigte eine Revision; doch hat man davon nichts mehr gehört.

Anderseits aber muß Fiume als Ausgangstor und Eingangstor für den Handel, nicht Italiens, sondern der Länder nördlich und nordöstlich jenes Hafens dienen, nämlich Ungarns, Böhmens, Rumäniens und der Staaten der neuen südslawischen Gruppe.[55])

---

[53]) Der Londoner Vertrag bestimmte § 4: Beim kommenden Frieden soll Italien erhalten: Das Gebiet des Trentino, ganz Südtirol bis zu seiner natürlichen geographischen Grenze, als welche der Brenner anzusehen ist.

[54]) Wilsons Punkt 9 vom 8. Jänuer 1918.

[55]) Wilsons „Erklärung in der adriatischen Sache“. (Paris 23. April 1919.)

„Ich bin der Ansicht, daß der Londoner Vertrag auf die Regelung der Ostgrenzen Italiens nicht mehr in Anwendung kommt.“ [56])

Grund dafür ist die durch den Wegfall Österreich-Ungarns und eines von dessen Seite möglichen Angriffes total geänderte Lage. Von besonderer Bedeutung ist aber Wilsons Berufung auf die juristische Grundlage seiner Punkte und des unentwegten Festhaltens daran, die er hier zum letztenmale sehr energisch vertritt:

„Ich fühle mich verpflichtet, jeden Schluß, zu dem ich gelangen konnte, so genau wie möglich mit den 14 Punkten meiner Botschaft vom 8. Jänner 1918 in Einklang zu bringen. Diese 14 Punkte und die in den folgenden Botschaften dargelegten Grundsätze wurden von den gegen Deutschland assoziierten Mächten formell und in einer einzigen Entschließung angenommen und werden die Grundlage des Friedens bilden.“ [56])

„Der Krieg wurde dadurch beendet, daß Deutschland ein Waffenstillstand vorgeschlagen wurde, der sich auf gewisse klar definierte Grundsätze aufbauen soll. Auf dieser Grundlage wurde der Friede mit Deutschland nicht nur konzipiert, sondern auch formuliert. Auf dieser Grundlage wird er ausgeführt werden. Wir können nicht von der großen Gemeinde der Mächte verlangen, daß der Friede mit Österreich . . . nach Grundsätzen anderer Art vorgeschlagen und durchgeführt werde. Die Initiative zum Frieden geschah mit dem ausdrücklichen Bekenntnis zu jenen Grundsätzen. Auf ihnen muß die ganze Struktur des Friedens beruhen. Amerika hatte das Vorrecht, von seinen Alliierten im Kriege mit der Einleitung des Friedens beauftragt zu werden unter Bedingungen, die es selbst formuliert hat und bei deren Formulierung ich als sein Wortführer aufgetreten bin. Es ist gezwungen, jede Entscheidung, an der es sich beteiligt, mit jenen Grundsätzen in Einklang zu bringen. Es kann nichts anderes tun.“ [57])

Diese Erklärung Wilsons führte am 24. April zu einer Entgegnung Orlandos, in der er sich zunächst über Wilsons Methode beklagt, sich direkt an die Völker zu wenden, quasi gegen ihre Regierungen. Er bekämpft die Ansicht, daß der Zusammenbruch Österreich-Ungarns eine Einschränkung der italienischen Aspirationen nach sich ziehe. Italien, das unter allen Sukzessionsstaaten am wenigsten Personen anderer Rasse zählen wird, könne man eine imperialistische Politik nicht vorwerfen. Übrigens hätte die Konferenz bei Anwendung von Wilsons Grundsätzen bereits mehrmals ihre Ansichten von Grund aus geändert.

Daraufhin kam es zu einer Entgegnung Wilsons, die bei aller Freundschaft für das italienische Volk doch erklärte, Wilson „glaube nicht an einen italienisch-jugoslawischen Konflikt und versichere, daß Amerika, wenn ein solcher Konflikt unglücklicherweise doch

[56]) Wilsons „Denkschrift über die Frage der italienischen Ansprüche in der Adria“ (14. April 1919).

[57]) Wilson „Erklärung in der adriatischen Sache“ (Paris 23. April 1919).

ausbrechen sollte, in keiner Weise intervenieren würde. (Es wurde auch trotz der Spannung ein amerikanisches Darlehen an Italien bewilligt.) Doch sei Italien durchaus von seinen Verbündeten abhängig sowohl in seiner Verproviantierung als auch in seinem finanziellen Gleichgewicht."

In Verteidigung seines Standpunktes in der Fiumefrage schreckte Wilson nicht vor der verhüllten Drohung und nicht vor dem offenen Bruch zurück. Denn Orlando reiste ab. Es kam zu patriotischen und Anti-Wilson Kundgebungen in Italien und Orlando vertrat am 29. April in der Kammer die Anschauung, daß ein Friede ohne Dalmatien, die Inseln und Fiume für Italien unannehmbar sei.

Clemenceau fiel die Vermittlerrolle zu. Wohl erging am 4. Mai eine Wiedereinladung an Italien. Aber die Unsicherheit der Situation wird gekennzeichnet, dadurch, daß in dem Entwurf von St. Germain die politischen Bestimmungen betreffs Italiens (III. Teil, Abschnitt 1) „vorbehalten" sind und durch den Sturz des Kabinetts Orlando-Sonnino und seiner Ersetzung durch Nitti, der Giolitti nahesteht, mit Tommaso Tittoni als Minister des Äußeren.

Abgesehen von dieser die Aufmerksamkeit so sehr in Anspruch nehmenden Frage war das Wichtigste in diesem zweiten Abschnitt der Konferenz der Präliminarvertrag von Versailles mit Deutschland. Seit dem Eintreffen der Deutschen in Versailles mit Graf Brockdorff-Rantzau an der Spitze trat Clemenceau hier wie bei den späteren Verhandlungen mit der deutschösterreichischen Friedensdelegation in St. Germain und mit der türkischen in Vaucresson entscheidend vor Wilson in den Vordergrund. Der Grund war zunächst ein formaler. Die feindlichen Delegationen waren eben in Frankreich; Clemenceau hatte daher die Vorbereitungen und Anordnungen zu treffen; außerdem war er der Präsident der Friedenskonferenz. Er hielt daher alle Ansprachen; an ihn wurden alle Noten der feindlichen Friedensdelegationen gerichtet, alle Ententenoten sind von Clemenceau gezeichnet. Aber auch materiell bedeutete der Entwurf, der Notenwechsel und der Präliminarvertrag den Sieg Clemenceaus über Wilson.

Zunächst kam Clemenceaus ganzer Haß schon im formellen zum Ausdruck: die Absperrung der deutschen Friedensdelegation in Versailles, die beinahe eine Internierung war, das Verbot des Zusammentreffens mit der deutsch-österreichischen Delegation, die Schroffheit seiner Reden und Noten, die Kürze der von ihm den Deutschen gestellten Fristen, die konsequente, beleidigende und unerhörte Ablehnung jeder mündlichen Verhandlung; dieselbe Rücksichtslosigkeit nach innen: Verbot des Interviews von Deutschen durch französische Journalisten, trotz wachsender Ungeduld der Kammer und der Presse die Aufrechterhaltung des Verbots der Publikation des Friedensvertrages in Frankreich.

Während der Rede Brockdorffs, die Wilson aufmerksam anhörte, sprach Clemenceau, der mehrmals vor sich hinlachte, mit Nachbarn.

Nichts zeigt so sehr Clemenceaus Disposition gegen Deutschland, seine Schärfe und „imperatorische Kürze", seinen Haß und sein Gefühl der Überlegenheit — alles im Gegensatz zu Wilson — als die kurze Ansprache an die deutsche Friedensdelegation bei der Überreichung des Friedensvertrages in Versailles am 7. Mai 1919.

„Es ist weder die Zeit, noch der Ort für überflüssige Worte. Sie sehen vor sich die akkreditierten Vertreter der kleinen und großen verbündeten und assoziierten Mächte, die ohne Ermüdung durch mehr als 4 Jahre den schrecklichen Krieg geführt haben, der ihnen aufgezwungen worden ist. Die Stunde der schweren Abrechnung ist gekommen. Sie haben uns um Frieden gebeten. Wir sind geneigt, ihn Ihnen zu gewähren. Dieses Buch wird Ihnen sagen, welche Bedingungen wir festgesetzt haben.

Um Ihnen einen Einblick in meine Gedankenwelt zu bieten, sehe ich mich genötigt, hinzuzufügen, daß dieser zweite Friede von Versailles allzu teuer von den hier vertretenen Völkern erkauft worden ist, als daß wir nicht einmütig entschlossen sein sollten, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln alle berechtigten Genugtuungen zu erlangen, die uns gebühren.

Eine mündliche Erörterung wird nicht stattfinden."

Wahrlich ein Einblick, der Form und dem Inhalt nach, in Clemenceaus Gedankenwelt, und richtig fühlt Brockdorff-Rantzau in seiner Erwiderung Clemenceaus Wucht des Hasses, seine leidenschaftliche Forderung, als Sieger uns zugleich als Überwundene zahlen zu lassen und als Schuldige bestrafen zu wollen.

An diesem schroffen Ton hat Clemenceau, der jetzt die Szene beherrscht, in Wort und in seinen Noten festgehalten und der Entwurf selbst gibt mehr Clemenceau als Wilson.

Es kann hier nicht in Details eingegangen werden und die Nichtübereinstimmung des Entwurfes von Versailles wie des von St. Germain mit Wilsons Punkten im einzelnen nachgewiesen werden. Es sei hervorgehoben, daß der Entwurf weniger Wilsons Punkten, als dem einzigen des Altertums: „Vae victis" entspricht und dem französischen Gedanken, „aus dem vollständigen Sieg restlos die Konsequenzen zu ziehen."

Wie wenig der Völkerbundvertrag (Teil I des Entwurfes von Versailles) mit Wilsons Punkten übereinstimmt, wurde bereits früher erörtert. Hiezu gehört Teil XIII über die Arbeit.

In allen übrigen Bestimmungen kommen Clemenceaus Ideen zum Durchbruch. Schon am 14. April hatte die Agence Havas als Hauptbestimmungen des Friedens die Abtretung der Kohlenbergwerke des Saargebietes, Volksabstimmung im Saargebiet nach 15 Jahren, Besetzung des linken Rheinufers durch 15 Jahre, 125 Milliarden Kriegsentschädigung genannt; Pichon teilte mit, daß Polen Oberschlesien und das Mandat für Danzig erhalten werde. Clemenceau erklärte, daß er mit diesen Wünschen übereinstimme und er habe Hoffnung, sie durchzusetzen (nämlich gegen Wilson). Und er hat sie durchgesetzt.

Fast alle der 440 Artikel des Entwurfes beginnen: „Deutschland verzichtet". Alle Bestimmungen sind gegen Deutschland, die Benachteiligungen sind einseitig für Deutschland, die Begünstigungen, die Deutschland der Entente gewähren muß, ohne Gegenseitigkeit. Während die Entente sich nur zu dem Grundsatz bekennt, „daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen erfordert auf das Mindestmaß, das mit der nationalen Sicherheit . . . vereinbar ist,[58]) wird von Deutschland einseitig sofortige Demobilisierung verlangt,[59]) das deutsche Heer darf nur Polizeizwecken dienen und höchstens 100.000 Mann betragen,[60]) Zusammensetzung, Bewaffnung, Munition wird genau vorgeschrieben,[61]) die allgemeine Wehrpflicht wird einseitig für Deutschland abgeschafft. Ergänzung nur auf dem Weg freiwilliger Verpflichtung,[62]) Ablieferung der Kriegsflotte an die Hauptmächte,[63]) Verbot des Baues von irgendwelchen Kriegsschiffen,[64]) Verbot des Baues und Erwerbes aller Unterseeschiffe auch zu Handelszwecken;[65]) Deutschland darf kein Militär- oder Marineflugwesen besitzen;[66]) alle diese Bestimmungen werden durch interalliierte Überwachungskommissionen kontrolliert.[67]) Deutschland muß einseitig den Flugzeugen der Entente volle Flug- und Landungsfreiheit innerhalb des deutschen Gebietes gewähren,[68]) ebenso die Benützung der deutschen Flugplätze.[69])

Deutschland muß sich schon jetzt zur Anerkennung der ihm unbekannten, in Zukunft zu schließenden Verträge der Entente mit Belgien[70]) ebenso mit Rußland und den Randstaaten verpflichten[71]) und erkennt endgiltig die Nichtigkeit des Friedensvertrages von Brest-Litowsk an.[72])

Besonders die politischen und wirtschaftlichen Bestimmungen zeigen uns auch den Geist Clemenceaus: Begünstigung von Polen und Tschechoslowakien, Vorbereitung der Annexion des Saargebietes, Unschädlichmachung Deutschlands.

An Belgien ist Neutral-Moresnet, ein Streifen Preußisch-Moresnet, dann die Kreise Eupen und Malmedy (letztere unter Vorbehalt der Volksabstimmung) abzutreten,[73]) Luxemburg tritt aus dem deutschen Zollverein, Deutschland verzichtet auf alle Rechte zum Betrieb der Eisenbahnen und stimmt der Aufhebung der Neutralität Luxemburgs zu.[74]) Deutschland darf auf dem linken Rheinufer überhaupt nicht, auf dem rechten westlich einer Linie 50 *km* östlich des Rheines keine Befestigungen unterhalten oder anlegen,[75]) auch keine Truppen oder

[58]) Entwurf von Versailles (cit. Vers.) I. Teil, Art. 8.
[59]) Vers. Teil V, Art. 159. [60]) Vers. Teil V, Art. 160. [61]) Vers. Teil V, Art. 165 bis 172. [62]) Vers. Teil V, Art. 173. [63]) Vers. Teil V, Art. 185. [64]) Vers. Teil V, Art. 190. [65]) Vers. Teil V, Art. 191. [66]) Vers. Teil V, Art. 198. [67]) Vers. Teil V, Art. 203 ff. Ähnliche Bestimmungen im Entwurf von St. Germain (cit. St. Germ.) Teil V, Abschnitt II und III. [68]) Vers. Teil XI, Art. 313. [69]) Vers. Teil XI, Art. 315, ähnlich St. Germ. Teil XI. [70]) Vers. Teil III, Art. 31. [71]) Vers. Teil III, Art. 117. [72]) Vers. Teil III, Art. 116. [71]) und [72]) gleichlautend St. Germ. Teil III, Abschnitt IV, Art. 6 und 7. [73]) Vers. Teil III, Art. 32 bis 34. [74]) Vers. Teil III, Art. 40 (vgl. St. Germ. Teil III, Abschn. IV, Art. 2). [75]) Vers. Teil III, Art. 42.

Manöver halten.[76]) Zur Wiedergutmachung ist das vollständige und unbeschränkte, lastenfreie Eigentum der Kohlenbergwerke des Saarbeckens mit dem ausschließlichen Ausbeutungsrecht an Frankreich abzutreten.[77]) Das Saarbecken wird durch 15 Jahre durch eine den Völkerbund vertretende Kommission regiert; nach dieser Zeit Volksabstimmung.[78]) Deutschland anerkennt die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei[79]) und Polens.[80]) Deutschland tritt ohne Volksabstimmung Oberschlesien, Westpreußen, Teile Pommerns,[81]) Ostpreußen und Memel[82]) ab; (Volksabstimmung nur in einem Streifen zwischen West- und Nordgrenze des Regierungsbezirkes Allenstein bis zum Zusammentreffen mit der Grenzlinie zwischen den Kreisen Oletzko und Angerburg, dann Nordgrenze des Kreises Oletzko bis zum Zusammentreffen mit der alten Grenze Ostpreußens.[83]) Polen erhält das Mandat für die freie Stadt Danzig.[84])

Elsaß-Lothringen tritt ohne Volksabstimmung unter die französische Souveränität zurück.[85])

Volksabstimmung in Schleswig;[86]) Schleifung der Befestigungen und Verbot der Wiederanlage auf Helgoland.[87])

Clemenceau war die ganze Zeit für den Nichtanschluß Deutschösterreichs an Deutschland gewesen; Wilson wollte ihn in Ausübung des eben allen zustehenden Selbstbestimmungsrechtes nicht verhindern. Der Sieg der Idee Clemenceaus, der diese Vergrößerung Deutschlands um jeden Preis hintanhalten wollte, zeigt sich in der Bestimmung, daß Deutschland „unbedingt die Unabhängigkeit Österreichs in den durch den gegenwärtigen Vertrag festgesetzten Grenzen anerkennt und sie als unabänderlich achten wird.“[88])

Deutschland verliert seine Kolonien; es verzichtet zugunsten der alliierten Hauptmächte auf alle seine Rechte und Ansprüche bezüglich seiner überseeischen Besitzungen.[89]) Deutschland tritt an Japan Kiautschau und alle erworbenen Rechte, Ansprüche und Vorrechte auf die Provinz Schantung ab;[90]) anerkennt im vorhinein alle Vereinbarungen mit der Türkei und Bulgarien;[91]) anerkennt die Annexion von Ägypten;[92]) die deutsch-ägyptischen Verträge, Ver-

---

[76]) Vers. Teil III, Art. 43. [77]) Vers. Teil III, Art. 45. [78]) Vers. Teil III, Abschn. IV, Anlage. Kapitel II. §§ 16 bis 32 und Anlage Kapitel III. §§ 34 ff. [79]) Vers. Teil III, Abschn. VII, Art. 81 ff. (vgl. die besonderen Bestimmungen St. Germ. III. Teil, Abschn. III, Art. 1 bis 7). [80]) Vers. Teil III, Abschn. VIII, Art. 87.

[81]) Vers. Teil III, Abschn. VIII, Art. 87. [82]) Vers. Teil III, Abschn. X, Art. 99.

[83]) Vers. Teil III, Abschn. IX, Art. 94 bis 98.

[84]) Vers. Teil III, Abschn. XI, Art. 100 bis 108.

[85]) Vers. Teil III, Abschn. V, Art. 51 (Die sonstigen Bestimmungen bezüglich des Elsaß regeln die Art. 52 bis 79 und Anhang §§ 1 bis 4.) [86]) Vers. Teil III, Abschn. XII, Art. 109 bis 114. [87]) Vers. Teil III, Abschn. XIII, Art. 115.

[88]) Vers. Teil III, Abschn. VI, Art. 80. Deutschösterreich hatte einseitig den Anschluß an Deutschland proklamiert (D. Ö. Gesetz vom 12. November 1918, StGBl. Nr. 5, Art. 2.)

[89]) Vers. Teil IV, Abschn. I, Art. 119 ff. [90]) Vers. Teil IV, Abschn. VIII, Art. 156. [91]) Vers. Teil IV, Abschn. VII, Art. 155 (Ähnlich St. Germ. III. Teil, Abschn. IV, Art. 4.) [92]) Vers. Teil IV, Abschn. VI, Art. 147.

einbarungen, Abkommen und Kontrakte sind aufgehoben;[93]) anerkennt das französische Protektorat[94]) und verzichtet auf alle Rechte, Ansprüche und Vorrechte aus den Verträgen von 1906, 1909 und 1911 hinsichtlich Marokkos;[95]) verzichtet auf alle erworbenen Vorrechte in China,[96]) Siam[97]) und Liberia.[98])

Ebenso einseitig belastend und Deutschland vielleicht noch härter treffend sind die Bestimmungen über Wiedergutmachungen[99]) unter der Aufsicht interalliierter Wiedergutmachungskommissionen:[100]) z. B. Ersatz aller durch Kriegsereignisse verlorenen oder beschädigten Handels- und Fischereifahrzeuge der Alliierten, Tonne für Tonne und Klasse für Klasse; zu diesem Zweck überträgt Deutschland den Alliierten das Eigentum aller seinen Staatsangehörigen gehörenden Handelsschiffe von über 1600 Bruttotonnen, die Hälfte der Tonnage der Schiffe zwischen 1000 und 1600 Tonnen und je ein Viertel der Tonnage der Fischdampfer und anderen Fischereifahrzeuge.[101]) Deutschland leistet sehr wesentlich direkt Beihilfe zur Wiederherstellung der besetzten Gebiete, soweit wie die alliierten Mächte bestimmen werden.[102]) Deutschland hat an Frankreich, Belgien, Luxemburg und Italien sehr bedeutende Mengen Kohle zu liefern;[103]) Deutschland räumt der Wiedergutmachungskommission das Recht auf den Bezug von Farbstoffen und chemisch-pharmazeutischen Erzeugnissen ein.[104]) Deutschland verzichtet zu Gunsten der Hauptmächte auf seine Unterseekabel.[105])

Ebenso einseitig sind die Bestimmungen über Häfen, Wasserwege und Eisenbahnen,[106]) die Internationalisierung der Elbe,[107]) Oder,[108]) Njemen, Memel,[109]) die Bestimmungen über den Rhein und die Mosel,[110]) die Gewährleistung nordischer Häfen an den tschechoslowakischen Staat,[111]) über den Kieler Kanal,[112]) über die Donau [113]) [114]).

Deutschland muß die Prisengerichtsentscheidungen irgendeiner der alliierten und assoziierten Mächte betreffend die deutschen Han-

---

[93]) Vers. Teil IV, Abschn. VI, Art. 148. [94]) Vers. Teil IV, Abschn. V, Art. 142. [95]) Vers. Teil IV, Abschn. V, Art. 141. [96]) Vers. Teil IV, Abschn. II, Art. 128 bis 134. [97]) Vers. Teil IV, Abschn. III, Art. 135 bis 137. [98]) Vers. Teil IV, Abschn. IV, Art. 138 bis 140.

[99]) Vers. Teil VIII, Art. 231 bis 247. [100]) Vers. Teil VIII, Art. 233 ff. Regelung der Details über diese Kommissionen, Teil VIII, Anlage II, §§ 23. [101]) Vers. Teil VIII, Anlage III, § 1. [102]) Vers. Teil VIII, Anlage IV, § 1. Näheres §§ 2 bis 7. [103]) Vers. Teil VIII, Anlage V, §§ 1 bis 10. [104]) Vers. Teil VIII, Anlage VI, §§ 1 bis 5. [105]) Vers. Teil VIII, Anlage VII.

[106]) Vers. Teil XII. [107]) [108]) [109]) Vers. Teil XII. Abschn. II. Kap. III. Art. 331 bis 345. [110]) Vers. Teil XII. Abschn. II. Kap. IV. Art. 354 bis 362. [111]) Vers. Teil. XII. Abschn. II. Kap. V. Art. 363 bis 364. [112]) Vers. Teil XII. Abschn. VI. Art. 380 bis 386 [113]) Vers. Teil XII. Abschn. II. Kap. III. Art. 346 bis 353.

[114]) Ähnlich St. Germ. Teil XII. Abschn. I. Allgemeine Bestimmungen. Abschn. II. Schiffahrt. Donau: Abschn. II. Kap. II. Art. 8 bis 24. Eisenbahnen: Abschn. III. Art. 25 bis 38. Telegraph und Telephon: Kap. VII. Art. 40 bis 43. Für Deutschösterreich nur die Bestimmung, wonach ihm der freie Zugang zur Adria und daher die Freiheit der Durchfuhr (inkl. Post-, Telegraphen- und Telephondienst) über die Gebiete und zu den Häfen des ehemaligen Österreich-Ungarn zuerkannt werden. (Teil XII. Abschn. III. Kap. Art. 25.)

delsschiffe und die deutschen Waren und die Zahlung der Kosten als giltig und bindend anerkennen, während sich umgekehrt die alliierten und assoziierten Mächte unter den Bedingungen, die sie für richtig halten werden, das Prüfungsrecht hinsichtlich der deutschen Entscheidungen vorbehalten.[115])

Denselben Charakter tragen die finanziellen Bestimmungen;[116]) so die Verfügung, daß der gesamte Besitz und alle Einnahmequellen des Deutschen Reiches und der deutschen Einzelstaaten an erster Stelle für die Bezahlung der Kosten der Wiedergutmachungen und aller anderen Lasten des Friedensvertrages haften,[117]) daß Deutschland die gesamten Unterhaltskosten der feindlichen Besatzungsheere ab 12. November 1918 und nach Friedensschluß zu tragen hat,[118]) das Verbot der Ausfuhr und Verfügung über Gold für die deutsche Regierung bis 1. Mai 1921,[119]) Verzicht auf die Vertretung oder Teilnahme an allen internationalen finanziellen und wirtschaftlichen Kontroll- und Verwaltungseinrichtungen in den Ländern der Entente, Rußlands und den Ländern seiner früheren Verbündeten,[120]) Zahlung in Goldmark,[121]) nach Wahl der Gläubiger in Pfund Sterling, Golddollars, Goldfrancs oder Goldlire;[122]) Abtretung aller Forderungen Deutschlands an seine früheren Verbündeten an die Entente.[123])

Furchtbar drückend und der ökonomischen Vernichtung fast gleichkommend sind die wirtschaftlichen Bedingungen[124]) über Zölle,[125]) von Deutschland einseitig zu gewährende Meistbegünstigung, von Deutschland den Ententeangehörigen einzuräumenden Begünstigungen,[126]) über Schulden,[127]) Verträge;[128]) so haben die Ententestaatsangehörigen gegen Deutschland Anspruch auf Entschädigung für den Schaden oder Nachteil, den sie durch außerordentliche Kriegsmaßnahmen seit 1. August 1914 sowie durch Übertragungsanordnungen deutscherseits erlitten haben;[129]) umgekehrt hat weder Deutschland noch seine Staatsangehörigen irgendeinen Ersatzanspruch gegen eine Ententemacht und sogar eine Reklamation gegen irgendeine Person wegen einer Handlung oder Unterlassung, die sich aus den außerordentlichen Kriegsmaßnahmen, Gesetzen oder Verordnungen einer Ententemacht ergeben hat, ist unzulässig.[130]) [131])

---

[115]) Vers. Teil XV. Art. 440. (Gleichlautend St. Germ. Teil XIV. Art. 7.) [116]) Vers. Teil IX. [117]) Vers. Teil IX. Art, 248. [118]) Vers. Teil IX. Art. 249 und 251. [119]) Vers. Teil IX. Art. 248. [120]) Vers. Teil IX. Art. 258. [121]) [122]) Vers. Teil IX. Art. 262. [123]) Vers. Teil IX. Art. 261.

Die entsprechenden Bestimmungen über Wiedergutmachungen und finanzielle Bestimmungen sind im Entwurf von St. Germain (Teil VIII und IX) noch vorbehalten.

[124]) Vers. Teil X. Abschn. I. Handelsbeziehungen. Kap. I. Zölle. II. Schiffahrt. III. Unlauterer Wettbewerb. IV. Behandlung der Ententeangehörigen. Abschnitt II. Verträge. Abschn. III. Schulden Abschn. IV. Eigentum, Rechte und Interessen. Abschn. V. Verträge, Verjährung, Urteile. Abschn. VI. Schiedsgerichte: dazu Anhang §§ 1 bis 9. Abschn. VII. Gewerbliches Eigentum. Abschn. VIII. Soziale und staatliche Versicherungen in den abgetretenen Gebieten.

[125]) Vers. Teil X. Art. 264 bis 270. [126]) Vers. Teil X. Art. 276 ff. [127]) Vers. Teil X. Abschn. III. Art. 296: dazu Anlage §§ 1 bis 25. [128]) Vers. Teil. X. Abschnitt II. [129]) Vers. Teil. Art. 297 e. ff. [130]) Vers. Teil. X. Anlage zu Art. 298,

Die noch immer nicht verschmerzte Niederlage Frankreichs von 1871, die Verwundung der „gloire“ zeigt Art. 245, der Deutschland zur Rückstellung der 1870/71 und 1914/18 erbeuteten französischen Trophäen verpflichtet.

Aber nicht nur Clemenceaus leidenschaftliche Forderung, als Sieger die Deutschen als Besiegte zahlen zu lassen, spricht sich im Entwurf aus, sondern auch, sie in der Wucht seines Hasses zu bestrafen. Diesem Zweck dienen die beiden unerhörten, Deutschlands Ehre treffenden Bestimmungen: Deutschland hat zu gestehen, daß es mit seinen Verbündeten der alleinige Urheber des Weltkrieges ist;[132]) Wilhelm II. wird „wegen schwerster Verletzung des internationalen Sitteugesetzes und der geheiligten Macht der Verträge“ unter Anklage vor einen internationalen Gerichtshof gestellt;[133]) Deutschland hat die Personen, welche die Entente in einer später bekanntzugebenden Liste verlangt, zur Aburteilung vor den Militärgerichten der Entente auszuliefern.[134]) [135])

Schon diese flüchtige Übersicht und die wenigen Beispiele der wirtchaftlichen und sonstigen Bestimmungen kennzeichnen den Tenor des Vertrages; wohl hat Clemenceau „aus dem vollständigen Sieg restlos die Konsequenzen gezogen,“ aber von Wilsons Punkten blieb nicht viel.

Da mündliche Verhandlungen abgelehnt waren, kam es nun zu einem lebhaften Notenwechsel; sämtliche deutschen Noten sind an Clemenceau gerichtet,[136]) sämtliche Ententenoten[137]) sind von Clemenceau gezeichnet. Sie tragen sämtlich den Stempel der Härte und Rücksichtslosigkeit, des Hasses ihres Unterzeichners. Die von den Deutschen erbetene Vorlage des Berichtes der Kommission über die Verantwortlichkeiten wird schroff abgelehnt.[138]) Formell erklärt er den Deutschen, sich bei Festsetzung der Vertragsbestimmungen von Wilsons Punkten haben leiten zu lassen.[139])

Besonders charakteristisch für Clemenceaus Gedankenwelt sind folgende Stellen aus seiner Antwortnote über Wirtschaftsfragen vom 22. Mai:

---

§ 2. [131]). Noch drückender und die Existenz vernichtend sind die wirtschaftlichen Bestimmungen für Deutschösterreich: St. Germain. Teil XI. Art. 1 bis 55, besonders Art. 32, 33, 48, 49 ff.)

[132]) Vers. Teil VIII. Art. 231. [133]) Vers. Teil. VII. Art. 227. [134]) Vers. Teil. VIII. Art. 228 bis 230. [135]) Ähnlich St. Germ. Teil VII. Strafbestimmungen. Art. 1 bis 4.

[136]) Es sind dies die deutschen Noten: vom 9. Mai (allgemein), 9. Mai (Völkerbund), 10. und 22. Mai (Arbeiterrecht), 10. und 28. Mai (Kriegs- und Zivilgefangene), 13. und 28. Mai (Schuldfrage), 13. Mai (Wirtschaftsfragen), 13. Mai (territoriale Fragen), 16. Mai (Saargebiet), 17. Mai (deutsche Missionen), 20. Mai Fristverlängerung), 22. Mai (deutsches Privateigentum im Ausland), 24. Mai (Kriegsschäden), 29. Mai (liquides deutsches Eigentum im Ausland).

[137]) Antwortnoten Clemenceaus: vom 10. Mai (allgemein), 10. und 22. Mai (Völkerbund), 14. und 31. Mai (Arbeiterrecht), 20. Mai (Gefangene), 20. Mai Schuldfrage), 22. Mai (Wirtschaftsfragen), 24. Mai (Saargebiet), 21. Mai (Fristverlängerung).

[138]) Clemenceaus Note über die Schuldfrage vom 20. Mai.

[139]) Clemenceaus allgemeine Note vom 10. Mai.

„Der deutsche Bericht scheint der Kommission eine sehr unzureichende Darstellung der Tatsachen zu geben und starke Übertreibungen aufzuweisen.

Die erste Bedingung für die Wiederherstellung scheint zu sein, daß Deutschland die gegenwärtige Weltlage erkennt, an deren Schaffung es zum größten Teil beteiligt war. Es muß einsehen, daß es nicht unversehrt bleiben darf. Alle Nationen Europas haben in der ungeheueren Katastrophe, die über die Welt hereingebrochen ist, Verluste erlitten. Diese Lasten und Verluste sind ihnen durch den Angriff Deutschlands auferlegt worden. Es ist gerecht, daß Deutschland als die Ursache dieses Unglücks sie nach dem vollen Maß seiner Macht wieder gutmacht. Seine Leiden werden nicht aus den Friedensbedingungen entstehen, sondern aus den Handlungen jener, die den Krieg verursacht und verlängert haben; die Urheber des Krieges können seinen gerechten Folgen nicht entgehen."

Am 29. Mai überreichten die Deutschen ihre Gegenvorschläge. Sie beriefen sich hier wie früher auf Wilsons Punkte als die Rechtsgrundlagen, wiesen den Widerspruch zwischen dem Vertragsentwurf und den vereinbarten Rechtsgrundlagen nach und formulierten ihre Gegenvorschläge: Anerbietung von 100 Milliarden Mark in Gold unter der Voraussetzung keiner weiteren territorialen Opfer, mündliche Verhandlungen, Deutschlands sofortiger gleichberechtigter Eintritt in den Völkerbund; „in territorialen Fragen hält sich Deutschland rückhaltlos auf dem Boden des Wilson-Programms: Selbstbestimmungsrecht zugunsten der Deutschen in Böhmen, Deutschösterreich muß die Möglichkeit haben, sich aus freiem Entschluß und ohne Zwang dem Deutschen Reiche anzuschließen; Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen, wo Deutschland auf seine Staatshoheit verzichtet; Ablehnung der Abtretung von Oberschlesien an Polen; von den anderen geforderten Gebieten soll abgetreten werden, was unbestreitbar polnisch ist („territories inhabited by indisputably Polish populations", Wilsons Punkt 13). Danzig muß bei Deutschland bleiben; die Lostrennung ostpreußischer Gebietsteile von Deutschland wird abgelehnt; Verlangen nach Behalten der deutschen Kolonien, eventuell als Mandatar des Völkerbundes. Ablehnung der Auslieferung der Überseehandelsflotte, der einseitigen Benachteiligung des deutschen Außenhandels und verschiedener anderer wirtschaftlicher Bestimmungen. Keine Strafverfolgung Wilhelm II., keine Auslieferung, neutrale Untersuchung über die Verantwortlichkeit für den Krieg und die Schuld während des Krieges.

Diese deutschen Gegenvorschläge wurden natürlich der Gegenstand lebhafter Diskussionen pro und contra, bei denen stets Wilsons Programm im Mittelpunkt stand. Auf dieses Programm beriefen sich fortwährend die Deutschen, aber auch viele innerhalb der Länder der Entente und wer Clemenceaus ersten Entwurf befürwortete — oder ihn wenigstens unterschreiben wollte, wie die Partei der Unabhängigen in Deutschland — der mußte es gegen Wilson tun. In der ganzen Zeit zwischen der Überreichung des Entwurfes und der

deutschen Gegenvorschläge war Clemenceau allein handelnd hervorgetreten. (7. bis 29. Mai.) Nun, in der Diskussion über die Gegenvorschläge, die in der Konferenz stattfand, griff Wilson wieder ein, und zwar zwischen Deutschlands und Clemenceaus Standpunkt vermittelnd. So wurde am 31. Mai aus Lyon gemeldet, Wilson nehme das deutsche Ansuchen nach einer Volksabstimmung für Oberschlesien an, Danzig bleibe als Freihafen bei Deutschland, sofortige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, Absehen von einer Verurteilung der am Kriege Schuldigen, Fixierung einer Kriegsentschädigungssumme.

Und auch der „Intransigeant" meldete, Wilson sei zu Zugeständnissen bereit und verhandle darüber mit Clemenceau. Lloyd George, der ursprünglich für die Aufzwingung des Vertrages war, erklärte sich anfangs Juni bereit, unter dem Eindruck der Haltung der Liberalen und der Arbeiterpartei, in seinen Zugeständnissen ziemlich weit zu gehen. Auch Italien, Japan und die kleineren Staaten waren für Wilsons Zugeständnisse.

Demgegenüber stand fanatisch Clemenceau, der jedes Zugeständnis ablehnte. Die Eindrücke Wilsons spiegeln sich in seiner Rede, die er am 30. Mai auf dem Friedhofe von Suresnes bei einer Totenfeier zu Ehren gefallener amerikanischer Soldaten hielt:

„Wir sehen schon wieder hie und da den Versuch im Rate der Staatsmänner, die alten, berechnenden, egoistischen Methoden der Geheimdiplomatie wieder in Geltung zu bringen. Aber ich sage, daß dies nicht nach Gerechtigkeit aussieht, und wenn dieser Krieg nicht der letzte Krieg für das Recht gewesen ist, so wird demnächst noch ein Krieg geführt werden müssen."

Trotzdem also Wilson die Gefahr sah, konnte er sich nicht durchsetzen. Clemenceau bestand auf den Strafbestimmungen; das Finanzbudget hatte eben die ungünstige Lage Frankreichs gezeigt: trotz des Sieges ist die Möglichkeit eines finanziellen Ruins gegeben; mußte doch die französische Regierung nebst den enormen Kriegskosten auch die Coupons der russischen Anleihen einlösen, um nicht Mißstimmung im Lande entstehen zu lassen, da das nach Rußland geborgte Geld ja größtenteils aus den Taschen der petits rentiers geflossen war.

Man hatte sich schon während des Krieges angewöhnt, offiziell und inoffiziell dem französischen Volk zu versichern, daß die Deutschen alles bezahlen müssen: les boches payeront tout.

Diese Erwägungen finanzieller Natur spielten auch in England, während der Parlamentswahlen durch Lloyd George als Wahlagitationsmittel benutzt, eine große Rolle; in diesen Tagen finden wir sie in Frankreich, in Scherz und Ernst, sehr häufig.[110])

[110]) So brachte z. B. die Pariser humoristische Wochenschrift „Le Rire" das Bild eines Wagens, auf dem die Victoire steht und der mit Milliardenziffern bezeichnet ist; zwei Pferde können ihn nicht ziehen. Ein davorstehender citoyen sagt: C'est lourd. Attelez-y les boches!

Unerschütterlich hielt Clemenceau an den territorialen Bestimmungen fest, unbesiegbar war seine Gegnerschaft gegen Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund.

„Clemenceau," meldete die Agence Havas am 11. Juni, „wird mit Entschiedenheit den Standpunkt vertreten [nämlich gegen Wilson], wonach die alsbaldige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund durchaus inopportun wäre und die Sieger sowie die Besiegten, die Angreifer und die Opfer auf die gleiche Höhe setzen würde. Er wird betonen, daß mindestens eine bestimmte Frist abgewartet werden muß, um die aufrichtig friedliche Gesinnung Deutschlands festzustellen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird schließlich diese Ansicht durchdringen", was dann auch geschah.

Der stets gegen Deutschland hetzende „Matin" brachte in diesen Tagen ebenfalls einen sehr heftigen Artikel gegen Deutschlands Eintritt in den Völkerbund unter dem Titel: La Victoire française est en péril.

Die nächsten Wochen hatte Clemenceau zu kämpfen, zunächst seinen Standpunkt in der Formulierung der Ententeantwort durchzusetzen und dann diesen Standpunkt auch zur Annahme durch Deutschland zu bringen. In beiden Bemühungen stand er gegen Wilson; dann hatte er gegen außen und gegen innen zu kämpfen. Es gelang ihm.

Seine alten Eigenschaften, die er als oppositioneller Abgeordneter als Ministerpräsident 1906 bis 1909 und während seiner zweiten Ministerpräsidentschaft seit 1917 im Weltkrieg gezeigt hatte, verließen ihn nicht. Die Angriffe gegen seine Politik, besonders von sozialistischer Seite, mehrten sich; hier waren auch die Franzosen, die an Wilsons Punkten festhielten. Das Verbot der Publikation des Entwurfes blieb aufrecht, die Zensur bestehen; die Begnadigung Villains, des Mörders Jaurès, unter dem Elsaßlothringentaumel nach fast fünfjähriger Prozeßverzögerung, hatte unter den Sozialisten viel böses Blut gemacht; Clemenceau hatte für die Maifeier in Paris umfassende Vorbereitungen getroffen und trotzdem kam es zu Schießereien, bei denen es Hunderte Verwundeter gab.

Gerade um die Zeit, als die Ententeantwort und die Friedensannahme durch Deutschland in die entscheidende Phase trat, setzten in Frankreich und in Paris bedeutende Streiks ein und stündlich drohte der Ausbruch des Generalstreiks. Wenn es sich auch um eine Lohnbewegung handelte, lag doch die Gefahr nahe, daß der Streik sich zu einer politischen Demonstration größten Stils auswachse. Clemenceau konzentrierte Militär und war fest entschlossen, jede Form von Unruhen im Inneren rücksichtslos und brutal mit militärischer Gewalt zu unterdrücken: le vieux tigre, nach innen und nach außen.

Diese entschlossene Haltung dem Streik gegenüber brauchte er nicht nur, um keine Unruhen im Inneren zu haben und nicht in der Vollendung seiner Politik gehindert zu sein, sondern er brauchte sie vielleicht noch mehr Deutschland gegenüber.

In Deutschland herrschte eine äußerst heftige Stimmung gegen die Annahme des Friedensvertrages in seiner ursprünglichen Fassung;[141]) nicht nur in der Presse und öffentlichen Meinung, sondern auch in den Kreisen der Regierung; gerade hier hatte man das Wort: Unannehmbar! für den Entwurf geprägt.

Diese Haltung Deutschlands machte bei der Entente und besonders in Frankreich große Sorge, man hatte Angst davor, daß Deutschland nicht unterschreiben werde; Tage, beinahe Wochen bewegte die Frage Europa, wird Deutschlaud unterzeichnen?

Demgegenüber mußte Clemenceau daran gelegen sein, jeden nur möglichen Druck auf Deutschland auszuüben und um dies zu ermöglichen, mußte vor allem in Frankreich selbst Ruhe sein; Deutschland gegenüber brauchte er List und Gewalt; man dachte daran, ein Ministerium der Unabhängigen bilden zu helfen, das den Vertrag zu unterschreiben bereit wäre; man dachte im Falle der Weigerung Berlins an Separatfriedensschlüsse mit den Staaten Süddeutschlands; man begünstigte den Losreißungsversuch des Rheinlandes,[142]) der zwar mißlang, doch konnten die französichen Zeitungen, als am ersten Tage die Proklamierung der Rheinrepublik gemeldet wurde, ihre offenkundige Freude nicht verbergen.

Aber auch durch Drohung und Zwang suchte Clemenceau die Deutschen gefügig zu machen. In Paris trat der oberste Wirtschaftsrat der Entente zusammen und beriet über die im Nichtunterzeichnungsfalle sofort über Deutschland wieder zu verhängende Blockade; Clemenceau kündigte in diesem Falle die sofortige Kündigung des Waffenstillstandes und den Vormarsch der alliierten Armeen nach Deutschland an; eine lebhafte Tätigkeit wurde entwickelt; überall bei den Besatzungsheeren wurden fieberhafte Vorbereitungen zum Vormarsch getroffen; die Zeitungen veröffentlichten strategische Pläne zur Niederringung Deutschlands, die auf dem gleichzeitigen Vormarsch der französich-englisch-amerikanischen Besatzungsheere über den Rhein und dem der Polen und Tschechoslowaken von der anderen Seite her beruhten, und der Ententc-Generalissimus Marschall Foch begab sich ins Hauptquartier.

Als am 16. Juni die Ententeantwort verlautbart wurde, konnte es für niemanden mehr einen Zweifel geben: Clemenceau hatte gesiegt. In Oberschlesien wurde die Volksabstimmung zugestanden, sonst im wesentlichen nicht die geringsten Zugeständnisse gemacht; keine Rückgabe der Kolonien, keine Aufnahme in den Völkerbund, Festhalten an den Ehrenklauseln.[143]) Die Frist zur Beantwortung war eine äußerst knappe, ursprünglich fünf, dann sieben Tage; mit ihrem Ablauf am 23. Juni, 7 Uhr abends, trete auch automatisch der Ablauf des Waffenstillandes ein. Es wurde in der schärfsten

---

[141]) Vgl. Kap. X.

[142]) Deutscher Einspruch dagegen in der Note vom 3. Juni 1919.

[143]) nämlich Art. 227 bis 231 des Entwurfes vom 7. Mai.

Weise hervorgehoben, daß die heute überreichten Bedingungen das letzte Wort der alliierten und assoziierten Mächte sind.

Clemenceau berief sich auf seine Rede vom 17. Dezember 1918: „Die französischen Soldaten und wir wollen kämpfen, unaufhörlich und siegreich kämpfen bis zu der Stunde, wo der Feind begreifen wird, daß kein Kompromiß möglich ist zwischen einem solchen Verbrechen und der Gerechtigkeit". „Gewalt, Gewalt bis zum äußersten, Gewalt ohne Schranken und Ende, richtende, triumphierende Gewalt, die das Recht (!) zum Gesetz der Welt erheben wird".

Die Revolution beseitige nicht die Schuld des deutschen Volkes. „Die deutsche Revolution wurde aufgeschoben, bis die deutschen Armeen im Felde geschlagen waren, bis jede Hoffnung, aus dem Eroberungskrieg Gewinn zu ziehen, geschwunden war. So grausam die Politik der früheren deutschen Regierung sein mochte, teile das Volk doch die Verantwortlichkeit an der Politik seiner Regierung. Das deutsche Volk kann daher nicht verlangen, daß, weil es seine Regierenden gewechselt hat, nachdem der Krieg verloren war, die Gerechtigkeit nun fordere, daß es der Folgen der Kriegshandlungen ledig sei".

Die Begleitnote ist in ihrem Inhalt und der Sprache nach beispiellos in der diplomatischen Geschichte; sie verrät in ihrer Argumentation gegen Deutschland die ganze böswillige Einseitigkeit eines Hetzpamphlets, dem sie ähnlicher sieht als einer diplomatischen Note, sie verrät so sehr die Wucht des Hasses Clemenceaus gegen Deutschland und seine leidenschaftliche Forderung, den Besiegten auch zum Verbrecher zu stempeln, daß sie hier Platz finden möge:

„Deutchland verkennt die Position in der es sich heute befindet. Dieser Krieg war das größte Verbrechen, das je von einem Volke bewußt begangen worden sei,[144]) das sich für zivilisiert ausgebe. Die deutschen Machthaber, getreu der preußischen Tradition, haben ein versklavtes Europa tyrannisieren wollen. Sie haben sich Jahrzehnte auf diesen Krieg vorbereitet. Sie haben die Welt ausspioniert, Intrigen und Zwistigkeiten angezettelt. Als sie merkten, daß sich die übrigen Machthaber diesem Treiben endlich zu widersetzen begannen, haben sie sich zum Krieg entschlossen. Sie haben einen unterjochten Bundesgenossen veranlaßt, Serbien den Krieg zu erklären, weil sie wußten, daß dies den Weltkrieg zur Folge haben müsse und um jede Möglichkeit zur Verhinderung dieses Weltkrieges zu beseitigen, haben sie sich jedem Versöhnungs- oder Konferenzversuch widersetzt. Sie haben das neutrale Volk Belgiens überfallen; sie haben zuerst Giftgase, Luftbombardements und Fernbeschießungen angewendet, selbst gegen Frauen und Kinder. Sie haben Gefangene barbarisch mißhandelt und überhaupt ein Betragen an den Tag gelegt, das in der menschlichen Geschichte fast

[144]) Dieser Satz ist fast wörtlich das Motto des von dem anonymen deutschen Verfasser von „J'accuse" herausgegebenen Buches: „Le crime" (Lausanne, Payot & Cie. 1917.)

ohne Beispiel ist. Sie haben den U-Bootkrieg begonnen, diese Herausforderung von Seeräubern gegen das Völkerrecht, indem sie dadurch eine große Anzahl unschuldiger Reisender und Seeleute zum Tod verurteilten; sie haben mit wilder Brutalität bürgerliche Menschen in Sklaverei geschleppt. Sie haben die Verantwortung zu tragen für 7 Millionen Tote und 20 Millionen Verwundete."

Nach dieser Argumentation, nach diesen Bedingungen klingt es wie eisiger Hohn, wenn Clemenceau in demselben Schriftstück versichert, Wilsons Rede vom 8. Jänner 1918 und die in seinen folgenden Reden erwähnten Prinzipien der Neuordnung seien die angenommene Grundlage des Friedens gewesen. Die Alliierten seien überzeugt, daß der vorgeschlagene Friede ein Rechtsfriede sei; sie sehen in dem Entwurf eine loyale Ausführung von Wilsons Grundsätzen!

Es kam nun infolge der in der deutschen Nationalversammlung sich ergebenden Mehrheit für die Unterzeichnung zum Rücktritt der auf der Nichtannahme beharrenden Regierung (Scheidemann) und der deutschen Friedensdelegation.

Die neugebildete Regierung erklärte ihre Bereitwilligkeit zur Unterzeichnung ohne die Ehrenklauseln.

Daraufhin erließ Clemenceau ein Ultimatum: die Zeit der Verhandlungen sei vorüber, bedingungslose Annahme oder Verwerfung. Nach der Unterzeichnung werde man Deutschland für die Ausführung in allen Punkten verantwortlich machen. Eine 48stündige Fristverlängerung wurde abgelehnt.

Das wehrlose Deutschland mußte nachgeben. In ihrer ganzen Bitterkeit bewahrheiteten sich die Worte Friedrich des Großen: „Verhandlungen ohne Waffen sind Noten ohne Instrumente."

Am 23. Juni, 4 Uhr 40 Minuten nachmittags wurde die Note der bedingungslosen Unterzeichnung übersendet. So hatte Deutschland auch allein die Schuld auf sich nehmen müssen. Es wurde, nach einer Bemerkung Prof. Brockhausens, das durch Tortur erpreßte, erzwungene Geständnis, das aus dem Strafrecht glücklich verschwunden ist, durch Clemenceau neu ins Völkerrecht eingeführt. Doch enthält die deutsche Note den Vorbehalt: „der Gewalt weichend und ohne damit die Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben."

Fünf Tage später fand die Unterzeichnung statt; Ort und Zeit eine französische Rancüne der Demütigung für die Deutschen; im Spiegelsaal zu Versailles, wo am 18. Jänner 1871 das deutsche Kaiserreich proklamiert worden war und am 28. Juni, am fünften Jahrestag der Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand in Serajewo.

Aber auch nach dem Friedensschluß bleiben die Deutschen die Feinde; um sie nicht einladen zu müssen, hatte Poincaré schon einen Tag vor der Unterzeichnung das große Friedensdiner gegeben; Haß und Wut sprechen aus der Note Clemenceaus über die Versenkung der deutschen Flotte in Scapaflower und die Verbrennung französischer

Fahnen in Berlin. „Frankreich sei entschlossen, für diese Verletzung des Waffenstillstands- und des Friedensvertrages, Zeugen des bösen Willens Deutschlands, unerbittlich die vollständigste Wiedergutmachung zu verlangen.“

Während Wilson absolut dagegen ist, Kaiser Wilhelm vor ein Gericht zu laden, da keine rechtliche Handhabe vorhanden sei, besteht Frankreich darauf; neuerdings tritt auch Lloyd George besonders energisch dafür ein. Pichon erklärte Ende Juni im Kammerausschuß, Frankreich werde die lebenslängliche Verbannung und Konfiskation des Privatvermögens Wilhelm II. im Prozeß beantragen.

So hat Clemenceau gesiegt; Wilson aber reiste am 28. Juni, wenige Stunden nach der Unterzeichnung des Friedens von Paris ab.

X.

Als der erste Entwurf, der deutschen Delegation in Versailles überreicht, bekannt wurde, hatte man in Freundes- und Feindesland das Gefühl, daß der entscheidende Kampf zwischen Wilson und Clemenceau abgeschlossen sei. Überall trat der Gedanke hervor, daß dieser Entwurf mit Wilsons Programm in vollem Widerspruch stehe, den Sieg Clemenceaus und den Bankerott Wilsons bedeute. Der Rechtsgedanke, den Wilson so sehr hervorkehrte, richtete sich nun gegen ihn. Alle Proteste und Kritiken des Friedensvertrages waren Proteste und Kritiken Wilsons; Clemenceaus nur insoweit, als auch er zur Einhaltung von Wilsons Prinzipien verpflichtet war. Man erkannte den Sieg der alten Geheimdiplomatie über das neue System, des Systems der Allianzen über den Völkerbundsgedanken, des Systems der Garantien „über die Neuordnung des Dauerfriedens“, des ins Ungemessene gesteigerten Hasses über den „esprit de conciliation,“ über die Völkerversöhnung.

„Welcher Name,“ sagte Scheidemann in seiner großen Rede in der Nationalversammlung vom 12. Mai, „ist auf tausend blutigen Schlachtfeldern und Schützengräben, in verwaisten Familien, bei Verzweifelten und Verlassenen während der blutigen Jahre andächtiger und gläubiger genannt worden als der Name Wilson? Heute verbleicht das Bild des Friedenbringers Wilson hinter der finsteren Gestalt des Kerkermeisters Clemenceau.“ Und Posadowsky, Stresemann, alle Redner in der Debatte betonten: Welcher Widerspruch klafft zwischen den Worten des Präsidenten Wilson und seinen Taten!

Präsident Ebert spricht es in seiner Kundgebung an das amerikanische Volk vom 13. Mai aus, daß Wilson „das aufgepflanzte Banner mit den 14 Punkten anscheinend in Stich gelassen habe.“

Erzberger, Prinz Max von Baden, der deutsche Botschafter in Wien Graf Botho Wedel und viele andere deutsche Staatsmänner sprachen sich für die Ablehnung des Vertrages aus; aus Hunderten von Versammlungen, aus Tausenden von Zeitungsartikeln sprach der

Gedanke, der Entwurf bedeute keinen Rechts- sondern einen Gewaltfrieden.

An allen deutschen Universitäten und Techniken kam es zu Kundgebungen gegen den Friedensvertrag und damit gegen Wilson. Besonders eindrucksvoll war diese Kundgebung in Leipzig, wo der Rektor Dr. Kittel in seiner Rede sagte:

„Weder Clemenceau noch Lloyd George sind die eigentlich Schuldigen; von ihnen konnten wir nichts Besseres erwarten. Der Schuldige ist vielmehr Wilson. Ich klage Dich an, Woodrow Wilson, wegen Lüge, weil Du Deine Versprechungen gebrochen; wegen Verrat, weil Du die heilige Idee des Völkerbundes verraten; wegen Mordes, weil Du Millionen von Greisen, Frauen und Kindern hingemordet; wegen Feigheit, weil Du in weltgeschichtlich entscheidender Stunde nicht den Mut gehabt hast, Dein Wort zu halten oder Deinem Posten zu entsagen."

Auch der Gedanke tritt hervor, daß dieser Friede bald werde umgestoßen werden. „Abmachungen," schreibt der Berliner Vorwärts am 24. Juni, „die auf Gewalt beruhen, haben nur solange Giltigkeit, als die Gewalt besteht!"

Ähnliche Protestkundgebungen rief der Entwurf von St. Germain hervor. Auch in den Ententeländern hatte man in dem Entwurf den Sieg Clemenceaus über Wilson erkannt; selbst die den Vertrag billigende Presse spricht von einem Sieg Frankreichs.

Aber auch in den Ententeländern fehlte es nicht an verurteilenden Stimmen; zunächst von sozialistischer Seite.

Die Humanité, früher das Blatt Jaurès, nennt den Vertrag einen verbrecherischen Bruch des beschworenen Wortes, ein Attentat gegen Recht und Moral.

„Nicht weniger abscheulich," schreibt Renaudel in diesem Blatt, „als die verkleidete Annexion des Saargebietes ist die Behandlung der deutschen Kolonien. Wilson hat seinen schwersten Fehler begangen, denjenigen, der alle anderen nach sich zog, als er zustimmte, daß Deutschland durch die Sieger seiner Kolonien beraubt werde."

Morisset schreibt, Deutschland sei vom Militarismus befreit, Frankreich ihm ausgeliefert.

Das sozialistische Organ „Populaire" bringt seinen Artikel über den Frieden unter dem bezeichnenden Titel: „Wilsons Niederlage" und schreibt in scharfer Kritik: „Niemand kann behaupten, daß die 14 Punkte Wilsons im Friedensvertrag respektiert wurden. Wilson sah sich schließlich genötigt, vermittelnde Lösungen zu suchen und so sind seltsame Kompromisse entstanden. Der Imperialismus erschien den Völkern mit bizarrem Aufputz der entstellten Ideen Wilsons."

Verfeuil erklärte: Der Vertrag sei schlimmer als der von Brest-Litowsk, er zeige den Bankerott der Wilsonschen Ideen von Recht, Freiheit und Gerechtigkeit; er werde kein Wilson-, sondern ein Clemenceaufriede sein.

Ähnlich sprachen in dieser Versammlung der sozialistischen Verbände des Seinedepartements in Paris am 11. Mai Frossard, Loriot und Cachin.

Auch Marcel Sembat sprach sich gegen die Vertragsbestimmungen und ihre Nichtübereinstimmung mit Wilsons Punkten aus.

Die internationale Sozialistenkonferenz sprach sich gegen den Vertrag aus; Huysmans und Ramsay Mac Donald besprachen in Paris mit Longuet und Albert Thomas, welche Aktion nun der Internationale obliege „angesichts des abscheulichen Friedensvertrages."

Natürlich treten viele andere Blätter, wie „Temps", „Figaro", „Echo de Paris", „Matin" unbedingt für Clemenceau ein.

Auch aus England kamen Stimmen des Widerspruchs.

Die nationale Exekutive der englischen „Independent Labour Party" (I. L. P.) veröffentlicht eine Kundgebung, worin sie gegen den Friedensvertrag protestiert, auf der Grundlage, daß „der veröffentlichte Auszug des Friedensentwurfes in einigen wesentlichen Punkten den Erklärungen des Präsidenten Wilson entgegengesetzt sei und Kompromisse verrate, die unter dem Einfluß des kapitalistischen Imperialismus, der die europäischen Staaten noch immer beherrscht, zustandegekommen sind."

Arbeiterführer, unter ihnen Snowden, Neil und Maclean, veröffentlichten am 21. Mai ein Manifest, welches besagt, daß der Friedensvertrag Keime zu Konflikten enthalte und daher so schnell wie möglich revidiert werden müsse.

Das Nationalkomitee der Pariser Confédération Générale du Travail (C. G. T.) nahm einen Antrag gegen den Gewaltfrieden an (27. Mai) und verlangte eine Revision, getreu den Grundsätzen eines Friedens der Freiheit und Gerechtigkeit, der die Verwirklichung eines wahren Völkerfriedens und einer stabilen, den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens sicherstellenden Weltorganisation verwirklicht.

Gustav Hervé übt in seiner „Victoire" Kritik besonders an drei Punkten: Saargebiet, Kolonien und Verbot der Angliederung Deutschösterreichs an Deutschland.

Die Zeitung „Oeuvre" bringt Ende Mai einen Artikel unter dem Titel: „Die 14 Widersprüche Wilsons."

Auch aus nicht sozialistischen Ententekreisen kommt Protest. „New Statesman" schreibt: Es sei nur ein sogenannter Friede. Auf die Dauer sei wenig Gewinn zu erhoffen von den mutwilligen und tyrannischen Demütigungen, die der Friedensvertrag Deutschland auferlege. Man verlange von Frankreich weder Generosität noch Opfer, sondern nur eine Politik, die den Frieden anstatt der Verewigung des Krieges sicherstellt.

Dem „Manchester Guardian" gehen Ende Juni zahlreiche Protestbriefe englischer Soldaten und Offiziere zu, in denen sie erklären, daß sie viele der Hauptbestimmungen des Friedensvertrages nicht nur für ungerecht und unpolitisch, sondern auch für unverein-

bar halten mit den Grundsätzen, für die soviele Engländer ihr Leben ließen.

25 Professoren von Oxford und anderer englischer Universitäten veröffentlichten einen Protest gegen die harten Friedensbedingungen und 25 amerikanische Delegierte in Paris, darunter die Führer sehr wichtiger Unterkommissionen traten zurück „um die Unzufriedenheit mit den Kompromissen auszudrücken, die im Widerspruch mit Wilsons 14 Punkten geschlossen worden sind."

Feind und Freund sind so einig, daß der Entwurf, wie Prof. Dr. Otto Hoetzsch sagt,[145]) „eine volle Niederlage des amerikanischen Präsidenten bedeutet."

Am 28. Juni überreichte während der Unterzeichnung des Friedensvertrages in Versailles General Smuts einen Protest gegen die Härte der Friedensbedingungen: „Im Friedensvertrag seien Garantien enthalten, die nicht mit der neuen pazifistischen Richtung und der vollständigen Entwaffnung der einstigen Feinde übereinstimmen. Strafen seien vorgesehen, die bei ruhigem Nachdenken fallen gelassen werden sollten. Zahlungen seien festgesetzt, die zu mildern im Interesse aller wäre. Gott habe den Alliierten einen Sieg geschenkt, der ihre kühnsten Träume übertreffe, aber nicht, damit sie egoistische Zwecke verfolgen, sondern damit die großen Ideale erfüllt würden, für die die Helden ihr Leben gaben."

In Brest kam es bei der Abreise Wilsons zu großen Kundgebungen gegen den Friedensvertrag, gegen Wilson und Clemenceau, und zu französisch-amerikanischen Kämpfen.

Es erübrigt, nunmehr am Schlusse dieser Untersuchung zu einem abschließenden Urteil über Wilson und Clemenceau zu gelangen.

Ich glaube gezeigt zu haben, daß nur eine auf Unkenntnis beruhende oder böswillige Beurteilung Wilson für einen bewußten Irreführer und Betrüger halten kann. Andrerseits ist die Niederlage seiner Ideen in Paris gegen Clemenceau eine vollständige.

Clemenceau, sicher eine starke und hochinteressante Persönlichkeit, steht in dem Urteil seiner Zeitgenossen, das, wie ich glaube, auch die Geschichte bestätigen wird, fest. Er ist derselbe geblieben, der er in seinem ganzen Leben war; er hat die Formulierung des Vertrages in seinem Sinne durchgesetzt, er hat die Annahme seines Vertrages nach außen und innen durchgesetzt; aus allem spricht sein hart ans Pathologische streifender, unversöhnlicher Haß gegen Deutschland. So sagt er in der Kammersitzung, in der er den Friedensvertrag vorlegte: „Wir werden diesen Frieden führen wie einen Krieg, mit einem Willen, den nichts zu beugen vermag." Aber die Kehrseite und der Grund dieses Hasses ist die Furcht, die Furcht, die selbst dem besiegten Deutschland gegenüber geblieben ist. Aus ihr heraus erklären sich die harten Bestimmungen, die alle den Zweck verfolgen, Deutschland endgiltig unschädlich zu machen und dadurch Frankreich endgiltig zu sichern. Aus ihr heraus setzte

[145]) Artikel in der „Neuen Freien Presse". Morgenblatt vom 28. Mai 1919.

er es auch durch, daß Wilson und Lloyd George vor ihrer Abreise, entgegen Wilsons Forderung, daß es innerhalb des Völkerbundes keine Sonderbündnisse geben dürfe, den Bündnisvertrag unterzeichneten, in welchem sie in Form einer Ergänzungsklausel zum Völkerbund die Verpflichtung eingehen, Frankreich bei einem ohne Provokation erfolgten Angriff durch Deutschland sofort ihre Hilfe zu leihen. Und Art. 44 des Entwurfes sieht vorsorglich vor, daß schon ein Verstoß Deutschlands gegen Art. 42 und 43 (Befestigungen, Versammlungen bewaffneter Kräfte oder Manöver auf dem linken oder 50 *km* östlich des rechten Reinufers) eine feindselige Handlung gegen die Signatarmächte und der Versuch einer Störung des Weltfriedens sei.

Hat so Clemenceau in der Härte der Durchsetzung und in der Schroffheit der Formulierung sich selbst zum Ausdruck gebracht, so verfolgt er im Inhalt eine wesentlich französische Politik und gehorcht einer Jahrhunderte alten Tradition. Es ist ja französische Manier, den Besiegten die Oberhand fühlen zu lassen und den Becher des Triumphes bis zur Neige zu leeren.

„Die Deutschen wollten stets dem Gegner ihren Siegerwillen nur soweit aufzwingen, als es nach deutscher Überzeugung für die dauernde Sicherheit ihrer Lebensbedingungen notwendig ist. Niemand verfolgt Demütigung des Besiegten als Selbstzweck. Die Engländer waren stets brutaler in ihren Ansprüchen und Machtäußerungen. Aber wo nicht ihr Vorteil in Frage kam, haben sie bis jetzt, wenigstens in Europa, nicht aus Siegerlaune gehandelt. Durch einen englischen Diktatfrieden ist bisher noch keine europäische Großmacht ihrer Stellung beraubt worden, wenn sie nicht auch sonst zum Niedergang bestimmt war. Ganz anders haben von jeher die Franzosen gedacht und gehandelt. Das herkömmliche französische Ziel entspricht nicht dem deutschen Bedürfnis nach Ruhe und Sicherheit, nicht dem englischen Verlangen nach ungestörter Erfüllung von Geschäftsinteressen, sondern der Sehnsucht nach einer Vorzugsstellung, welche dem eigenen nationalen Bewußtsein schmeichelt und von den übrigen ständig empfunden wird. . . . So entstand jene Mißachtung der Besiegten. . . . . Dadurch erwuchsen auch aus französischen Siegen immer wieder baldige neue Kämpfe.“ [116])

Das ist wohl auch diesmal der Fall. Keime für künftige Konflikte enthält der Friede in Fülle und selbst Lammasch erklärt, auf diese Art werde kein Krieg beendet und kein dauerhafter Friede geschlossen.

Abgesehen von diesen allgemein französischen Eigenschaften und Clemenceaus Charakter, von dem rücksichtslos losgehenden Deutschenhaß, der während des Krieges nach innen und außen nur ein Programm kannte: Je fais la guerre! der in der Friedenskonferenz „aus dem vollständigen Sieg restlos die Konsequenzen ziehen“ wollte,

[116]) Prof. Dr. G. Wolff: Deutschlands Friedensschlüsse seit 1555. Leipzig 1919. Seite 104/05.

darf nicht der persönliche Triumph des Mannes übersehen werden, der, als einziger Überlebender jener Protestkundgebung 1871 von Bordeaux gegen die Abtretung Elsaß-Lothringens die endliche Revanche, die ihn sein Leben lang beseelt hatte, den Tag des unerhört vollständigen Sieges über den verhaßten Gegner als Hauptagierender erlebte.

So hat uns denn Clemenceau selbst den Schlüssel zum psychologischen Verständnis seiner Politik und seines Charakters in dem einen Satz gegeben, den er bei dem telephonischen Eintreffen der Nachricht von Deutschlands bedingungsloser Unterzeichnung aussprach: „Ah, meine Herren! 49 Jahre warte ich auf diese Minute!“

Viel schwieriger erscheint das psychologische Verständnis der Persönlichkeit Wilsons. Denn wenn wir bedenken, wie die Welt aussieht, welcher Stachel der Erbitterung in dem deutschen Volke zurückbleibt, wie labil die Neuordnung Europas ist, wie große Teile Mittel-, Ost- und Südeuropas noch im Krieg oder in unhaltbaren inneren und sozialen Zuständen sich befinden, wie überall neue Konflikte und Reibungen entstehen, Verstimmungen und Spannungen selbst innerhalb der Entente, drohende Kriegsgefahren in absehbarer Zeit, vielleicht noch Jahre, in denen Europa keine Ruhe vergönnt ist, dann ersehen wir erst ganz, wie sehr Wilson Schiffbruch gelitten hat. Nichts zeigt so sehr den Unterschied zwischen Wollen und Vollbringen als die folgende Aneinanderreihung Wilsonscher Aussprüche, die, ganz abgesehen von seinem Programm (8. Jänner, 11. Februar, 27. September 1918) und seinen früheren und späteren Reden absichtlich nur aus der Zeit unmittelbar vor oder während der Friedenskonferenz gewählt sind:

„Alles, was ich gesagt habe, habe ich auch zu tun versucht.“ (Paris, 14. Dezember 1918.)

„Die Staatsmänner werden sich die Dankbarkeit der Welt erwerben für eine gerechte und vernünftige Lösung der Probleme.“

„Wir gehorchen nicht dem Auftrag gewisser Parteien, sondern der Menschlichkeit.“ (Manchester, 30. Dezember 1918.)

„Nur ein dauernder und gerechter Friede sichert die notwendigen Bürgschaften.“ (Paris, 15. Dezember 1918.)

„Wenn wir dem Imperativ der Menschlichkeit nicht unser Ohr leihen, erleiden wir einen moralischen Niederbruch, wie ihn augenfälliger und verdienter die Weltgeschichte nicht kennt.“ (Paris, 21. Dezember 1918.)

„Es ist unsere Aufgabe, die Freundschaft am ganzen Erdball zu wecken.“ (Rom, 3. Jänner 1919.)

„Die Vereinigten Staaten wollen sich keiner Vereinigung von Mächten anschließen, die nicht eine Vereinigung aller ist.“ (Manchester, 30. Dezember 1918.)

„Es ist Tatsache, daß Europa und die Welt nicht in Frieden leben kann, wenn Rußland nicht in Frieden lebt.“ (Paris, 22. Jänner 1919.)

„Wir werden es nicht wagen, als Vorkämpfer dieses Weltfriedens in irgendeinem Punkte ein Kompromiß zu schließen.“ (Paris, 25. Jänner 1919.)

„Wenn wir nach den Vereinigten Staaten zurückkehren, ohne alles, was in unserer Macht liegt, aufgeboten zu haben, um dieses Programm zu verwirklichen, so würden wir uns den wohlverdienten Zorn unserer Mitbürger zuziehen.“ (Paris, 25. Jänner 1919.)

Heute, wo uns die Lösung bereits eine historische Tatsache ist, wirken diese Sätze fast wie Ironie. Wahrlich, der herbste Kritiker Wilsons ist Wilson selbst.

Geht es also, wenn man Wilsons Leben, seine Schriften, seine Politik vor und während des Krieges und bei aller Berücksichtigung seiner Sympathien für England und Frankreich, sein Programm, sein Eintreten durch seine persönliche Reise nach Paris, seine in Paris, England und Italien gehaltenen Reden, seine Reden auf der Pariser Friedenskonferenz, seine stets wiederholten Vermittlungsversuche, sein Festhalten an seinem Programm als der juristischen Grundlage des Friedens (Adriakonflikt) kennt, nicht an, in ihm einen Betrüger zu sehen, muß man ihm bei seinem Eintreffen in Europa die bona fides bezüglich der Verwirklichung seiner Ideen zubilligen, so kann die Kritik an seiner Persönlichkeit und an seinem Handeln, das zweifellos ein Scheitern seiner Pläne involviert, an zwei Punkten einsetzen.

Die Kritik kann sich zunächst gegen die von ihm verkündeten Ideen selbst richten. Diese Ideen sind ja keineswegs neu und haben ihre beherrschende Stellung dadurch erlangt, daß der Präsident des mächtigen Amerika so energisch für sie eintrat und so nach Frieds Wort der „endlich an der Quelle der politischen Macht stehende Exponent des internationalen Pazifismus“ wurde. So kann man an diesen Ideen aussetzen, daß sie utopisch, irrealisabel seien, der Wirklichkeit und der historischen Erfahrung widersprechen und ihr Zusammenbruch daher trotz aller Bemühungen ihres Vertreters begreiflich und unvermeidlich sei, kurz, man kann alle Argumente geltend machen, die gegen den Pazifismus vorgebracht zu werden pflegen.

Oder die Kritik kann diese Ideen als gegeben nehmen und in der Betrachtung ihrer Vertretung einsetzen. Da erhebt sich die Frage: Hätte Wilson seine Ideen durchsetzen können, und wenn ja, durfte er es?

Die ungeheure Macht, sagen viele, über die Wilson verfügte, hätte ihm die Erzwingung seiner Punkte erlaubt. Denn wenn die Entente dem wehrlosen Deutschland gegenüber die Abberufung der amerikanischen Truppen aus Europa durch Wilson, der Truppen, um die sie noch bei der deutschen Sommeroffensive 1918 so sehr gefleht hatte, hätte ertragen können, so sei doch die wirtschaftliche Macht Amerikas so ungeheuer, daß Wilson auch durch bloßen, wirtschaftlichen Druck seine Bedingungen hätte erzwingen können; die Entente hätte sich einfach nicht mit Amerika, ihrem Hauptlieferanten an Lebensmitteln, Rohstoffen und vielen anderen Dingen und ihrem

Hauptgläubiger, überwerfen können; sie sei viel zu abhängig von Amerika.

Wilson, der dem Londoner Vertrag, nur gemeinsam Frieden zu schließen, nicht beigetreten war, den auch kein formelles Bündnis an die Entente fesselte, hätte Paris verlassen und von Amerika aus Frieden schließen können. Doch da erhebt sich die andere Erwägung: hätte dies nicht vielleicht die Entente gesprengt, zu einer Verlängerung des Krieges geführt, konnte Wilson diesen Entschluß vor seinem Gewissen verantworten?

Endlich hätte Wilson, als er einsah, sein Programm nicht durchsetzen zu können, die Möglichkeit gehabt, zurückzutreten. Deswegen wirft ihm z. B. Geheimrat Dr. Kittel Feigheit vor, weil er nicht den Mut gehabt habe, in weltgeschichtlich entscheidender Stunde sein Wort zu halten oder seinem Posten zu entsagen.

Doch hoffte Wilson, vielleicht noch immer Günstigeres durch diese vorläufige Lösung zu erzielen und durch weitere Arbeit und durch den Völkerbund beitragen zu helfen, die unbefriedigenden Lösungen zu immer befriedigenderen zu gestalten.

So entschloß er sich denn zu Kompromissen, die allerdings vielfach eine Negierung seiner Prinzipien bedeuten. Clemenceau berief sich ja auch den Deutschen gegenüber darauf fast höhnisch, daß Wilson, der doch sicher der berufenste Interpret der 14 Punkte Wilsons sei, alle Beschlüsse der Konferenz signiert habe und am 28. Juni unterzeichnete nach den Deutschen als erster Wilson den Friedensvertrag.

Wir müssen also Wilson den guten Glauben zubilligen und in ihm ein Opfer Clemenceaus sehen. Dieser Gedanke kommt auch vielfach zum Ausdruck. „Wilson", sagt Lammasch, „ist die stärkste Macht, die auf die Rettung der Welt hinarbeitet, aber finstere Kräfte sind in Paris losgelassen worden, während die Idealisten zum Schweigen gebracht wurden."

Universitätsprofessor Bovet macht in der Zeitschrift „Wissen und Leben" über Wilsons Haltung während der Friedenskonferenz folgende Mitteilungen, die zugleich in Antwort auf die oben gestellten Fragen eine Rechtfertigung von Wilsons Handeln enthalten:

„Wilson wird zweifellos der Nachwelt Aufklärung geben über die tiefinnere Tragödie, die er in den letzten Monaten durchlebte. Man wird in Wilson das Opfer der Politiker und Geschäftsmacher sehen müssen. Es wurde mir von seinen seelischen Leiden und schlaflosen Nächten erzählt. Wenn er geblieben ist, geschah dies nur, um den Alliierten den Bürgerkrieg zu ersparen, der sonst infolge seiner Abreise entstanden wäre."

Dasselbe sagt in seinem Rücktrittsbrief auch der amerikanische Delegierte Bullits, der aber bezüglich der Möglichkeit eines anderen Handelns Wilsons im Sinne der oben gestellten Fragen zu entgegengesetzten Ansichten gelangt. Zugleich spricht sich darin auch — und darauf kommen wir gleich zu sprechen — die Enttäuschung über Wilsons Persönlichkeit aus.

„Ich habe meine Entlassung als Mitarbeiter bei der amerikanischen Friedenskommission eingereicht. Ich bin einer der Millionen, die rückhaltlos Ihrer Führerschaft vertrauten und glaubten, Sie wollen nichts Geringeres als den dauernden Frieden auf der Basis einer selbstlosen Gerechtigkeit. Aber die Regierung hat sich nun entschlossen, ein neues Jahrhundert des Krieges zu eröffnen. Ich kann mich nicht mehr davon überzeugen, daß die jetzige Regierung auf dem Weg zu einer neuen Weltordnung tatsächliche Arbeit geleistet hat.

Es ist nur allzu bekannt, daß Sie selbst den meisten der ungerechten Abmachungen sich widersetzten und daß Sie nur unter dem stärksten Druck ihnen beipflichteten. Trotzdem geht meine Überzeugung dahin, daß Sie, wenn Sie den Kampf, anstatt ihn hinter geschlossenen Türen zu kämpfen, offen ausgefochten hätten, die öffentliche Meinung der Welt auf Ihrer Seite gehabt hätten und dies Sie in die Lage versetzt hätte, allen Ansinnen zu widerstehen, mit denen Sie nicht einverstanden waren. So wären Sie in der Lage gewesen, eine neue Weltordnung zu errichten. In Wahrheit kämpften Sie für unseren Untergang und es ist bedauerlich, daß Sie so wenig Vertrauen in die Millionen hatten, die bei allen Nationen so dachten wie Sie."

Allgemein ist jetzt das Gefühl der Enttäuschung: Selbst Lammasch, der selbst sagt, Wilson sei sein Abgott gewesen, muß erklären, er verstehe die Politik Wilsons nicht mehr und sei bestürzt und verstört wie alle seine europäischen Anhänger. Diese Bestürzung und Enttäuschung machte sich je nachdem in Verstörtheit bei seinen Anhängern Luft, in Haß oder Achselzucken bei den anderen.

„Als Wilson nach Europa kam, glaubten alle Völker, daß er die hohen Ideen, die er verkündete, verwirklichen werde. Aber die Enttäuschung ist vollkommen," schrieb die „Humanité" am Tage von Wilsons Abreise von Paris.

Diese Enttäuschung und zugleich eine Rechtfertigung der Haltung Wilsons in Paris gibt sehr gut zusammenfassend Jane Addams, die Präsidentin der internationalen Frauenliga für Frieden, in einem Interview mit dem Züricher Korrespondenten der „Neuen Freien Presse" am 19. Juni:

„Mit der Enttäuschung und der Erbitterung über die Friedensbedingungen wird eine gefühlsmäßige Auflehnung, ja Empörung, eine voreilige moralische Verdammung des Präsidenten Wilson verknüpft. Wilson ist nicht als Diktator nach Europa gekommen. Angesichts des furchtbaren Geschehens hat er in unvergänglichen Worten das Weltgewissen aufgerüttelt und hat weltbürgerliche Ideale aufgestellt, die wohl auf lange hinaus die Sehnsucht aller Völker bilden. Man sah in ihm einen Heiland und erwartete die sofortige Erfüllung seiner Heilsbotschaft, den unverzüglichen Anbruch eines goldenen Zeitalters. Je größer die Erwartung war, umso trauriger mußte die Ernüchterung werden. Aber die Ideen Wilsons wirken mit stetig steigender Intensität fort. Die althergekommene Mentalität Europas sieht in Wilson den Exponenten einer beispiel-

losen Machtfülle und erwartet zu Unrecht, daß er das ganze Gewicht dieser Macht in die Wagschale seines ethischen Programmes werfe. Er aber sieht gerade darin seine Aufgabe, die Gedanken Amerikas und nicht dessen Macht wirken zu lassen.

Er kam nach Paris und setzte seine ganze Persönlichkeit, seine ganze geistige und politische Autorität für sein Programm ein. Mehr nicht. Er hat die imperialistische Mentalität vieler seiner europäischen Kriegsgenossen nicht auf den ersten Ansturm verändern können. Er hat sich einer geschlossenen Phalanx tief verwurzelter Traditionen gegenübergefunden. Er hat in einer Atmosphäre des Siegesrausches Selbstbeschränkung und Entsagung zu predigen gehabt. Der kennt ihn aber nicht, der glaubt, daß er sich mit den bisherigen Kompromissen abfinden werde. Seine Zähigkeit ist sprichwörtlich. Nach wie vor bleibt Woodrow Wilson die größte Hoffnung, der stärkste Vorkämpfer des Weltfriedens."

Das ist es, die Enttäuschung; und wenn man Wilsons Reden bei Beginn der Konferenz mit seiner Botschaft nach dem Abschluß dieses Präliminarfriedens vergleicht, in der er sagt, die Strafen für Deutschland seien hart, aber nur deshalb, weil das gutzumachende Unrecht Deutschlands groß sei, er verlange nichts von Deutschland, was es nicht leisten könne und durch rasche und ehrliche Erfüllung könne Deutschland den ihm von Rechtswegen gebührenden Platz in der Welt wiederbekommen, der Friedensvertrag bedeute eine neue Ordnung der Welt, dann findet man diese Enttäuschung begreiflich.

Der Haß hat der Enttäuschung Platz gemacht, der Verstörung bei den einen, dem Spott bei den anderen.

Der größte Vorwurf, den man ihm machen kann, ist der, nicht durch die Macht seiner Persönlichkeit sein Programm in Paris durchgesetzt zu haben, Mangel an persönlicher Größe. Er selbst hat sich durch sein höchstpersönliches, die gewohnten Schranken durchbrechendes Hervortreten als Staatsoberhaupt seines mächtigen Landes durch Jahre hindurch auf diesen exponierten Platz in den Augen der Welt gestellt. In magnis voluisse kann hier nicht genügen.

Der Weltkrieg hat, eine Bestätigung der Ansicht Carlyles, daß nicht die Zeit es sei, die große Männer hervorbringe, da viele Zeiten dringend nach dem großen Manne riefen und er doch nicht erschien, nirgends, in keinem Lande, den Staatsmann erster Größe, den ganz Großen hervorgebracht; man sah ihn, man erhoffte ihn in Wilson; er war den Menschen, denen, wie Carlyle sagt, die Heldenverehrung ein innates Bedürfnis ist, das Objekt dafür; er war ihnen der neue, der pazifistische Held dieser Zeit, der die Feinde niederwirft und als Sieger die Welt nach seinen Ideen neu ordnet, ein Weltapostel, ein Heiland; und in Paris zeigte es sich eben, daß er nur ein Mensch ist und kein genialer Mensch. Es ist furchtbar, jemandem Mangel an Größe vorzuwerfen; Wilson ist sicher eine interessante und bedeutende, das Mittelmaß überragende Persönlichkeit, aber das genügt nicht, der ehrlichste Mann kann, wenn er in schwerster Zeit auf den schwersten Posten gestellt ist, enttäuschen, dadurch daß ihm

die Größe für seine ungeheure Aufgabe fehlt, wir haben ein Beispiel in Bethmann-Hollweg.

Genialität erwartete man von Wilson, die jeden Widerspruch zunichtemachende Wucht einer genialen Persönlichkeit und der Enttäuschte fragt sich, ob der enorme Widerhall seiner Worte, seine Stellung in dem Zentrum der menschlichen Gedanken nicht weniger durch den Menschen Woodrow Wilson, als durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten in ihm gewonnen wurde.

Wird er als Kompromißler nach Amerika zurückkehren, aufrecht mit dem unbeugsamen Willen, weiterzukämpfen für die Verwirklichung seiner Ideen, oder als in Paris innerlich Gebrochener, dem wie so vielen Weltreformern, am Ende seiner Laufbahn nur eines bleibt: die Resignation?

Aber mehr als das Urteil der Zeitgenossen steht für ihn auf dem Spiel, das fühlt er selbst: seine Stellung in der Weltgeschichte. Es gibt eine furchtbare Unsterblichkeit, furchtbarer als die, als Gehaßter, Gefüchteter weiterzuleben, die Unsterblichkeit der Lächerlichkeit, die aus dem Kontrast zwischen Wollen und Erreichen entspringt: parturiunt montes, nascetur ridiculus — mus.

Und wenn man seine Reden und das Resultat, seine Landung in Europa und seine sang- und klanglose Abreise, seinen pompösen Empfang in Brest und die Kämpfe in demselben Brest am Tag seiner Abreise, die Hoffnung der Welt auf den Heiland und das jetzige Lächeln, die Erwartung, und jetzt die auf allen Plakaten uns entgegentretenden Karikaturen Wilsons vergleicht, dann muß man, bei aller Berücksichtigung dessen, daß es sich erst um den Präliminarfrieden handelt, bei allem Vorbehalt der weiteren Entwicklung zugeben, daß dieser furchtbare Fluch über Wilsons Haupt schwebt:

Du sublime au ridicule il n'y a qu'un pas.

3 0112 072846832

Buchdruckerei der Manzschen Verlags- und Universitäts-Buchhandlung in Wien